

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Mittwoch, 22. Mai 2019,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 21.45 Uhr**

Anwesend sind: 39 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Alexandra Kämpf, 4. Urs Knapp (ab 19.10 Uhr),  
5. David Plüss, 6. Daniel Probst, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger, 9. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Huguette Meyer Derungs,  
5. Dr. Rudolf Moor, 6. Luc Nünlist, 7. Dr. Arnold Uebelhart, 8. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner (ab 19.40 Uhr), 2. Philippe Ruf, 3. Ursula Rüegg, 4. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos:

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident

Thomas Marbet, Direktion Bau (ab 19.45 Uhr)

Marion Rauber, Direktion Soziales

Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste

Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport

Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport (bis 20.00 Uhr)

Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau (bis 20.00 Uhr)

Urs Tanner, Finanzverwalter (bis 20.00 Uhr)

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Jan Rechsteiner (bis 20.00 Uhr)

Simon Gomm

Entschuldigt abwesend:

Andrea Leonhardt Mohr

Vorsitz: Marlène Wälchli Schaffner

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

1. Mitteilungen

2. Wahlbüro/Demission und Ersatzwahl

3. Budget 2019, Version 2/Genehmigung

4. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung

4.1. Interpellation Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. «Outcome» von Kindern aus der Sozialhilfe

4.2. Motion Fraktion SP/JSP betr. Schaffung einer nicht ständigen Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Oltnen Innenstadt

4.3. Interpellation Fraktion SP/JSP betr. Kirchgasse

4.4. Postulat Simon Muster (JSP) und Mitunterzeichnende betr. bezahlbare Platzmieten im neuen Ballsport-Center

4.5. Motion Michael Neuenschwander (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Mehrweggeschirr bei Anlässen

4.6. Interpellation Deny Sonderegger (FDP) und Mitunterzeichnende betr. «Welche Anstrengungen unternimmt der Stadtrat in Sache kantonalem NRP-Umsetzungsprogramm 2020-2023?»

4.7. Interpellation Tobias Oetiker (Olten Jetzt!) betr. Risikomanagement offener Rechtsfall – Partnerwerksbesteuerung

\* 4.8. Überparteiliche Motion betr. zeitnahe Budgetreferendumsabstimmungen

\* 4.9. Überparteiliche Motion betr. obligatorisches Referendum bei Steuerfussanpassungen

\* 4.10. Postulat Tobias Oetiker (Olten Jetzt!) betr. Förderung der nicht kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raums

\* aus Zeitgründen verschoben

\* \* \*

**Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner:** Ich begrüsse die Stadträtinnen und Stadträte, alle Mitglieder des Parlaments zur heutigen Sitzung. Ebenfalls begrüsse ich alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die geschätzten Gäste und die Medienvertretungen. Danke für das Interesse an den heutigen Themen.

\* \* \*

## Mitteilungen

### **Parlamentspräsidentin Marlène Wächli Schaffner:**

#### Zum Gedenken

Jürgen Zielinski-Braun ist nach einem erfüllten Leben am 9. April 2019 im 83. Lebensjahr friedlich eingeschlafen. Er hat sehr vielfältige politische Aufgaben wahrgenommen. Er war von 1981 bis 2000 in der Werkkommission, von 1987 bis 1997 im Gemeinderat, von 2000 bis 2008 Verwaltungsrat der Städtischen Betriebe, 2001 Ersatzmitglied Zweckverband ARA und 2001 bis 2005 Ersatzmitglied Zweckverband Kehrichtregion Olten. Zum Gedenken bitte ich alle im Raum anwesende Personen um eine Schweigeminute. Herzlichen Dank.

\* \* \*

#### Ablauf der Sitzungen

Die heute traktandierten und nicht behandelten Vorstösse werden auf die Traktandenliste im Juni verschoben. Ich hoffe, dass es sich nur um einzelne wenige handeln wird. Morgen werden wir gemäss der Traktandenliste vorgehen und alle Vorstösse behandeln. Ich danke allen involvierten und beteiligten Personen, die mit persönlichem Engagement ihre fachlichen und zeitlichen Ressourcen für die Vorbereitungen dieser Sitzungen genutzt haben, und ich freue mich auf die mit Wertschätzung und Klarheit eingebrachten Voten und Beiträge.

\* \* \*

#### Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 27. September 2018 ist vom Büro am 6. Mai 2019 definitiv genehmigt worden.

\* \* \*

#### Vorstösse/Eingang

- Motion SP/Junge SP betr. Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen
- Postulat Dr. Christine von Arx (SP) betr. Protokolle der Parlamentssitzungen
- Überparteiliches Postulat Olten jetzt!, Grüne und EVP betr. gleichzeitigem Wahltermin für Stadtpräsidium und Stadtrat
- Interpellation Grüne Fraktion betr. demokratische Mitbestimmung bei Gestaltungsplänen
- Postulat SP/Junge SP betr. Fussgänger Verbindung der Aare entlang durch die Badi während der Winterpause
- Motion Philippe Ruf (SVP) betr. Samstagsmarkt auf der Kirchgasse

\* \* \*

### Frauenstreik

Im Züniraum hat es Unterlagen. Alle interessierten Personen, auch Männer, können sich gerne mit dieser Streikpost bedienen.

\* \* \*

### Parlamentsunterlagen

Ich sage es bereits jetzt. Heute Abend müssen alle Unterlagen mitgenommen werden. Ich werde es noch einmal wiederholen. Es war nicht klar, dass wir zwei Sitzungen haben. Morgen Vormittag wird dieser Raum gebraucht. Bitte beachtet doch, dass Ihr alles mitnehmt.

\* \* \*

### Entschuldigung Thomas Marbet

Thomas Marbet hat sich entschuldigt. Er muss noch an der Delegiertenversammlung des Zweckverbands Abwasserregion Olten teilnehmen und wird später kommen.

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 66

## Wahlbüro/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit E-Mail vom 17.03.2019 demissioniert Corina Bolliger (SP/JSP) per 25.03.2019 als Mitglied des Wahlbüros.

Als Ersatz für Corina Bolliger schlägt die Junge SP Simon Gomm, Florastrasse 8, als neues Mitglied des Wahlbüros zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Corina Bolliger (SP/JSP) und die Ersatzwahl von Simon Gomm (SP/JSP) zu genehmigen.

## Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Corina Bolliger (SP/JSP) und die Ersatzwahl von Simon Gomm (SP/JSP) genehmigt.

Mitteilung an  
Frau Corina Bolliger, Friedaustasse 22, 4600 Olten  
Herr Simon Gomm, Florastrasse 8, 4600 Olten  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten  
Direktion Finanzen

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 67

## Budget 2019, Version 2/Genehmigung

Nachdem das Budget 2019 am 24. März 2019 an der Urne abgelehnt wurde, hat der Stadtrat den Auftrag, ein neues Budget 2019 zu erstellen.

Hauptgründe für die Ablehnung des Budgets 2019 dürften die vom Parlament bewilligte Steuererhöhung und das vorgesehene Defizit gewesen sein. Weiter wurde von Budgetgegnern die im Finanzplan vorgesehene Höhe der Investitionen – verbunden mit der nötigen Finanzierung – kritisiert, obwohl die meisten davon mit dem Budget 2019 noch nicht zur Abstimmung standen.

Während sich der übliche Budgetprozess inklusive Beratungen etc. über 5 Monate erstreckt, hat der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, ein Budget innert 2 Wochen vorzulegen. Es geht dabei um eine abgespeckte Planung. Der Stadtrat hat den Fokus der Planung auf folgende Punkte gelegt:

- Überprüfung der Investitionen auf Auslösbarkeit
- Mitberücksichtigung von Verschiebungen aus dem Jahre 2018 sowohl in der Erfolgsrechnung als auch in der Investitionsrechnung
- Prüfung der Ertragspositionen aus den Erkenntnissen des Abschlusses 2018
- Überprüfung des Sachaufwandes auf Auslösbarkeit
- Überprüfung des Transferaufwandes auf Auslösbarkeit
- Streichung bereits abgesagter oder nicht auslösbarer Aktivitäten
- Mitberücksichtigung beschlossener Fondsfinanzierungen
- Spezialrechnungen (Sozialregion, Führungsstab, Regionaler Zivilschutz) werden aufgrund der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden nicht angepasst.

Das bisherige Budget sah einen Verlust von 346'500 Franken sowie Nettoinvestitionen von 16.43 Mio. Franken vor.

Mit dem nun vorgelegten Budget werden anstelle der für das Jahr 2019 geplanten 16.4 Mio. Franken Nettoinvestitionen lediglich noch 7.2 Mio. Franken ausgelöst. Weiter wurde berücksichtigt, dass im Rechnungsjahr 2018 nicht alle Investitionen ausgelöst werden konnten. Aus verzögerten Projekten 2018 werden rund 2.32 Mio. Franken im Jahr 2019 veranschlagt, was Nettoinvestitionen von 9.49 Mio. Franken ergibt.

Die nun vorliegende Erfolgsrechnung schliesst unter Berücksichtigung von Steuerfüssen von 108% für natürliche Personen und von 108% für juristische Personen mit einem Gewinn von 42'950 Franken praktisch ausgeglichen ab. Massgebend für den neuen Saldo der Erfolgsrechnung sind die Berücksichtigung der tieferen Investitionsfolgekosten sowie höhere Planerträge von Verzugszinsen, Konzessionserträgen sowie Steuererträgen aufgrund des neuen Planungsstandes, zudem reduzierte Sach- und Personalkosten.

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen aufgrund der Ablehnung des ersten Budgets 2019 an der Volksabstimmung ein revidiertes Budget 2019 mit dem Antrag auf Genehmigung.

## 1. Ausgangslage

Nachdem das Budget 2019 am 24. März 2019 an der Urne abgelehnt worden ist, hat der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, das Budget 2019 neu zu erarbeiten. Massgebend sind die in der Einleitung erwähnten Punkte.

## 2. Ergebnisse auf einen Blick

### 2.1. Ergebnisse der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierungen

Bei einem Aufwand von 102'766'450 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 102'809'400 Franken ergibt sich ein **Mehrertrag von 42'950 Franken**.

### 2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2019 betragen neu 9.485 Mio. Franken und sind netto 6.945 Mio. Franken tiefer als der vom Parlament genehmigte Investitionssaldo von 16.43 Mio. Franken. Rund 9.2 Mio. der im Jahr 2019 geplanten Investitionen werden nicht mehr ausgelöst, aus dem Jahr 2018 werden rund 2.32 Mio. Franken im Jahr 2019 fertig realisiert und verbucht werden. Eine Liste mit den Veränderungen befindet sich im Anhang.

### 2.3. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufte Erfolgsausweis nach HRM2 zeigt das Ergebnis aus dem ordentlichen Jahresbetrieb. Das Ergebnis aus Finanzierung enthält nebst den Zinskosten den Aufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie Liegenschaftserträge (Finanz- und Verwaltungsvermögen) und unter anderem die Verzinsung des Dotationskapitals der sbo. Im a.o. Ergebnis ist lediglich eine Fondseinlage für den Weichenersatz Industrie vorgesehen.

<b>Gemeinde Total (in TCHF)</b>	<b>Budget 2019</b>	<b>Budget 2018</b>	<b>Rechnung 2017</b>
30 Personalaufwand	41'051	40'097	39'094
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'050	15'675	14'383
33 Abschreibungen VV	6'162	6'120	5'597
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1'599	1'723	1'615
36 Transferaufwand	37'409	34'051	32'686
39 Interne Verrechnungen	7'598	7'663	6'974
<b>Total betrieblicher Aufwand</b>	<b>108'992</b>	<b>105'220</b>	<b>100'520</b>
40 Fiskalertrag	72'242	75'474	80'790
41 Regalien und Konzessionen	1'958	1'842	1'958
42 Entgelte	15'026	14'715	14'884
43 Verschiedene Erträge	12	12	6
45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	859	249	859
46 Transferertrag	9'800	10'335	9'797
49 Interne Verrechnungen	7'598	7'663	6'974
<b>Total betrieblicher Ertrag</b>	<b>106'884</b>	<b>110'900</b>	<b>114'646</b>
<b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>-2'108</b>	<b>5'680</b>	<b>14'125</b>
34 Finanzaufwand	1'371	1'509	2'639
44 Finanzertrag	3'523	3'037	3'714
<b>Ergebnis aus Finanzierung</b>	<b>2'153</b>	<b>1'528</b>	<b>1'074</b>
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>45</b>	<b>7'208</b>	<b>15'200</b>
38 Ausserordentlicher Aufwand	2	871	34
48 Ausserordentlicher Ertrag	0	0	1'136
<b>Ausserordentliches Ergebnis</b>	<b>-2</b>	<b>871</b>	<b>1'103</b>
<b>Jahresergebnis Erfolgsrechnung</b>	<b>43</b>	<b>6'337</b>	<b>16'302</b>
	Gew. (+), Verl. (-)		

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis

### 3. Abweichung zum ersten Budget

Im Rahmen der kurzfristigen Überarbeitung wurden rund 741'000 Franken an Personal- und Sachkosten sowie Beiträgen an Dritte reduziert. Weiter haben sich durch die massiven Senkungen der Investitionen die Abschreibungen ebenfalls deutlich reduziert (-393'000 Franken). Da bei den Reduktionen teilweise auch die Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall betroffen waren, hat sich der Ausgleich (Kostenarten 35) entsprechend erhöht.

Bei den Fiskalerträgen wurde die geplante Steuererhöhung zurückgenommen. Die kalkulierte Rücknahme beträgt 2.2 Mio. Franken (natürliche Personen 1.8 Mio. Franken, juristische Personen 0.4 Mio. Franken). Im Verlaufe der Jahresabschlussarbeiten 2018 haben sich sowohl beim Kanton, bei anderen Solothurner Städten als auch in Olten teilweise deutliche Steigerungen von Steuereinnahmen gezeigt, so dass die Planung auf dem aktuellen Stand vorgenommen werden konnte. Die Steigerung betreffen: Quellensteuern (+150'000 Franken), natürliche Personen (Rücknahme Steuererhöhung -1'800'000 Franken, Steigerung +878'000 Franken), juristische Personen (Rücknahme Steuererhöhung -400'000 Franken, Steigerung +50'000 Franken). Bei den Regalien und Konzessionen konnten die Erlöse aufgrund der erfreulichen Beiträge der sbo um 65'000 Franken angepasst werden. Bei den Entgelten kann insbesondere bei der Feuerwehrrersatzabgabe mit zusätzlichen

Quellensteuern gerechnet werden, während beim freiwilligen Schulsport aufgrund von Nichtdurchführungen 15'000 Franken Erträge gestrichen werden müssen. Im Finanzertrag haben sich die mit der neuen Verzugszinsregelung (ab 2016) erhaltenen Verzugszinsen verstetigt. Bei den Entnahmen aus Fonds hat der Stadtrat im Zusammenhang mit dem Notbudget verschiedene Beiträge über bestehende Fonds bezahlt. Unter dem Transferertrag wurden folgende Positionen angepasst: Subventionen SGV Feuerwehr (+11'000 Franken), reduzierte Beiträge des Bundes an den freiwilligen Schulsport (-25'000 Franken), höhere CO2-Beiträge (+10'000 Franken). Eine detaillierte Positionsliste nach Funktionen liegt bei.

### Sonderposition Steuererträge

Wie in der Einleitung erwähnt, haben die Steuererträge im Jahr 2017 einen erheblichen Zuwachs erfahren, was sich auch im Jahresabschluss 2018 niederschlagen wird. Diese Entwicklung kennt man nicht nur in Olten: Der Kanton Solothurn oder die Stadt Solothurn haben ebenfalls Steuerzunahmen in diesem Umfang verzeichnen können. Da die Bevölkerung im Jahr 2018 in Olten stagnierte, wurde für die kommenden Jahre auf ein Bevölkerungswachstum sowie eine zusätzliche Konjunkturprognose verzichtet. Eine detaillierte Liste der veranlagten Steuererträge liegt bei.

Natürliche Personen / Veranlagungsstände per 04.06.2018/04.04.2019

	Alt	neu
<b>+ Stand 4.6.2018 – IST 2015/2016 Vorbezug 2017/2018</b>	48.23	-
<b>+ Stand 4.4.2019 – IST 2016/2017</b>		49.65
<b>+ Personalsteuer</b>	0.59	0.59
<b>+ Anteil aus Vorjahren</b>	0.16	-
<b>+ Sondersteuern (Einzug via Kanton)</b>	0.30	0.60
<b>= Basis 2018</b>	<b>49.28</b>	<b>50.85</b>
<b>* Konjunkturprognose</b>	0.07%	0.00%
<b>* Wachstum Bevölkerung / Steuerpflichtige</b>	0.07%	0.00%
<b>= Planertrag 2018 Steuern natürliche Personen</b>	<b>49.97</b>	<b>50.85</b>
<b>+ Steuererhöhung 108% auf 112%</b>	1.80	-
<b>= Total geplanter Steuerertrag 2019</b>	<b>51.77</b>	<b>50.85</b>

*In Mio.*

### Juristische Personen

Obwohl in den Jahren 2015 bis 2017 der durchschnittliche Steuerertrag juristischer Personen bei rund 19.5 Mio. Franken lag, besteht betreffend künftiger Entwicklung der Steuererträge ein gewisses Unsicherheitspotenzial. So ist dem Stadtrat bewusst, dass sich bei gewissen Unternehmen Steuergrundlagen ändern werden, was zu tieferen Steuererträgen führen wird; zusätzlich sind im Jahresabschluss 2018 erst gesicherte Erträge juristischer Personen im Umfang von 16.9 Mio. Franken enthalten. Viele Unternehmen haben auf eine Anfrage betreffend voraussichtliche Steuererträge nicht reagiert. Sollten die Erträge im Rahmen der Veranlagungstätigkeit höher ausfallen, so wird der zusätzliche Gewinn in den Folgejahren erfasst.

<b>Gemeinde Total (in TCHF)</b>	<b>Budget neu</b>	<b>Budget alt</b>	<b>Budget Differenz</b>	
30 Personalaufwand	41'051	41'254	-203	
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'050	15'358	-308	
33 Abschreibungen VV	6'162	6'555	-393	
34 Finanzaufwand	1'371	1'371	0	
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1723	1'599	123	
36 Transferaufwand	37'409	37'639	-230	
38 Ausserordentlicher Aufwand	2	2	0	
39 Interne Verrechnungen	7'598	7'622	-25	
<b>Total Aufwand</b>	<b>110'364</b>	<b>111'398</b>	<b>-1'034</b>	
40 Fiskalertrag	72'242	73'364	-1'122	
41 Regalien und Konzessionen	1'958	1'893	65	
42 Entgelte	15'026	14'841	185	
43 Verschiedene Erträge	12	12	0	
44 Finanzertrag	3'523	3'323	200	
45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	249	193	56	
46 Transferertrag	9'800	9'804	-4	
48 Ausserordentlicher Ertrag	0	0	0	
49 Interne Verrechnungen	7'598	7'622	-25	
<b>Total Ertrag</b>	<b>110'407</b>	<b>111'052</b>	<b>-645</b>	
<b>Jahresergebnis Erfolgsrechnung</b>	<b>Gew. (+), Verl. (-)</b>	<b>43</b>	<b>-347</b>	<b>389</b>

#### 4. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

##### 7201 Abwasserentsorgung

Das Budget 2019 weist einen Überschuss von 1'577'800 Franken aus. Dieser Betrag wird als Einlage ins Eigenkapital der Abwasserversorgung ausgewiesen. Der operative Cashflow der Abfallrechnung beträgt 1'956'500 Franken und kann die geplanten Investitionen im Bereich Abwasser von rund 0.75 Mio. Franken voll decken.

##### 7301 Abfallbeseitigung

Der Bereich Abfall weist für das Jahr 2019 einen Überschuss von 111'600 Franken aus. Der operative Cashflow beträgt 199'400 Franken und kann die geplanten Investitionen von 900'000 Franken nicht decken. Der Finanzierungsfehlbetrag von 700'600 wird dem Guthaben der Abfallrechnung bei der Stadt entnommen. Der Finanzierungsfehlbetrag in der Abfallrechnung kann jedoch aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals sowie des Guthabens gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt getragen werden.

#### 5. Investitionsbudget

Aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Jahres 2019 werden nicht mehr alle Investitionen ausgelöst werden. Die Veränderungen zum ersten Budget 2019 werden in einer separaten Liste dargestellt. Zusammengefasst:

<b>Position</b>	<b>Betrag</b>
<b>Nettoinvestitionen bisher</b>	16'430'000
<b>Verschiebungen in die Folgejahre</b>	-8'935'000
<b>Übrige Korrekturen, generelle Anpassungen</b>	-375'000
<b>Projekt Veloabstellplätze (Bhf. West)</b>	+50'000
<b>Verschiebungen aus dem Jahr 2018</b>	+2'315'000
<b>Nettoinvestitionen neu</b>	<b>9'485'000</b>

## 6. Kennzahlen

Im Anhang zum Budget 2019 sind drei Seiten mit Finanzkennzahlen angehängt. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich zwei Vorgaben massgebend:

### Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach dessen Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Überschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Im Budget 2019 müssen keine Massnahmen zur Erfüllung dieser Vorgabe getroffen werden.

### Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss dann 80% betragen. Der für das Jahr 2019 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2017 ausgewiesen wird. Er beträgt 57.1%. Für das Jahr 2019 ist die Vorgabe über die maximale Neuverschuldung (Schuldenbremse § 136 Abs. 3 Gemeindegesetz) eingehalten und es ist somit keine Beschränkung bezüglich der Investitionen nötig.

## 7. Zusammenfassung

Das neue Budget 2019 weist aufgrund der starken Kürzung der Investitionen und Kürzungen bei Personal- und Sachkosten einen kleinen Ertragsüberschuss von rund 43'000 Franken aus.

Die Selbstfinanzierung (Finanzierungsmöglichkeit der Investitionen aus der Erfolgsrechnung) beträgt mit dem neu vorgelegten Budget rund 8.28 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen von 9.49 Mio. Franken können damit zum grössten Teil gedeckt werden. Generell dürfte sich der operative Cashflow auch in Zukunft kaum über 10 bis 12 Mio. Franken bewegen.

Bedenkt man, dass viele Investitionen nun einfach hinausgeschoben wurden und sich diese mit kommenden Zusatzinvestitionen wie Bahnhofplatz oder Schulraum Kleinholz kumulieren, so wird sich der Souverän zur Finanzierung der künftigen Investitionen weiter Gedanken machen müssen.

## 2. Beschluss und Antrag

Der Stadtrat beantragt, das Budget 2019 wie folgt zu beschliessen:

1)	<b>Erfolgsrechnung</b>	Gesamtaufwand	Fr. 110'364'150.00	
		Gesamtertrag	Fr. 110'407'100.00	
		<b>Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)</b>	<b>Fr. 42'950.00</b>	
2)	<b>Investitionsrechnung</b>	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr. 10'705'000.00	
		Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr. 1'220'000.00	
		<b>Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen</b>	<b>Fr. 9'485'000.00</b>	
3)	<b>Spezialfinanzierungen</b>	Abwasserbeseitigung	<b>Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)</b>	<b>Fr. 1'577'800.00</b>
		Abfallbeseitigung	<b>Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)</b>	<b>Fr. 111'600.00</b>

4) Die Teuerungszulage ist für das städtische Personal auf 0% festzulegen (haupt- und/oder nebenamtliches Personal).

5) Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen:

Natürliche Personen	108% der einfachen Staatssteuer
Juristische Personen	108% der einfachen Staatssteuer
Personalsteuer	50 Franken
Hundesteuern	170 Franken (inkl. Kant. Abgabe)

6) Die Feuerwehersatzabgabe ist wie folgt festzulegen: (Min. Fr. 20.--/ Max. Fr. 400.--) 9% der einfachen Staatssteuer

7) Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 44'130'300 wird genehmigt.

8) Das Budget der regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 608'300 wird genehmigt.

9) Das Budget des regionalen Führungsstabes (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 64'300 wird genehmigt.

10) Der Stadtrat wird ermächtigt, allfällige Finanzfehlbeträge durch die Aufnahme von max. 4 Mio. Franken Fremdmittel / Darlehen zu decken.

11) Die Beschlüsse Ziff. 1 bis 10 unterstehen dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Finanzkommission zugestellt.

### Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner:** Urs Knapp wäre der Sprecher der Finanzkommission. Er ist wegen einer Zugproblematik nicht hier. Vizepräsidentin Muriel Jeisy übernimmt dies nun. Besten Dank für die Deinen spontanen Einsatz.

**Muriel Jeisy, FIKO:** Ich glaube, Urs Knapp steckt noch in Zürich oder unterwegs. Es gibt grössere SBB-Störungen in Mägenwil und Killwangen. Ich hatte das Glück, dass ich frühzeitig darauf hingewiesen wurde, weil es schon ab Aarau ziemlich krass aussah. Er hat mir aber netterweise seinen vorbereiteten Text geschickt, und ich gebe mir Mühe, dass ich ihn einigermaßen ab Handy vortragen kann. Die Finanzkommission prüfte und diskutierte das überarbeitete Budget. Sie empfiehlt dem Parlament, dem revidierten Budget 2019 gemäss Vorschlag Stadtrat zuzustimmen. Bevor die Finanzkommission über die Version 2 des Budgets diskutierte, blickte sie auf die budgetlosen Wochen und Monate zurück. Das können wir heute auch noch kurz tun. Die budgetlose Zeit sorgte für heftige Diskussionen. Eine Seite sprach von einem Shut down, der die Stadt lahm lege und den Ruf der Stadt schädige. Die andere Seite sprach von einem demokratischen Prozess, dessen Auswirkungen überblickbar und verkräftbar seien. Der Stadtrat erstellte am 10. Dezember 2018 ein „Merkblatt zur Haushaltsführung für die budgetlose Zeit (Notbudget)“. Darin hielt er seine Regeln für Ausgaben ohne Budget fest. Der Stadtrat informierte über das Merkblatt allerdings weder die Finanzkommission noch das Parlament. Die Finanzkommission sah das Merkblatt am 29. April zum ersten Mal. Sie bedauert die späte Information und setzt auf frühzeitigen Einbezug und Dialog. Sie hat dies dem Stadtrat auch ausdrücklich so

angeboten. Das kann besonders hilfreich sein bei Themen, wo frühzeitig mehrheitsfähige Lösungen gesucht werden müssen. Der Stadtrat nahm dieses Angebot der Finanzkommission zur Kenntnis. Die Finanzkommission hatte den Eindruck, dass der Stadtrat sein Merkblatt Anfang 2019 deutlich restriktiver auslegte als nach der Abstimmung vom 24. März. Zwei exemplarische Beispiele für diese These wären gewesen: Der Stopp der finanziellen Unterstützung für den freiwilligen Schulsport und dann quasi im April ohne Budget der Planungskredit für einen Kindergartenspielplatz beim Sälischulhaus mit der Begründung, dass wegen mehrfacher Verschiebung Dringlichkeit besteht. Diese und weitere Ausgaben liegen in seinem politischen Ermessensspielraum, sagte der Stadtrat gegenüber der Finanzkommission. Aufgrund einer Beschwerde beim kantonalen Amt für Gemeinden kann der Stadtrat die beschlossenen Ausgaben derzeit nicht auslösen. Die Finanzkommission hat die Ausgabenbeschlüsse des Stadtrates nicht beurteilt. Sie erhofft sich aber klarere Vorgaben für mögliche künftige budgetlose Zeiten, wenn jetzt die Aufsichtsbehörde, das Amt für Gemeinden und der Regierungsrat diese Praxis rechtlich beurteilen müssen. Wie einleitend gesagt: die Finanzkommission empfiehlt Zustimmung zum Budget 2019 in der vorliegenden Form. In der Diskussion gab es in der Finanzkommission nur wenige Änderungsanträge, die dann abgelehnt wurden. Wir diskutieren heute über ein Budget, das in der Erfolgsrechnung gleichbleibende Steuersätze vorsieht. Das Budget rechnet bei Ausgaben von 110,3 Millionen Franken mit einem kleinen Überschuss von 43'000 Franken. Im Rahmen der kurzfristigen Überarbeitung des abgelehnten Budgets reduzierte der Stadtrat die Personal- und Sachkosten sowie die Beiträge an Dritte um rund 741'000 Franken. Zusätzlich sanken die Abschreibungen um rund 390'000 Franken, weil der Stadtrat in diesem Jahr aufgrund der budgetlosen Zeit viel weniger investieren kann als ursprünglich vorgesehen. Das neue Budget rechnet mit Nettoinvestitionen von 9,4 Millionen Franken, gegenüber 16,4 Millionen im alten Budget. Den tieferen Ausgaben stehen – ohne Steuererhöhung – deutlich höhere Einnahmen als ursprünglich vorgesehen gegenüber, nämlich über eine Million Franken mehr. Die Finanzkommission ist sich bewusst, dass nach der Volksabstimmung vom 24. März die zweite Version des Budgets nicht von Grund auf neu erarbeitet werden kann. In diesem Sinne ist das Budget 2019 der Versuch, in kurzer Zeit ein mehrheitsfähiges Budget zu erreichen. Dieser Versuch ist nach Meinung der Finanzkommission gelungen. Damit sind aber die grundsätzlichen Diskussionen über die Finanzpolitik noch nicht beendet. Sie werden absehbar in einem halben Jahr wieder geführt – bei der Beratung des Budgets 2020 und des Finanzplanes 2020 bis 2026.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Merci, Muriel, für diese Ausführungen. Ich glaube, ich muss mich hier nicht mehr gross ausweiten. Wir hatten relativ wenig Zeit, um dieses Budget zu präsentieren oder aufzustellen. Das haben wir in zwei Wochen gemacht. Wie sind wir vorgegangen? Wir haben geschaut, welche Sach- und Personalaufwände gekürzt werden können, weil die Ausgaben nicht mehr möglich waren. Wir haben auch die Investitionen überprüft, welche noch ausgelöst werden konnten oder nicht. Man hat geschaut, was bei den Investitionen von 2018 nach 2019 verschoben wurde. Man hat die Abschreibungen aufgrund der wenigen Investitionen angepasst. Man hat bei den Spezialfinanzierungen gewisse Korrekturen gemacht. Aufgrund des weiteren Veranlagungsstandes hat man gesehen, dass der Fiskalertrag, die Steuereinnahmen, eigentlich besser sind, als wir im ersten Budget budgetiert haben, um rund 1 Million. Das haben wir auch entsprechend angepasst. Auch bei der Quellensteuer hat es Mehrerträge gegeben. Von der sbo ist etwas mehr gekommen. Die Verzugszinserträge haben auch massiv zugenommen. Die Leute, welche die Steuern spät zahlen, zahlen 5 % Verzugszinsen, und das hat 2018 Mehreinnahmen von fast einer halben Million gegeben. Das wird sich auch 2019 so auswirken. Aufgrund des Notbudgets haben wir gewisse Fondsentnahmen getätigt, mit denen wir gewisse Sachen finanziert haben. Das haben wir in diesem Budget auch so angepasst. Muriel hat es gesagt. Wir haben auf der Ausgabenseite rund 1 Million eingespart, und auf der Einnahmenseite bei gleichbleibenden Steuersätzen haben wir etwa 1,1 Millionen mehr Steuern eingenommen. Das ist das Resultat, das jetzt hier vorliegt. Merci.

**Raphael Schär, Fraktion Grüne:** Wir möchten zu allererst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für die rasche Erstellung des überarbeiteten Budgets bedanken, besonders auch bei Urs Tanner, der sich erneut Zeit genommen hat, bei uns an der

Fraktionssitzung vorbeizukommen. Das ist auch nicht selbstverständlich. Merci vielmals. Zum überarbeiteten Budget: Wir nehmen es in einem gewissen Sinne zur Kenntnis. Wir nehmen zur Kenntnis, dass diverse notwendige Investitionen erneut verschoben werden. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass sich diese Investitionen immer mehr mit anstehenden Grossinvestitionen überlagern werden, und wir nehmen zur Kenntnis, dass dem Gewerbe einige Millionen Franken entgehen, weil wir in diesem Jahr alles nicht mehr auslösen können. Ihr hört es etwas heraus: Eine Zustimmung fällt uns schwer. Wir werden dann später noch schauen. Die Zustimmung fällt uns bei drei Beiträgen besonders schwer, bei denen wir keinen Streichungsgrund sehen. Ich habe sie im Vorfeld den Fraktionen geschickt. Wir werden dort drei Anträge stellen, weil es unserer Meinung nach nicht die Idee war, dass man Altersausflüge streicht, dass eine Trendsporthalle plötzlich ein Quartal nicht mehr bezahlt bekommt oder der Generationenspielplatz jetzt doch wieder verschoben wird, weil doch hier auch ein Engagement der Bevölkerung dahintersteht. Unser Blick geht aber vorwärts. Wir haben es vorhin auch schon gehört. In ein paar Monaten werden wir hier das Budget 2020 besprechen. Für uns Grüne ist klar, dass zu einer nachhaltigen Finanzierung eines attraktiven Olten eine Steuererhöhung überfällig ist. Wir erwarten deshalb klar, dass der Stadtrat im Finanzplan aufzeigt, wie die anstehenden Investitionen finanziert werden. Für uns ist auch klar, dass es über eine einmalige Steuerfussanpassung wird erfolgen müssen, die den Finanzplan als Vorgabe nimmt. Eine weitere Salami-taktik mit einer Erhöhung jedes oder jedes zweite Jahr sehen wir nicht als zielführend. Wir erwarten hier eine Strategie für das kommende Budget. Der Schlussabschnitt auf Seite 18 sagt es eigentlich schon mehr als klar: „Bedenkt man, dass die vielen Investitionen nun einfach hinausgeschoben wurden und sich diese mit kommenden Zusatzinvestitionen wie Bahnhofplatz oder Schulraum Kleinholz kumulieren, so wird sich der Souverän zur Finanzierung der künftigen Investitionen weiter Gedanken machen müssen“. Wir erwarten, dass sich alle Parteien hier Gedanken machen und wir von einer Blockadenpolitik wegkommen. Wir erwarten mehrheitsfähige Lösungen für ein attraktives Olten, die nachhaltig finanziert sind. Wir erwarten auch, wie es der FdP-Kantonalpräsident diese Woche gesagt hat, dass man von einer ideologischen Angstkampagne wegkommt. Wieso macht man keinen Start und gestaltet keine Zukunft? Kommen wir also weg von der Behauptung, dass Leute wegziehen, wenn die Steuern moderat ansteigen. Kommen wir weg von der Behauptung, die Stadt hat kein Einnahmenproblem. Olten hat 2017 ein Parlament mit einer Vorwärtsstrategie gewählt. Nehmen wir diesen Auftrag endlich ernst und engagieren uns gemeinsam für ein attraktives und blühendes Olten mit Zukunft. Wir wären für das Budget 2020 dazu bereit. Merci.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Zuerst möchten wir ebenfalls für die Arbeit bedanken, die Urs Tanner und sein Team geleistet haben, um das neue Budget vorzulegen. Gleichzeitig sind wir von diesem neuen Budget auch enttäuscht, weil es nicht wirklich ein neues Budget ist. Der Stadtrat hat hier nicht wirklich Einfluss genommen. Alles, was wir gefordert haben, auch während des Abstimmungskampfes, was auch das Volk von Olten bestätigt hat, effektiv noch einmal zu überdenken, was nötig ist und was nicht nötig ist für Olten, hat man nicht gemacht. Man sieht hier, man hat einfach die Investitionen nicht mehr getätigt, die man zeitlich nicht mehr tätigen kann, was zwangsläufig der Fall war. Von daher sind wir von diesem Budget eigentlich etwas enttäuscht. Wir sehen aber, dass es vor allem in den nächsten Jahren und im Finanzplan gilt, sich die grundlegenden Gedanken zu machen, sich zu überlegen, was das Volk kürzlich gesagt hat, und zwar deutlich und sich auch zu überlegen, dass man sich grundsätzlich Gedanken machen muss, was Olten will und was sich Olten auch leisten kann. Gleichzeitig wollen wir auch zu diesem Budget und für heute Abend sagen, dass wir diesem Budget so grundsätzlich positiv gestimmt sind. Wir merken aber, dass ein Teil der Bevölkerung das Signal nicht verstanden hat, und werden uns deshalb bei einer krassen Verschlechterung dieses Budget auch vorbehalten, das Referendum erneut zu ergreifen. Merci.

**Dieter Ulrich, Fraktion SP/Junge SP:** Seit ich dabei bin, ist es für mich eine Premiere, dass wir heute Abend bei einem Budget eigentlich fast mehr Vergangenheitsbewältigung machen, als dass wir vorwärts schauen. Das ist wirklich eine spezielle Situation. Wir von der SP fanden das ursprüngliche Budget sehr gut. Ich glaube, das ist allen klar geworden. Wir haben uns auch dafür eingesetzt. Wir haben jetzt auch akzeptiert, dass wir damit nicht

durchgekommen sind. Wir werden dem vorliegenden Budget zustimmen oder zumindest nicht dagegen sein. Vielleicht gibt es einzelne Enthaltungen, je nachdem, wie es am Schluss aussieht. Das kann ich vorwegnehmen. Wir beugen uns hier quasi der Macht des Faktischen. Wir hätten gerne mehr Sachen drin gehabt oder mehr Sachen gemacht in diesem Jahr. Das ist klar. Wir sehen aber auch, dass es jetzt von der Zeit her schlichtweg nicht mehr möglich ist, dies überhaupt noch auszulösen, einerseits zeitlich und andererseits auch von den Kapazitäten her, die bei der Stadt vorhanden oder eben nicht vorhanden sind. Insofern richtet sich unser Blick eigentlich trotz der Vergangenheitsbewältigung nach vorne. Wir sind gespannt, wie im Herbst das Budget für das nächste Jahr aussehen wird. Ich denke, nicht nur der Souverän muss sich weiter Gedanken machen, wie es mit den Investitionen und der Finanzierung weitergehen soll. Zu allererst muss sich der Stadtrat Gedanken machen, wie es aussehen soll, wie es vorwärts gehen soll, und uns nachher einen Vorschlag bringen, den wir diskutieren können. Dann machen wir uns Gedanken dazu. Investitionen sind jetzt wieder sehr viele auf das nächste Jahr, vielleicht noch später, verschoben worden. Das wissen wir noch nicht. Wir haben schon Bedenken. Wir haben es auch schon im Winter bei der ersten Lesung oder beim ersten Budget gesagt. Es gibt einen Riesenbedarf an Investitionen. Man kann das Einzelne für nötig oder unnötig halten. Aber die Summe selber sehen wir realistisch nicht, selbst wenn man Korrekturen macht, wie man dies jetzt so einfach abwickeln kann. Das wird ir-gend etwas brauchen. Für das nächste Jahr haben wir wahrscheinlich die Wahl, wenn wir bei den 12 Millionen, von denen der Stadtrat auch schreibt, die man etwa investieren kann, bleiben würden, machen wir kaum Entwicklungsinvestitionen oder wir sparen weiter beim Werterhalt. Das ist für uns beides eigentlich sehr unbefriedigend. Man erwartet ja eigentlich eine andere Lösung, sprich, dass man dort doch irgendeinen Spielraum schafft, um entsprechend investieren zu können. Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, jetzt zu loben oder zu rühmen, dass die Nettoverschuldung pro Kopf sinkt oder weitersinkt, im Gegenzug aber einfach die Investitionen aufschiebt. Wie ich es schon im Winter gesagt habe, ist die Schuld einfach an einem anderen Ort. Sie ist nicht in Franken. Aber sie ist in der Infrastruktur. Um sie werden wir uns früher oder später kümmern müssen. Was in der Fraktion auch noch bemerkt wurde, ist einfach, auch im Zusammenhang mit dem bekanntgewordenen Rechnungsabschluss, die zum Teil doch grosse Ungenauigkeit, die im letztjährigen Budget immer noch vorhanden gewesen ist, wie man jetzt auch in diesem sieht, dass man viel gar nicht mehr machen kann. Es ist auch hier so. Es gibt Leute, die jetzt schon in der Fraktion darauf wetten würden, dass auch in dieses Jahr wieder mit einem besseren Resultat abschliessen wird, als was wir jetzt hier prognostiziert auf dem Tisch haben. Auch hier denke ich, dass sich der Stadtrat einmal Gedanken machen muss, wie konservativ das Ganze rein von den Finanzzahlen her aussehen soll. Das ist nicht eine Aufforderung dazu, unseriös zu werden, oder es nur mit der Rosabrille zu sehen, aber vielleicht auch in dieser Beziehung nicht immer nur den konservativsten Weg zu gehen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch allen, welche die Mehrarbeit mit dem neuen Budget geleistet haben, meinen Dank aussprechen. Ich hoffe, dass Ihr dies für 2019 jetzt zum letzten Mal gemacht habt. Wir werden von der Fraktion einzelne Anträge stellen respektive Anträge unterstützen, die jetzt schon von den Grünen genannt wurden. Wie ich schon gesagt habe, werden wir dem Budget zustimmen. Aber es kann möglicherweise Enthaltungen gegeben, je nachdem, wie das Resultat dann aussieht. Merci.

**Reto Grolimund, FdP-Fraktion:** Auch ich habe heute das Vergnügen, Urs Knapp zu vertreten, der auch in diesem Thema unser Fraktionssprecher war. Er ist wunderbar vorbereitet, und ich gebe mir auch Mühe, damit dies in „Knappscher“ Manier herüberkommt. Das Volk sagte ja am 24. März 2019 ziemlich klar nein zu höheren Steuern und einer gleichzeitigen massiven Verschuldung in den kommenden Jahren gesagt. Das überarbeitete Budget 2019 nimmt das Ergebnis dieser Volksabstimmung zur Kenntnis. Es könnte ein Weg zu einer finanzpolitischen Besinnung sein. Der Stadtrat legt uns heute ein überarbeitetes Budget 2019 vor, das die Steuern nicht erhöht und trotzdem mit einer schwarzen Null abschliesst. Diese Entwicklung ist massgebend, wie es Benvenuto vorhin gesagt hat, auf höhere Steuereinnahmen bei gleichen Steuersätzen zurückzuführen. Damit setzt sich eigentlich eine Tendenz fort, die man schon 2018 beobachten konnte: die Steuern fliessen stärker als man erwartet, Olten konnte die Verschuldung nochmals reduzieren. Es gibt damit

keinen Grund, die Steuern für 2019 zu erhöhen. Das Budget 2019 ist ein Übergangsbudget. Es weckt Hoffnungen für eine Trendwende. Aber die Trendwende ist noch nicht eingeleitet. In diesem Sinne findet es die FdP falsch, wenn man von verschobenen Investitionen spricht, welche dann im Folgejahr sowieso kommen werden. Die Investitionen, die 2019 nicht ausgelöst werden, sind nicht einfach verschoben, sondern sie sind jetzt auf dem Prüfstand. Genauso sind diverse angemeldete Wünsche für die kommenden Jahre auf dem Prüfstand. Und parallel dazu muss auch immer wieder gefragt werden: wie kann man noch effizienter arbeiten? Der Stadtrat hat vor einem Jahr aufgezeigt, wie man dies machen könnte. Er sagte im Mai 2018: Der heutige Steuerfuss ist erstens die Grundlage für die Planungsperiode des Finanzplans. Zweitens sind Zusatzstellen durch Fluktuation zu kompensieren. Drittens sind bei Steuererhöhungen wiederkehrende Einsparungen im gleichen Umfang wie der Mehrertrag aus der Steuererhöhung zu realisieren. Dazumal hat sich der Stadtrat nicht an diese Vorgaben gehalten. Das war mitunter ein Grund für das Referendum und das Nein in der Volksabstimmung vom 24. März. Die finanzpolitische Vorgabe heisst nicht mehr: „Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich nach den finanziellen Bedürfnissen“, sondern der neue Leitsatz muss sein: „Die Ausgaben der Stadt richten sich den vorhandenen finanziellen Mitteln.“ In diesem Sinne unterstützt die FdP-Fraktion das heute vorliegende Übergangsbudget 2019. Ab morgen liegt dann der Fokus auf dem Budget 2020 und auf dem Finanz- und Investitionsplan 2020 bis 2026. Dort muss der Stadtrat dem Volksentscheid vom 24. März folgen.

**Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Jetzt noch einmal für die Fraktion. Auch wir stimmen diesem Budget, Version 2, oder wie man dem nach dieser speziellen Ausgangslage sagen soll, grundsätzlich so zu, werden dann aber auch noch einen Antrag betreffend Investition, Vorbereitung Generationenspielfeld stellen. Danken möchten wir auch der Verwaltung und dem Finanzverwalter für die raschen Zusatzarbeiten, die hier angesichts der Ausgangslage nötig wurden. Den Weg, der gewählt wurde, finden wir grundsätzlich sinnvoll und wollten eigentlich auch nicht mehr viel Zeit aufbringen angesichts dessen, dass wir jetzt dann schon bald ein halbes Jahr vorbei haben. Wir sehen allerdings auch, dass mit diesem Budget nicht sehr viel Probleme gelöst werden und wir doch auch noch einiges vor uns herschieben, das schon bald wieder für Diskussionen sorgen wird. Dann wäre es wirklich wichtig, dass wir nicht noch einmal in eine gleiche Situation schlittern würden, sondern hoffentlich wirklich von Anfang an mehrheitsfähige Lösungen finden könnten. Dort denke ich halt gleichwohl, dass es ein Zugehen von allen Seiten brauchen wird und man vielleicht trotzdem auch, ohne das Wort, das von den Grünen als Salamtaktik gesagt wurde, der Weg der kleinen Schritte einmal wählen sollte, um der Bevölkerung mehrheitsfähige Wege aufzeigen und begründen zu können und in diesem Sinne auch nicht als Rückblick, sondern mehr zum Vorausschauen für das neue Budget, das ja schon bald in Erarbeitung geht, dass es wirklich wichtig ist, und ich denke, das haben wir hier auch gehört, und Dieter Ulrich hat es auch schon angesprochen, dass wir, um das Vertrauen der Bevölkerung für ein Budget zu erhalten, wirklich erwarten, dass man hier wirklich möglichst genau, so genau es auch sein kann, versucht, dies auszuweisen und nicht allzu sehr auf der vorsichtigen Seite zu sein, sagen wir einmal bei den Einnahmen, aber auch bei den Ausgaben nicht überall, gerade beim Bau, der sehr viele, auch teure Ausgaben hat, haben wir dies im November diskutiert, dass wir in verschiedenen Fraktionen den Eindruck erhalten haben, dass dort einfach noch Luft drin ist. Ich denke, das sind einfach schon einmal schwierige Voraussetzungen, um dies glaubhaft erklären zu können. Hier erhoffe ich mir einfach, dass man die Lehren ziehen kann und wir dann angesichts der doch immer noch schwierigen finanziellen Situation der Stadt auf 2020 eine bessere Ausgangslage haben.

**Laura Schöni:** Die Fraktion Olten jetzt! möchte sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung des Budgets 2.0 bedanken. Trotzdem sind wir nicht in Freudeschreien ausgebrochen, als wir es gesehen haben, weil dieses Budget für uns keine Probleme löst und es löst auch nicht die Diskussion, die wir hatten. Es verschiebt dies halt alles nach hinten. Der Investitionsbedarf sinkt nicht durch das Ganze und dass alles auf die nächsten Jahre verschoben wird, sollte uns doch bekannt vorkommen. Das heisst ja, dass es erfahrungsgemäss auch immer noch teurer wird. Das ist für uns nicht der richtige Schritt. Zudem finden wir, dass es für uns keine Begründung für einen Verzicht auf Steuererhöhung ist, dass wir jetzt ein ausgeglichenes

Budget haben. Eigentlich wäre eine Steuererhöhung immer noch mehr als nur angebracht. Sie wäre nämlich dringend nötig. Auf eine Steuererhöhung zu verzichten, ist für uns kein Kompromiss, sondern ein Einknicken vor den Gegnern. Ein Kompromiss wären für uns zum Beispiel 110 Steuerprozente. Trotzdem stimmen wir diesem Budget zähneknirschend zu, weil sich Olten eine erneute Blockade einfach nicht leisten kann. Wir werden den Anträgen der Grünen und SP zustimmen, und Ihr habt auch noch einen von uns bezüglich der Trendsporthalle erhalten. Merci.

**Christian Werner:** Ich finde, Muriel hat ein gutes Stichwort gebracht. Sie hat davon gesprochen, Lehren zu ziehen. Ich bin jetzt ein wenig erstaunt, wenn ich zum Teil denjenigen zuhöre, welche die Volksabstimmung klar verloren haben, wie sie reden, als ob es diese Abstimmung eigentlich nie gegeben hätte. Dann frage ich mich, ob dort wirklich die richtigen Lehren gezogen werden. Ihr habt vorhin gehört, dass, ich sage jetzt, die Sieger dieser Volksabstimmung, dieser Budgetabstimmung eigentlich aus purem Pragmatismus sagen, wir stimmen diesem Budget zu, auch wenn sie nicht begeistert sind. Sie sind wahrscheinlich genau gleich wenig begeistert wie die Vertreterinnen und Vertreter der linken Seite, welche diese Volksabstimmung verloren haben. Aber sie sagen, wir stimmen zu und wieso stimmen wir zu? Weil wir diesen budgetlosen Zustand beenden wollen. Es gab Leute, die für dieses Budget auf die Strasse gingen und Unterschriften gesammelt haben. Sie haben sich in die Kälte gestellt. Es gab Leute, die dies unterschrieben haben. Sie sind zum Teil wirklich durch den Schmutz gezogen worden, auch medial. Man hat es verniedlicht. Man hat den Kopf geschüttelt. Fakt ist, dass es nach einem intensiven Abstimmungskampf eine Abstimmung gegeben hat. Man hat vor allem über Investitionspolitik gesprochen. Man hat vor allem über den Finanzplan gesprochen. Das Volk hat am Schluss entschieden. Es war das gleiche Volk, das Euch beispielsweise am vergangenen Wochenende bei der Steuervorlage recht gegeben hat. Das Volk hat gesagt, das Budget und damit verknüpft auch den Finanzplan wollen wir nicht. Ich finde einfach, es wäre jetzt an der Zeit, dass man dies akzeptiert, dass man dies anerkennt und dass man eigentlich nicht wieder mit ähnlichen oder gleichen Forderungen kommt, wie man bereits im ersten Umlauf gebracht hat. Ich finde es einfach etwas problematisch. Mit jedem Antrag, der jetzt wieder von linker Seite eingereicht wird, und der die Ausgaben wieder erhöhen will, wird einfach mit dem Feuer gespielt. Seid Euch dies bewusst. Das ist ein mit dem Feuer spielen. Ihr riskiert damit einfach, dass nachher wieder jemand das Referendum ergreift. Das muss nicht unbedingt die SVP sein. Das kann irgendjemand im Volk sein. Es haben Leute bewiesen, dass sie allein ein Referendum ergreifen. Mit jedem Antrag, den Ihr jetzt wieder obendrauf packt, erhöht Ihr die Chance oder provoziert eigentlich die Leute, die beim ersten Mal schon Unterschriften gesammelt haben, dass sie dies wieder tun. Ihr müsstet einfach den Leuten sagen, dass dieser budgetlose Zustand bis im Herbst andauern wird. Ich finde, dann ist es zu billig, dass man mit dem Finger auf die anderen zeigt und ihnen sagt Shut down und Ihr seid schuld, dass die Schüler jetzt ... und was hier alles Strubes erzählt wurde. Schaut dann den Leuten in die Augen und sagt ihnen, wir haben es in Kauf genommen. Ich finde dies problematisch. Ich würde es begrüßen, wenn man dieses Budget als Übergangsbudget anschaut und so gutheissen würde, wie es vorliegt. Es ist niemand begeistert von diesem Budget. Wir auch nicht. Aber einfach aus Pragmatismus, damit man diesen budgetlosen Zustand, diese Rechtsunsicherheit beenden kann, dem zustimmt. Bitte verzichtet darauf, jetzt hier wieder ein Powerplay zu spielen und irgendwelche Anträge mit knappen Mehrheiten durchzudrücken und so eine erneute Budgetabstimmung zu provozieren. Ich finde, das ist der falsche Weg.

**Felix Wettstein:** Ich würde gerne bei der generellen Bewertung des Budgets auf zwei Sachen hinweisen. Die eine ist eine Gefahr, die ich sehe, und die andere ist ein Wunsch, den ich gerne anbringen würde. Die Gefahr, die ich hier sehe, ist, dass man tatsächlich, zum Beispiel auch bei der Bewertung des Vorliegenden, schon allein bei der berühmten schwarzen Null etwas Wesentliches übersehen. Wir haben es gehört. Ganz viele Investitionen, so wie sie zuerst gedacht waren und wir sie hier verabschiedet haben, mit einem sehr komfortablen Mehr, können in diesem Jahr gemäss der neuen Vorlage nicht gemacht oder sollen nicht gemacht werden. Das bewirkt, dass wir tatsächlich in der laufenden Rechnung eine „Einsparung“ bei den Abschreibungen haben. Weil die

Investitionen nicht getätigt werden können, setzen auch die Abschreibungen noch nicht ein. Muriel Jeisy hat vorhin Fr. 390'000.—gesagt, als sie Urs Knapp zitiert hat. Ich habe auch nachgezählt und bin sogar auf Fr. 420'000.— gekommen. Um ganze Fr. 420'000.--, das Zehnfache dieses kleinen Gewinns, verschönert die laufende Rechnung, weil wir all die Investitionen in diesem Jahr nicht auslösen können. Das ist fast ein Steuerprozent der natürlichen Personen. Einfach damit wir allein diesen Effekt in seiner Dimension genug hoch einschätzen. Ich komme zum Wunsch. Es ist mehrfach angesprochen worden. Der Finanzplan 2020 bis 2026 ist ganz entscheidend. Ich möchte nicht zum ersten Mal hier, aber trotzdem und mit Verve appellieren, zu einer alten Tugend zurückzukehren und uns den siebenjährigen Finanzplan mit der September-Session vorzulegen. Wir haben einen ganz grossen Vorteil in mehrfacher Hinsicht. Erstens ist er praktisch schon beieinander, weil sich ja gerade jetzt wegen dieser neuen Budgetierung alle Direktionen Gedanken machen mussten, wie man das Ganze jetzt budgetmässig, vor allem im Investitionsbereich, neu sortieren muss. Ich gehe fest davon aus, dass man es nicht einfach quasi parallel um ein Jahr nach hinten schiebt, auch die Sachen, die unbestritten sind, sondern dass man zum Teil auch zeitlich schauen muss, was man noch etwas komprimieren kann. Das wichtigste Stichwort diesbezüglich ist das Schulhaus. Ich denke, man muss den Finanzplan so ausgestalten, dass das Schulhaus nicht später eingeweiht wird, als das, was wir noch vor drei Monaten richtig gefunden haben. Das heisst eben in der Tat, man kann über die ganzen sieben Jahre hinweg den Bedarf an Geld berechnen. Wenn man nachher in kleinen Schritten die Einnahmenseite anpassen möchte, würde man parallel dazu die Verschuldung wieder erhöhen müssen. Das ist einfach Fakt. Man kann dies machen. Natürlich kann man dies auch planen, dass man die Verschuldung anhebt. Aber es scheint mir einfach wichtig, dass wir schon im September den Weg, wie der Stadtrat im Sinn hat, ihn zu beschreiten, auf dem Tisch haben. Wir können den Finanzplan „nur zur Kenntnis nehmen“. Wir können ihn nicht korrigieren. Aber ich denke, wir haben im September die Chance, ihn zu kommentieren, so dass für das erste Jahr dieser sieben Jahre der Stadtrat allenfalls zwischen September und November noch Gelegenheit hätte, Anpassungen vorzunehmen.

**Philippe Ruf:** Ich möchte zum Vorsprecher, Felix Wettstein, der dies auch gesagt hat, noch ergänzen, dass es sehr wichtig ist, dass man den Finanzplan auch uns früh genug vorlegt und man darüber reden kann. Was wichtig war, hat auch Christian gesagt. Wir müssen dieses Volks-Nein zum Budget auch so auffassen und umsetzen. Für mich ist sehr wichtig, und ich habe schon beim ursprünglichen Budget versucht, darauf hinzuweisen. Ich merke dies jetzt hier bei den einzelnen Anträgen, die enthalten sind, auch wenn wir noch spezifisch auf sie eingehen werden. Beim Budgetieren müssen wir uns eine Priorität setzen und dies als übergeordnetes Ziel aufsetzen. Das macht man auch so, wenn man ein eigenes Budget aufsetzt oder für eine Abteilung, eine Firma budgetiert. Das kann beispielsweise sein, dass man ein ausgeglichenes Budget vorlegt. Das bedeutet, dass man manchmal persönliche kleinere Ziele diesem höheren Ziel unterordnen muss. Man muss auch die persönlichen Ziele einem solchen Ziel unterordnen können. Wenn wir jetzt hier wieder einzelne Punkte haben, die ausschweifen, weil man persönliche Präferenzen hat oder das Eine etwas besser als das Andere findet, und dies erneut aufnimmt, erreicht man das höhergestellte Ziel wieder nicht mehr. Das ist in vielen Bereichen des Lebens so. Auch beim Budgetieren ist dies sehr wichtig, und wenn Ihr jetzt ein ausgeglichenes Budget haben wollt, könnt Ihr nicht wieder bei einzelnen Sachen korrigieren. Es wäre auch nicht konsequent, und es wäre anderen Posten gegenüber unfair, wenn man beispielsweise bei einer Trendsporthalle wieder Beträge zugibt. Dann müsste man dies konsequenterweise auch bei anderen Posten tun. Deshalb möchte ich noch einmal beliebt machen, dass wir dieses höhergesetzte Ziel auch wirklich verfolgen und nicht von Einzelinteressen abkommen lassen. Es wäre inkonsequent, und wir verlieren so auch den Fokus. Merci.

## DETAILBERATUNG

### Seiten 3 bis 19

Keine Wortmeldungen

Seiten 23 bis 25

Keine Wortmeldungen

Seiten 34 bis 41

Keine Wortmeldungen

Seiten 42 bis 49

Keine Wortmeldungen

Seiten 50 bis 57

Keine Wortmeldungen

Seiten 58 bis 63

Keine Wortmeldungen

Seiten 64 bis 71

Seite 68, 3420.3636.00, Trendsporthalle

**Laura Schöni:** Ich möchte kurz noch etwas dazu sagen. Ihr habt dies alle gestern oder heute Morgen von Markus Dietler per Mail erhalten. Zur Begründung zu diesen drei Punkten, die ich dort aufgeführt habe, möchte ich nichts mehr sagen. Ich möchte einfach noch anmerken, dass der Betrag von Fr. 13'000.— für die Trendsporthalle überlebenswichtig und existenziell ist. Im Verhältnis zu diesem Gesamtbudget ist dieser Betrag so verschwindend klein und würde den Abschluss bzw. äusserst minimal beeinträchtigen. Der Trendsporthalle den vollen Betrag, auch mit dem ersten Quartal, mit diesen Fr. 13'000.— auszuzahlen, bedeutet ein Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit und der Arbeit, die im Moment und noch zu leisten ist, gegenüber den Verantwortlichen und ehrenamtlich Engagierten der Genossenschaft zeigen. Ich finde, man könnte das Pflänzchen Trendsporthalle mit einer Giesskanne, die zu drei Vierteln voll ist, giessen und uns über grüne Blätter freuen, oder wir füllen die Giesskanne zu vier Vierteln voll und feiern dann die Blume, die das Pflänzchen tragen wird. Ich würde gerne mit Euch diese Blume feiern. Merci.

**Christian Werner:** Vorab möchte ich festhalten, dass es mich doch interessieren würde, welche Meinung der Stadtrat zu diesem Antrag hat. Ich möchte den Stadtrat bitten, seine Meinung nachher kundzutun, damit wir dies auch wissen. In der Sache konnten wir diesen Antrag nicht besprechen, schlicht deshalb nicht, weil er viel zu spät gekommen ist. Er ist gestern eingetroffen. Wir hatten letzte Woche Fraktionssitzung. Deshalb kann ich in diesem Sinne nicht die Meinung der Fraktion vertreten. Im Übrigen ist unser Fraktionschef ist, wie Ihr wahrscheinlich gemerkt habt, auch noch im Zug steckengeblieben. Deshalb komme ich zum Handkuss. Aber aus den Gründen, die ich vorhin erwähnt habe, kann ich eigentlich sagen, dass wir diesen Antrag ablehnen, weil es einfach der falsche Weg ist, jetzt wieder irgendwelche Partikularinteressen zu vertreten und mit irgendwelchen Anträgen zu kommen. Noch kurz zum Argument, es sei überlebenswichtig und existenziell. Mir scheint, dass ist rein logisch gar nicht möglich. Es geht ja um das erste Quartal, und das erste Quartal ist abgeschlossen. Das wäre ja ein rückwirkender Beitrag. Wenn er überlebensnotwendig und existenziell wäre, würde es diese Trendsportanlage jetzt gar nicht mehr geben, nachdem das erste Quartal vorbei ist. Dieses Argument geht von mir aus gesehen logisch nicht auf. Es kann nicht existenziell sein. Sorgt jetzt besser dafür, dass wir dieses Budget heute in trockene Tücher bringen und es nachher kein Referendum gibt und wir Sicherheit haben und diese Beträge dann für das zweite, dritte und vierte Quartal ausgeschüttet werden können. Wenn Ihr jetzt wieder „chnustet“ und wurstelt und irgendwelche Anträge bringt – ich muss mich wiederholen, aber es ist mir wirklich ein wichtiger Punkt – und damit allenfalls ein

weiteres Referendum provoziert, schadet Ihr der Sache viel mehr. Dann ist ja auch das zweite und dritte Quartal wahrscheinlich weg.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Selbstverständlich habe ich Sympathien für diesen Antrag. Das ist ganz klar. Momentum, die Leute, die dies machen, hatten die ersten drei Monate tatsächlich eine schwierige Zeit. Sie haben diesen Beitrag nicht erhalten. Sie mussten Geld beschaffen, aufnehmen. Sie haben sich ein Stück weit verschuldet. Sie mussten sich mehr auf Freiwilligenarbeit ausrichten und konnten die Leute, die sie bezahlt haben, nur noch weniger anstellen. Sie haben aber doch ihre Leistung erbracht. Jetzt ist es aber so, dass der Stadtrat tatsächlich einfach rückwirkend nichts auszahlt oder nicht auszahlen kann. Sonst öffnen wir die Büchse der Pandora und es kommen sehr viele andere Institutionen auch, die wir abtrennen mussten. Wir haben mit Momentum auch noch keine Leistungsvereinbarung. Trotzdem sind sie tatsächlich doppelt bestraft worden, weil der Schulsport auch noch gehen konnte, weil die Schulen ja im ersten Quartal genau dort auch ein Verbot erhalten haben. Ihr könnt jetzt diese Sachen nicht nutzen. Sie konnten nicht auf die Eisbahn. Es war auch für die Sportpark AG nicht so angenehm, auf dieses Geld zu verzichten, das Gleiche bei Momentum. Wir können jetzt einfach nach vorne schauen und hoffen, dass sie sich auffangen können. Ich kann es wirklich allen empfehlen, auch mit Grosskindern, Kindern. Es ist schön. Macht es und Ihr helft ihnen so.

**Philippe Ruf:** Entschuldigung, vielleicht bin ich es nur. Aber Du hast am Anfang gesagt, wir unterstützen diesen Antrag. Oder habe ich es falsch verstanden? Unterstützt der Stadtrat diesen Antrag? Nicht. Dann habe ich es falsch verstanden.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Der Stadtrat hat diesen Antrag nicht als Gremium diskutiert. Aber wir haben Richtlinien und an diese halten wir uns, auch wenn es weh tut.

**Laura Schöni:** Ich habe noch eine Frage. Iris, Du hast gesagt, es sei nicht möglich, dies rückwirkend auszuzahlen. Ich weiss nicht, ob der Rechtskonsulent dies erklären kann. Gibt es dazu eine Basis?

**Dr. Patrik Stadler:** Es ist einfach ein Fakt. Man kann rückwirkend nichts auszahlen. Das erste Quartal ist gelaufen. Man kann für das erste Quartal keinen Beitrag mehr zahlen. Wenn, dann müsste man es einfach obendrauf legen. Aber dann wäre es für den Rest des Jahres. Das erste Quartal ist jedoch abgelaufen.

**Heinz Eng:** Ich möchte diesen Antrag doch auch etwas unter einem anderen Licht betrachten und vielleicht eine Lanze brechen. Sowohl die Kulturschaffenden wie die Vereine, Sportvereine usw. machen ihre Budgets auch sowie die Trendsporthalle Ende Jahr für das neue Jahr. Dann ist man davon ausgegangen, dass das Budget entsprechend durchkommt. Nachher hat es sich mit dem Referendum anders ergeben. Jetzt keine Rückwirkung finde ich sehr gefährlich. Ich frage den Stadtrat. Die Kabaretttage dauern noch drei Tage. Da ist ein Betrag von Fr. 60'000.— enthalten. Werden sie jetzt auch nicht ausbezahlt oder nur anteilmässig für die nächsten drei Tage? Wie ist es mit allen anderen Beträgen hier? Da muss man schon schauen, dass man nicht vom Hundertsten ins Tausendste kommt. Nachher muss man mit gleichen Ellen messen. Ich finde es jetzt auch nicht ganz korrekt und werde dem Antrag der Grünen zustimmen. Die Trendsporthalle hat ein Budget gemacht wie viele andere Vereine auch. Wenn es jetzt halt im ersten Quartal nicht ausbezahlt wurde, haben sie wie viele andere Vereine auch eine Vorleistung erbracht. Der VSGO hat dies zum Beispiel auch gemacht und muss jetzt auf das Budget warten. Da hat es natürlich ganz viele Beträge drin, die im ersten Quartal je nachdem nicht ausgelöst wurden. Fallen diese jetzt alle weg? Da wäre ich froh zu hören, was Ihr zu den Kabaretttagen oder all den Theatern usw. sagt. Ich bin gespannt, wie Ihr ihre Beträge abtrennt. Das müsst Ihr einfach überall mit den gleichen Ellen messen. Auch an den Rechtskonsulenten: Wenn das Parlament eine Rückwirkung beschliesst, ist sie möglich.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Heinz, es ist ganz einfach. Mit den Kabaretttagen haben wir eine Leistungsvereinbarung. Das sind gebundene Ausgaben, wie beispielsweise mit Olten

Tourismus. Da haben wir halt keine Leistungsvereinbarung. Deswegen können wir es nicht auszahlen. Das ist der Unterschied. Wir haben es den Anderen auch nicht ausbezahlt. Wir warten, bis wir ein rechtskräftiges Budget haben. Aber ich möchte Euch bitten, auch aus der Sicht der Gleichbehandlung, dass man dies hier nicht macht. Sonst werden die Anderen, die Kürzungen entgegennehmen mussten, auch kommen und darauf beharren, dass sie ihren Teil erhalten. Ich finde es nicht richtig, wenn man jetzt einzelne Vereine bevorteilt behandelt.

**Daniel Kissling:** Rückwirkend ist einfach das falsche Wort in dieser Sache. Es ist ein Betrag, der für eine Leistung gesprochen wird. Das ist, wie wenn man sagen würde, ich zahle jetzt meinen Hotelbesuch rückwirkend, nachdem ich schon dort war. Es ist ja nicht vorbei. Ich zahle es ja, weil ich diese Leistung in Anspruch genommen habe. Die Trendsporthalle hat diese Leistung erbracht, bei der die Stadt einmal gesagt, bei der wir einmal gesagt haben, wir zahlen Fr. 30'000.— dafür. Sie hat sie erbracht, sie erhält einfach das Geld etwas später. Das ist, wie wenn man eine Rechnung später zahlt. Die Leistung ist ja trotzdem erbracht worden. Meiner Meinung nach ist diese Leistung dies wert. Es ist auch so, dass die meisten anderen Beträge, die jetzt nicht gesprochen wurden, für Einzelprojekte waren, wo man sagen konnte, dann sagt man es ab oder dann macht man es. Die Trendsporthalle musste so oder so starten. Wenn sie jetzt verschuldet wird, haben wir wieder ein anderes Problem. Dann haben wir eine Halle, bei der niemand weiss, was er zahlen soll. Das haben wir bei anderen Hallen in dieser Stadt auch schon.

**Christian Werner:** Ich staune und irgendwie bin ich langsam, aber sich im falschen Film. Jetzt erzählt der Fraktionssprecher von Olten jetzt!, der diesen Antrag eingereicht hat, dass es falsch sei, wenn man von Rückwirkung spricht. Sie zitieren aber aus ihrem Antrag: „Der Beitrag der Stadt Olten soll deshalb in vollem Umfang rückwirkend ausbezahlt werden“. Das ist ja Euer Anliegen. Ihr habt es vorhin vom Rechtskonsultenten gehört. Es ist nicht möglich. Es ist falsch. Es wäre nicht gerecht. Es gibt keine Leistungsvereinbarung, und das erste Quartal ist vorbei. Sorgen wir jetzt dafür, dass wir bald ein rechtskräftiges Budget haben. Dann erhalten sie Geld an die laufenden Betriebskosten für die Zukunft. Wenn Ihr jetzt irgendwelche Gelder sprechen wollt, zahlt Ihr den doppelten Betrag dessen, den sie bräuchten, abgesehen davon, dass es noch nicht einmal eine Leistungsvereinbarung gibt. Das ist einfach falsch. Das kann man nicht rechtfertigen.

**Felix Wettstein:** Christian Werner, Du bist bekannt dafür, als Jurist diese Sachen sehr präzise auch anzuschauen. Der Begriff rückwirkend steht nicht im Antrag. Er steht in der Begründung und wir stimmen über den Antrag ab. In der Tat: Wenn wir die Fr. 13'000.— im Verhältnis zu 110 Millionen genehmigen, lösen wir dies, nachdem die Referendumsfrist abgelaufen ist, aus. Sie kommen dann und stehen den Empfängern zur Verfügung. Die Leute, die hinter der Trendsporthalle stehen, haben sich privat verschuldet oder private Sachen vorgeschossen. Das heisst für sie dann eine Form von Rückzahlung, wenn der eigene Verein dieses Geld dann überhaupt flüssig hat. Wir stimmen tatsächlich nicht darüber ab. Das Wort rückwirkend können wir jetzt gerade wieder vergessen. Aber zum Glück steht es auch nicht im Antrag.

**Muriel Jeisy:** Ich möchte etwas in die Kerbe von Heinz Eng schlagen, was er vorhin gesagt hat. Es gibt wirklich jährliche Planungen. Da gibt es ja auch mit dem Stadtrat eine Leistungsvereinbarung. Sie ist zwar noch nicht abgeschlossen. Aber sie ist in Planung. Meines Wissens würde man keine quartalsweisen Leistungsvereinbarungen abschliessen, sondern eigentlich auch auf jährlich oder sogar noch länger. Ich habe mich wegen der Rechtsgleichheit und Vergleichbarkeit auch gefragt. Aber ich sehe es eben hier schon. Es hat ja mit den Rollbrettbuben auch bereits eine gegeben, die auch weiterhin in dieser Genossenschaft sind. Sie haben wirklich gesagt, auch noch mit privaten Spendenaktionen und Sachen konnten sie diese Leistungen, das heisst Schulsport, trotzdem anbieten, obwohl der Schulsport nicht unterstützt wird, dank privater Subventionierung und auch Vergünstigungen für die Jugendlichen, dies alles einhalten. Deshalb werde ich diesen Antrag auch unterstützen.

**Luc Nünlist:** Ich möchte zu rückwirkend oder nicht nur noch kurz etwas sagen. Wenn wir diesen Antrag jetzt gutheissen, wird dieser Budgetposten erhöht und dann kann dieses Geld ausgelöst werden. Da kann dafür oder dagegen sein. Ich bin dafür und zwar aus dem einfachen Grund, weil es, wenn wir schauen, wofür dieser Budgetposten gesprochen wird, tägliche Sportförderung ist, das ist Jugendarbeit. Das ist ein sensationell straff geführtes Projekt und zwar von der ersten Minute an. Ich war dort dabei. Es ist der Wahnsinn. Diese Leute machen einen Job. Wenn wir diesen wegen Fr. 13'000.— absägen, können wir uns dies eigentlich wirklich auf den Rücken schieben. Wenn wir wegen Fr. 13'000.— Sportförderung, die wir so effektiv mit so viel Ehrenamt nirgends bekommen, das Referendum ergreifen und das Budget absägen, dann also auch Glückwunsch. Wirklich: Sagt dies nicht ab.

**Huguette Meyer Derungs:** Ich bin hier nicht befangen. Weder bin ich im SAC noch klettere ich, noch kann ich Skateboard fahren, leider. Ich vertrete hier eher auch das Interesse von Olten, das Image von Olten. In letzter Zeit war ich zweimal als Begleitung von Kindern dort. Es hat Leute, Autos dort. Sie kommen aus Bern, Aargau. Man kennt diese Halle. Die Leute kommen extra nach Olten deshalb. Es sind junge oder ziemlich junge, gute, engagierte Leute, die dies aufgezogen haben. Es ist etwas für Olten, zum Beispiel auch für den Tourismus, für junge Leute, für ältere, die abends klettern gehen wollen. Diese Leute kommen deshalb nach Olten. Ich fände es etwas Mist, wenn wir die Leute, die dies aufgezogen haben, vergraulen. Ich finde es auch ein wenig das Zeichen von Olten. Welches Zeichen ist es, wenn man ihnen eigentlich Mut gemacht hat, dies aufzubauen, eine Unterstützung zugesprochen hat und jetzt plötzlich sagt: Es geht gleichwohl nicht. Wenn ich in Olten irgendetwas aufbauen möchte, ist dies für mich kein zuverlässiger Partner mehr. Ich denke, es ist auch ein Zeichen, das Image, was Olten für die Zukunft für neue Projekte, weitere Projekte zeigt. Ich mache deshalb beliebt, dass man diesem Antrag zustimmt.

**Raphael Schär:** Ich möchte auch noch in Erinnerung rufen, dass wir während der Debatte zu diesem Budget gesagt haben, dass man unter anderem den Schulsport doch durchführen soll, dass genau solche Sachen nicht unter dem Budgetreferendum leiden sollen. Es ist eine Leistung, die erbracht wurde. Ich sehe einfach nicht ein, weshalb man sie nicht auch auszahlen soll. Das ist für unsere Stadt. Wir sehen im nächsten Punkt, dass eine Jugendarbeit ausgesetzt werden musste. Dort kommen wir auch nicht und sagen, das zahlen wir nicht. Das macht ja keinen Sinn. Aber etwas, das erbracht wurde, ist schlicht und einfach da. Heinz Eng hat es richtig gesagt. Das Budget ist gemacht worden. Ich sehe wirklich keinen Grund, um dagegen zu sein. Es sind Fr. 13'000.—. Mein Gott.

## **Beschluss**

Mit 28 : 10 Stimmen wird dem Antrag zugestimmt.

### Seiten 72 bis 73

Keine Wortmeldungen.

### Seiten 74 bis 77

#### Seite 74, 5721.3636.00 und 27.400.50

**Simon Muster:** Ich möchte mich, auch bei Christian Werner, entschuldigen, dass der Antrag erst heute Vormittag gekommen ist. Tatsächlich hatte ich nicht früher Zeit. Deshalb werde ich noch kurz ein, zwei Worte sagen. Es geht hier um den freiwilligen Gemeindesozialbeitrag, den der VSEG einzieht. Zwei Drittel der Gemeinden im Kanton Solothurn machen hier mit. Das wären Fr. 1.50 pro Einwohnerin und Einwohner. Es würde an die sieben Institutionen, die ich Euch aufgelistet habe, gehen. Ich finde einfach, Olten müsste sich an diesem solidarischen Lastenausgleich auch beteiligen. Aus meiner Sicht kann es nicht sein, dass die zwei grössten Gemeinden des Kantons, Grenchen und Olten, jetzt zum zweiten Mal nicht

mitmachen. Das sind wichtige Institutionen, die im vorlagerten Bereich der Sozialhilfe kommunale Leistungsfelder auf kantonaler Ebene übernehmen. Wenn wir auf Gemeindeebene über Sozialhilfe, heisst es immer, können wir nicht endlich einmal etwas tun, auch von Eurer Seite? Doch, da könnte man etwas machen. Man kann die Angebote ausbauen, damit die Leute schon erst gar nicht in die Armutsbetroffenheit hineinfallen. Deswegen würde ich Euch beliebt machen, die Fr. 27'400.50 – das wären Fr. 1.50 pro Einwohnerin und Einwohner – in das Budget aufzunehmen und dass wir uns an dieser solidarischen Leistungsverteilung beteiligten. Merci.

**Stadträtin Marion Rauber:** Natürlich ist jegliche Art von Solidaritätsbeiträgen gut und nützlich, und jeder Beitrag, der dem Gemeinwohl dient, ist grundsätzlich wichtig. Ich würde gerne kurz ausführen, wieso sich der Stadtrat dazu entschieden hat, diesen Beitrag eben nicht zu sprechen. Der VSEG hat ja das sogenannte SAGIF-Konzept verabschiedet, hat sich also von dem verabschiedet, was man vorhin praktiziert hat, eigentlich auch aus einem bestimmten wichtigen Grund, nämlich die Pflicht, die Leistungsfelder der Gemeinden angefangen haben, sich mit den Pflichtfeldern des Kantons zu vermischen. Jetzt ist vom VSEG ein neues Konzept mit diesem freiwilligen Gemeindebeitrag erstellt worden, und der VSEG hat einige Organisationen ausgewählt, die er gerne mit einem Pro-Kopf-Beitrag begünstigen möchte. Diese Institutionen sind im Antrag der SP/Jungen SP aufgelistet. Die Organisationen bieten unbestritten wertvolle Leistungen an. Das tun aber andere Institutionen, die jetzt keine kantonalen Gelder mehr erhalten, auch. Zum Beispiel Pro Infirmis oder das Rote Kreuz. Auch kleine Institutionen haben jetzt etwas ein Problem, weil sie eben keine Unterstützungsbeiträge mehr erhalten, seit das SAGIF-Konzept nicht mehr läuft. Dem Stadtrat fehlt eigentlich einfach etwas die Begründung, wieso das Geld bei den Gemeinden eingesammelt wird und dann an ausgewählte Vereine und Trägerschaften überwiesen wird, die nachher in ihrem Namen auftreten und wirtschaften. Das erscheint uns einfach in der heutigen Zeit der Transparenz ein wenig fragwürdig und auch etwas willkürlich. Sinnvollerweise müssten Projekte und klare Leistungen auch im Rahmen von Leistungsvereinbarungen eingekauft werden, wie wir dies jetzt heute eigentlich schon handhaben. Als Beispiel: Die Sozialregion arbeitet mit der Schuldensanierung Aarau zusammen, ist für unsere Leute gut erreichbar. Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir sind zufrieden mit den Leistungen, die wir dort erhalten. Die Schuldensanierung Aarau hat eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Aargau und dem Kanton Solothurn, und der VSEG schlägt uns jetzt hier die Budgetberatungsstelle in Solothurn als unterstützungswürdig vor, die eigentlich niemand des unteren Kantonsteils nutzt. Wir möchten uns einfach grundsätzlich vom VSEG nicht vorschreiben lassen, mit welchen Institutionen wir zusammenarbeiten müssen oder sollten und könnten uns aber durchaus auch vorstellen, dass wir in Olten zum Beispiel Beträge für ein konkretes Leistungsangebot mit Leistungsauftrag sprechen würden, zum Beispiel ein zeitlich und mengenmässig geregeltes Angebot einer Schuldenberatung im ganzen Kantonsgebiet. Persönlich habe ich natürlich kein Problem, wenn dieser Budgetposten wieder eingesetzt wird. Ich wollte Euch einfach darlegen, welche Überlegungen wir uns im Stadtrat gemacht haben und wieso dieser Posten hier nicht mehr erscheint. Merci.

**Urs Knapp:** Zur Solidaritätsfrage: Ich glaube, was Marion Rauber gesagt hat, sieht man sehr schön bei der Schulzahnpflege. Es war diese Woche in der Zeitung. Dort sieht man, dass Olten die Schulzahnpflege sehr aktiv unterstützt, weit überdurchschnittlicher als zum Beispiel Solothurn. Man wird vom Kanton auch entsprechend gelobt. Es geht hier um Solidarität der Solidarität willen. Dass einzelne Organisationen am Schluss schlechter dargestellt werden, dass Bewohnerinnen und Bewohner schlechter gemacht werden, damit es einfach Solidarität ist, das kann es ja nicht sein. Es geht ja nicht darum, dass man dieses Geld spart, sondern man sollte es zielgerichtet einsetzen können wie zum Beispiel in eine Schulzahnklinik, bei der Olten zu Gunsten der Schwächeren, Älteren und Kindern, die dies brauchen, x-mal mehr ausgibt als die Stadt Solothurn. Aus diesem Grund sind wir gegen einen Schlüssel. Die Pauschale-Schlüssel bewähren sich nicht. Was sich bewährt, sind projekt-, objektbezogene Auszahlungen mit einem Leistungsbeitrag, massgeschneidert auf die Bedürfnisse der Stadt Olten.

**Felix Wettstein:** Ich muss auf die Vorrednerin und den Vorredner reagieren. Marion Rauber, was Du gesagt hast, würde ich natürlich als Mitglied der Kantonalkommission von Pro Infirmis sofort unterstützen und sagen, geht es eigentlich noch, dass Pro Infirmis gar nichts mehr bekommt? Jetzt ist einfach die Frage, was machen wir angesichts einer solchen Situation? Sagen wir, dann würgen wir allen das Geld ab, weil wir einen bestimmten Betrag, den wir eigentlich möchten und auch fachlich begründen können, wieso sie zu Recht aus diesem Topf etwas verdienen oder erhalten würden, dass wir sie nicht dabei haben. Das ist für mich das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Wenn wir diese Beträge nicht sprechen und Olten schenkt mit dieser Einwohnerzahl ein, trifft es tatsächlich alle, die in diesem Verteiler sind. Die jetzige Lösung ist unbefriedigend. Das ist völlig richtig. Aber der Weg, den wir beschreiten müssen, ist, dass man beim VSEG erreicht, dass tatsächlich die Auswahl dieser Institutionen und je nachdem auch noch der interne Verteiler anders als heute ist. Wir sind vertreten. Der Stadtrat ist im Vorstand des VSEG vertreten. Das ist der Weg, den wir beschreiten müssen. Wenn die grösste Gemeinde des Kantons diesen Betrag aussetzt, setzt dies ein völlig falsches Signal in den Restkanton. Noch etwas zu Urs Knapp: Das sind lauter Nonprofit-Organisationen, die Dienstleistungen für den ganzen Kanton erbringen, weil es undenkbar ist, dass man diese Sachen so aufsplittert, 109 Mal anbieten würde. Es sind Sachen, die in der kommunalen Zuständigkeit sind. Der Kanton macht es nicht für alle selber. Dadurch, weil es eben Nonprofit-Organisationen machen, hat man nachher eine solche Form gesucht, dass man eben trotzdem zu einer Finanzbasis kommt. Wir alle profitieren, nicht jedes Jahr, je nachdem, eine ganz bestimmte Dienstleistung wird vielleicht in einem bestimmten Jahr aus Sicht von Olten nicht abgerufen, ein anderes Mal häufig. Genau deshalb und auch, damit man ein gewisses fachliches Mengengerüst bedienen kann, ist es richtig, dass es kantonsweit organisierte Fachstellen sind, auch wenn sie sich um eine kommunale Aufgabe kümmern. Das muss man einfach wirklich sehen. Der Kanton Solothurn geht hier einen Sonderweg. Alle anderen Kantone machen dies in der Regel mit Leistungsvereinbarungen. Bei uns ist es das hohe Lied der Zuständigkeit Gemeinde. Nachher kommt es in diesen Topf. Deshalb: Es ist wirklich nicht so, dass wir dies massgeschneidert als Stadt bestellen können, sondern zu Recht sind dies Angebote, die ein grösseres Einzugsgebiet abdecken. So ist eine Fachlichkeit und Beständigkeit garantiert.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Tatsächlich hat der Vertreter der Stadt Olten beim VSEG Einfluss genommen, dass nämlich das bisherige Verteilsystem deutlich verbessert wurde. Beim SAGIF mussten wir feststellen, dass diejenigen, die eigentlich das Geld verteilen, sich das Geld selber geben, ganz überspitzt gesagt. Das haben wir korrigiert. Dahinter stand ich auch und dahinter steht der VSEG. Die neue Lösung ist tatsächlich auf Solidarität ausgerichtet. Dadurch, dass die zwei grossen Städte nicht mitmachen, ist tatsächlich ein Druck entstanden. Ich denke, die ausgewählten Projekte, die jetzt dort zum Handkuss kommen, sind gute Projekte. Sie werden auch überprüft und es ist ein Controlling vorhanden, wo schlussendlich über den VSEG die entsprechenden Leistungen überprüft werden. Ich werde im VSEG als Stadtpräsident regelmässig gerügt, dass die Stadt Olten dort nicht mitmacht. Die Begründung, die ich jeweils anführe, ist diejenige, die Marion gesagt hat. Jetzt kommt aber Folgendes dazu, dass sich die Stadt Solothurn natürlich auch überlegt, zahlen wir weiterhin diesen Beitrag? Dort bröckelt die Solidarität selbstverständlich ganz gewaltig. Mit anderen Worten: Wenn Solothurn in Zukunft diese Solidarität nicht mehr mitträgt, fehlt noch mehr Geld. Dann wird natürlich kommen, was Felix Wettstein sagt, dass eigentlich das Leistungsfeld der Gemeinden, das vom Kanton eigentlich an den VSEG delegiert wurde, der Kanton am Schluss sagt, gut, dann machen wir quasi den Waldfünfliber und verteilen pro Einwohner fünf Franken. Diese Rechnung würde ich jetzt noch nicht machen. Ich finde einfach, die Diskussion schon jetzt, 2019, verfrüht, nachdem wir eigentlich das Budget so abgesehnet haben, hier im Parlament. Simon, Du hast es jetzt etwas verspätet hineingetragen. Wir werden diese Diskussion ganz sicher 2020 führen müssen und uns dann überlegen, was uns schlussendlich teurer kommt.

## **Beschluss**

Mit 19 : 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

**Raphael Schär:** Wir haben den Antrag bezüglich Altersausflüge 75- und 80-Jährige angetönt. Wir haben ein wenig ein Unverständnis, wieso man einen solchen Ausflug streicht, nur, weil das halbe Jahr vorbei ist. Im August und September ist das schönste Ausflugswetter. Wir möchten deshalb beliebt machen, den Ausflug wieder aufzunehmen. Auch das ist etwas, das immer schon dabei war. Es sind nicht die Leute, die unter dem Budgetreferendum hätten leiden sollen.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Diesen Ausflug schätze ich sehr. Es ist natürlich auch eine Möglichkeit, um diese Begegnungen zu pflegen. Ich werde von den Stadtratskolleginnen und –kollegen auch begleitet, wenn es geht. Der Ausflug war immer auf den Frühling konzipiert. Man plant dies auch entsprechend und setzt es dort an. Im Herbst werden wir ja dann den Altersnachmittag Ü 80 haben. Aus einer gewissen Konsequenz haben wir im Stadtrat gesagt, nein, das verschieben wir jetzt nicht einfach. Natürlich könnten wir auch den Empfang der Pensionierten, der ehemaligen Mitarbeiter, auch im Herbst durchführen. Das haben wir entsprechend auch nicht geschoben. Es ist vielleicht nicht ganz zu vergleichen. Wir haben hier eine gewisse Konsequenz und würden eigentlich an unserem Antrag auf Streichung festhalten, in der Hoffnung, dass wir das nächste Mal dies werden durchführen können. Die 80-Jährigen werden ja dann ein Jahr später an den Seniorennachmittag eingeladen.

### **Beschluss**

Mit 20 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag auf Wiederaufnahme der Fr. 14'000.— abgelehnt.

Seiten 78 bis 83

Keine Wortmeldungen

Seiten 84 bis 91

Keine Wortmeldungen

Seiten 92 bis 93

Keine Wortmeldungen

Seiten 94 bis 101

Keine Wortmeldungen

Seiten 105 bis 107

Keine Wortmeldungen

Seiten 108 bis 109

Keine Wortmeldungen

Seiten 110 bis 112

Seite 111, 3424.5030.002, Generationenspielplatz Stadtpark

**Muriel Jeisy:** Ich möchte quasi zur Vorbereitung des Submissionsrechts des Einladungsverfahrens einen Antrag auf Wiederaufnahme von Fr. 20'000.— in die Investitionsrechnung stellen. Den Betrag haben wir auch hinuntergekürzt, um es möglichst knapp halten und kalkulieren zu können. Die Begründung des Stadtrates leuchtet mir und

auch anderen, die sich privat engagieren, nicht ein. Sie sind auch enttäuscht, weil es ja eh erst auf Ende Jahr angesetzt ist, plus die Stadt eigentlich nicht viel Aufwand damit hat, weil sie es selber ohnehin nicht durch einen Planer abdecken können, und wir ja gesagt haben, dass wir schauen, dass wir auch einen sehr kostenbewussten Planer hier wieder einsetzen, um das Projekt eigentlich realisieren zu können. Ich denke, es wäre als Zeichen auch wichtig für diejenigen, die sich schon als Sponsoren zur Verfügung gestellt haben und auch anfangen, ein wenig das Vertrauen in die Stadt verlieren und ebenfalls zur Möglichkeit für klare Verhältnisse, dass es auch gelingt, wirklich weitere grössere Sponsoren zu gewinnen.

**Philippe Ruf:** Es geht mir weniger um den Generationenspielplatz. Ich möchte noch einmal sagen, dass es völlig inkonsequent ist, jetzt durch persönliche Präferenzen einzelne Sachen wieder aufzunehmen und andere auszulassen. Es ist nicht fair, den anderen Posten gegenüber, die jetzt gestrichen wurden und wo die Stadt auch verzichten muss. Es ist völlig inkonsequent, genau gleich wie auch bei der Trendsporthalle, anderen gegenüber, solche Anträge wieder aufzunehmen. Lasst uns ein sinnvolles Budget für 2019 machen, das wir jetzt auch noch durchgehen lassen können. Nachher kann man solche Sachen wieder in die nächsten Budgets stellen. Dann müssen aber auch die anderen gleichzeitig aufgenommen werden, damit es eine Gleichbehandlung gibt. Aber was jetzt hier wieder aufgenommen wird, dann müssten wir alle anderen Posten auch wieder diskutieren. Das ist völlig inkonsequent.

**Daniel Kissling:** Ich finde, die Sache mit dem Generationenspielplatz gut und möchte kurz eine Antwort darauf geben. Das wäre genau das Gleiche, wie wenn wir letztes Jahr gesagt hätten, ihr Streichungsantrag ist inkonsequent. Dann müsste man alles streichen oder überall Geld drauflegen. Das ist mit Sinn und Zweck dieses Parlaments, dass wir das Budget anschauen und sagen, was wir gut und schlecht daran finden und nachher Mehrheiten suchen oder auch nicht finden, was man daran ändern möchte. Was dies mit Inkonsequenz oder Konsequenz zu tun hat, kann ich jetzt wirklich gerade nicht nachvollziehen, nur, weil es Euch nicht passt.

**Philippe Ruf:** Man muss auch konsequent sein und auf einen Teil der Sachen verzichten können, damit man ein Budget aufstellen kann, mit dem man durchkommt. Dort muss man auf einzelne persönliche Bedürfnisse verzichten. Die verschiedenen Posten sind unterschiedlich gewertet. Das ist nicht korrekt. Ich finde die Trendsporthalle eine gute Sache. Aber ich finde auch, dass einige Stadt-Angestellte einen hervorragenden Job machen und man ihnen eine Prämie hätte zahlen sollen. Das ist genau die Problematik. Dort muss man konsequent und auch allen gegenüber fair sein.

**Heinz Eng:** Wir haben einige Sachen gehört. Ich glaube, ich brauche etwas eine rechtliche Nachhilfestunde. Wir haben ja letztes Jahr im November das Budget eigentlich bewilligt, mit all diesen Posten, die hier enthalten sind. Jetzt haben wir Trendsporthalle, Altersausflug usw. gehört. Meine Frage, wahrscheinlich an den Rechtskonsulenten: Wenn ein Budgetreferendum jetzt hier zustande gekommen ist, hat es aufschiebende Wirkung oder aufhebende Wirkung? Wenn es aufschiebende Wirkung hat, müssen wir nicht mehr diskutieren. Es können eigentlich all die Posten, die vorher drin waren, wenn jetzt nicht wieder Streichungsanträge kommen, ausgelöst werden und sind in diesem Sinn bewilligt.

**Dr. Patrik Stadler:** Das Budgetreferendum hat dazu geführt, dass wir kein rechtskräftiges Budget hatten und jetzt immer noch kein rechtskräftiges Budget haben. Das vorliegende würde dazu führen, wenn es durchkommt und kein Referendum ergriffen wird, dass wir dann im Juli ein rechtskräftiges Budget haben werden und zwar dasjenige, das Ihr heute diskutiert und nicht dasjenige, das im November diskutiert wurde. Es hat weder aufschiebende noch aufhebende Wirkung. Das Referendum hat dazu geführt, dass gar kein Budget zustande gekommen ist, dass kein rechtskräftiges Budget zustande gekommen ist. Das ist nicht vergleichbar mit einem Rechtsmittel.

**Myriam Frey Schär:** Ich möchte nur noch ganz kurz etwas Grundsätzliches an die Adresse der SVP sagen. Ihr habt uns jetzt sicher mindestens schon achtmal an diesem Abend erklärt, dass wir erstens konsequent sein müssen und zweitens mit irgendwelchen Konsequenzen

zu rechnen haben, wenn wir machen, was wir wollen. Es ist nicht so, dass wir es begreifen, wenn Ihr es noch viermal sagt. Wir sind einfach anderer Meinung. Wir versuchen weiterhin, hier unsere Wählerinnen und Wähler möglichst gut zu vertreten. Das macht Ihr auch. Ihr müsst es uns jetzt nicht mehr erklären. Merci.

## **Beschluss**

Mit 21 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

### Seite 110, 3410.5010.010, Sport, Sanierung Leichtathletikanlagen und Beleuchtung

**Ernst Eggmann:** Ich habe eine Frage, keinen Antrag. Ich frage dies deshalb, weil wir diesbezüglich zwei Motionen hatten, die abgelehnt wurden. Ich sehe jetzt hier keinen Eintrag dieser Investition mehr. Sehe ich dies richtig? Ist die grosse Investition, zum Beispiel der Lichtenanlage, zurückgestellt worden?

**Stadtrat Thomas Marbet:** Vorab Entschuldigung für die Verspätung. Jetzt weiss ich nicht, ob ich Dich richtig verstanden habe. Es sind ja zwei Sachen. Die eine ist die Sanierung der Anlage mit der Beleuchtung und der Tartanbahn und die andere ist das Rasenfeld. Es ist ja schon abgeschlossen. Wir haben die Beleuchtungsvorlage. Die Tartanbahn ist ja hier mit einem separaten Antrag und Bericht genehmigt worden. Was die Ausführung betrifft, haben wir gesagt, dass wir es zeitlich hinausschieben müssen, weil wir dies nicht mehr so in diesem Jahr starten können. Deshalb gibt es eine Verschiebung bei den Investitionstranchen in den Jahren. Aber das Projekt selber wird kommen, einfach etwas später.

**Ernst Eggmann:** Ich bedanke mich für diese Auskunft.

### Seite 110, 3410.5610.005, Sportpark Olten AG, Investitionsbeiträge

**Dieter Ulrich:** Ich habe auch keinen Antrag, sondern eine Bemerkung. Es geht ja um die Banden, über die wir im Winter auch schon diverse Male diskutiert haben. Nach meinem Kenntnisstand ist diese Bestellung schon ausgelöst. Sie sind noch nicht installiert. Es ist so, dass es, wenn wir es um das Prinzipielle weitertreiben wollen, auch etwas wäre, das jetzt rückwirkend von der Stadt finanziert wird, auch wenn die Rechnung in diesem Sinne noch nicht gekommen ist. Aber ausgelöst und bestellt wurde dies offenbar. Es gibt dort meines Wissens auch keine Verpflichtung seitens der Stadt, dass man dies zwingend hätte machen müssen. Wie gesagt, wir verzichten darauf, hier einen Antrag zu stellen. Wenn jemand aus prinzipiellen Gründen hier vielleicht einen Antrag stellen möchte, ist er natürlich jederzeit frei.

### Seiten 113 bis 114

Keine Wortmeldungen

### Seiten 115 bis 119

Keine Wortmeldungen

### Seite 123

Keine Wortmeldungen

### Seiten 129 bis 141

Keine Wortmeldungen

### Seiten 141 bis 144

Keine Wortmeldungen

Seiten 146 bis 149

Keine Wortmeldungen

Seiten 152 bis 153

Keine Wortmeldungen

Seiten 156 bis 157

Keine Wortmeldungen

### Beschlussesanträge

5. Mit 33 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt
6. Einstimmig zugestimmt
7. Mit 38 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt
8. Einstimmig zugestimmt
9. Einstimmig zugestimmt
10. Einstimmig zugestimmt

**Urs Tanner:** Es gibt zwei Positionen, die geändert haben. Die erste sind die Fr. 13'000.— in der Erfolgsrechnung, die zweite mit der Genehmigung des Generationenspielplatzes sind noch Fr. 1'700.— an Abschreibungen dazu gekommen. Das heisst, der Aufwand würde sich im Moment bei 110'378'850.— Franken bewegen, und der Ertrag ist mit Fr. 110'407'100.— gleichgeblieben. Das heisst, der Saldo neu ist ein Überschuss von Fr. 28'520.—.

1. Mit 38 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt

**Urs Tanner:** Bei der Investitionsrechnung haben sich die Bruttoinvestitionen um Fr. 20'000.— erhöht. Sie sind jetzt Fr. 10'725'000.—. Die Einnahmen sind gleichgeblieben. Die Nettoinvestitionen sind Fr. 9'505'000.—.

2. Mit 38 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt
3. Einstimmig wird zugestimmt
4. Mit 34 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt

### **Schlussabstimmung**

Mit 38 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Der Antrag des Stadtrates wird genehmigt.

Mitteilung an  
Direktion Finanzen und Dienste/Urs Tanner  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 68

## Interpellation Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. «Outcome» von Kindern aus der Sozialhilfe/Beantwortung

Am 22. November 2017 haben Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Rund 25% der Sozialhilfefälle betreffen Familien mit Kindern. Oft handelt es sich um Einelternfamilien. Immer wieder hört man, dass sich Sozialhilfe quasi «vererbt»: Die von der Sozialhilfe unterstützten Kinder würden als Erwachsene wieder zu Sozialfällen.

1. Kennt die Stadt Olten ihre «Erfolgsquote» der von der gesetzlichen Sozialhilfe unterstützten Kinder?
2. Weiss man, wie viele von der Sozialhilfe unterstützten Kinder einen Beruf, eine Mittelschulbildung oder eine Festanstellung im Alter von 18 Jahren haben?
3. Kann man diese Zahl mit der «Erfolgsquote» anderer Städte oder Sozialregionen vergleichen?
4. Kann die Stadt Olten diese Zahlen für die letzten zehn Jahre oder seit Bestehen der Sozialregion Olten vorlegen?»

- - - -

Im Namen des Stadtrats beantwortet **Stadträtin Marion Rauber** die Interpellation wie folgt:

Der Stadtrat bedankt sich für die interessanten Fragestellungen. Das Thema der «Karrieren» von Sozialhilfebeziehenden und von deren Kindern ist u.a. auch von der Fachhochschule Nordwestschweiz, Prof. M. Drilling, aufgegriffen worden. Entsprechende Studien sind allerdings sehr aufwändig, müssen im Voraus geplant werden, sind über Jahre zu bearbeiten und bedürfen ebenfalls im Voraus des Einverständnisses der betroffenen Personen bzw. bei Kindern deren gesetzlichen Vertreter.

Die Erfassung solcher Daten ist weder im auf kantonaler Ebene genormten Datenbestand des Fallführungssystems KLIB noch im auf schweizerischer Ebene genormten Datenbestand der BFS-Statistik vorgesehen.

Die Sozialregionen kennen und «beobachten» Situationen von Sozialhilfebezügern nur während der Zeitdauer des Sozialhilfebezugs. Da innert einem Jahr ca. ¼ und innert 4 Jahren ca. 4/5 der Fälle abgelöst werden, können «Karrieren» von Sozialhilfebeziehenden und deren Kindern nur lückenhaft verfolgt werden, ausser, die Beobachtung erfolge im Rahmen eines umfassenden und im Voraus geplanten Projektes und mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Betroffenen.

Auf Grund des hier geschilderten Sachverhaltes fallen die Antworten leider knapp aus. Der Stadtrat bittet um Verständnis.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Kennt die Stadt Olten ihre «Erfolgsquote» der von der gesetzlichen Sozialhilfe unterstützten Kinder?*

Der Erfolg bzw. Misserfolg ist nur in Einzelfällen mit ununterbrochener Abhängigkeit von der Sozialhilfe über mehr als eine Generation bekannt. Die Erfolgsquote kann leider nicht genannt werden.

2. *Weiss man, wie viele von der Sozialhilfe unterstützten Kinder einen Beruf, eine Mittelschulbildung oder eine Festanstellung im Alter von 18 Jahren haben?*

Im Fallführungssystem KLIB sind solche Daten für die Dossierträger in der Regel jeweils per Stichtag der Fallaufnahme erfasst. Auch die BFS-Statistik stützt sich auf die Dossierträger ab. Für die mitunterstützten Kinder sind die Daten nicht separat erfasst.

3. *Kann man diese Zahl mit der «Erfolgsquote» anderer Städte oder Sozialregionen vergleichen?*

Nein. Zum aktuellen Zeitpunkt leider nicht.

4. *Kann die Stadt Olten diese Zahlen für die letzten zehn Jahre oder seit Bestehen der Sozialregion Olten vorlegen?*

Nein. Leider nicht.

- - - -

**Dr. Christoph Fink:** Vielen Dank dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich bin eigentlich mit den Antworten soweit befriedigt. Das heisst, ich wusste, dass man auf viele Fragen gar keine richtige Antwort geben kann, dass man es gar nicht weiss. Aber mir ging es darum, den Fokus etwas vom Geld und von den Kosten wegzunehmen, weil auch Sozialhilfe nicht nur aus Geldausgeben besteht, sondern eigentlich auch aus Resultaten. Ich denke, dass Sozialhilfe sehr viel Gutes anfangen kann, wenn man Familien beieinander halten, Kinder ausbilden kann. Aber ich wollte mitteilen, dass man wahrscheinlich gar nicht weiss, was mit der Ausbildung herauskommt, was man eigentlich erreicht. Danke.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich möchte nur noch kurz ergänzen und mich wirklich entschuldigen, dass ich dies nicht ausführlicher beantworten konnte, weil uns einfach diese Instrumente fehlen, wie es Christoph Fink schon gesagt hat. Wichtig ist mir auch noch zu sagen, dass hinter den Zahlen, gerade in meiner Direktion, immer Menschen stehen. Natürlich wäre es interessant, diese Zahlen jetzt zu haben und zu sehen, was Christoph Fink eigentlich hätte wissen wollen. Wichtiger fände ich aber, dass man so brandaktuelle Themen, wie er jetzt hier anspricht, die Armut von jungen Erwachsenen, sehr ernst nimmt und auch unsere Bemühungen forciert, dass die Quote zu diesem Outcome wirklich auch gesteigert werden. Dazu gehören Arbeitsintegrationsprojekte, das Erlernen unserer Sprache, sinnvolle Freizeitangebote, der Aufbau von Netzwerken und auch die Möglichkeit für Kooperationen mit bestehenden und neuen Dienstleistern und natürlich finanzielle und personelle Ressourcen. Aber ich bedanke mich für die Fragestellungen. Merci.

**Corina Bolliger:** Die Fraktion SP/Junge SP bedankt sich einerseits beim Christoph Fink für die interessanten und wichtigen Fragen und andererseits beim Stadtrat für die wohlwollenden Antworten, die leider wegen dieser fehlenden Daten nicht besser beantwortet

werden konnten. In der BASS-Studie aus dem Jahr 2013, die man auf der Homepage [olten.ch](http://olten.ch) herunterladen kann, steht, dass Olten seine Situation bei der Sozialhilfequote wenig beeinflussen kann und zwar, weil die geografischen Merkmale wie auch wirtschaftlicher Faktoren und die Bevölkerungsstruktur einen Einfluss auf die Sozialhilfequote haben. In Olten gibt es laut Studie viele Langzeitsuchtkranke, die sehr schwer wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Eine sehr wichtige Massnahme, welche die Sozialhilfequote senken kann, sieht diese Studie in Olten darin, dass Unterstützungsangebote für Alleinerziehende und gute Startchancen für die Kinder geschaffen werden müssen. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Unterstützungsquote für Alleinerziehende in der Sozialregion Olten auffallend hoch und der Anteil an den Erwerbstätigen unter den Alleinerziehenden in Olten vergleichsmässig gering ist. Das sei ein Hinweis, dass das Unterstützungsangebot ungenügend ist. Bei den genannten Alleinerziehenden hilft die kantonale und allgemein sehr gelobte Familien-EL nur bis das Kind sechs Jahre alt geworden ist. Nachdem es sechs Jahre alt geworden ist, erlischt leider der Anspruch auf die Familien-EL. Zu den Massnahmen für die Unterstützung von Alleinerziehenden hat Felix im Jahr 2013 ein Postulat eingereicht, das der Stadtrat damals als erfüllt gesehen hat, da dies Stadt dazumal an einer Ausarbeitung dieser seit dem Jahr 2018 eingeführten Betreuungsgutscheine und Subjektfinanzierung war. Trotz dieser sehr rühmenswerten Massnahme ist fraglich, ob dieses Angebot genug Unterstützung für betroffene Familien bietet. Hier wäre es sehr spannend, wenn der Stadtrat nach einer gewissen Zeit eine Bilanz ziehen, die Zahlen veröffentlichen und sein Angebot bei Bedarf erweitern würde. Alles in allem findet die Fraktion SP/Junge SP aber, dass die Sozialregion ihren Job sehr gut und sehr gewissenhaft ausführt. Hier möchte ich noch kurz eine Bemerkung zum Beitrag des VSEG machen, über den wir vor 30 Minuten abgestimmt haben. Das wäre jetzt zum Beispiel eine Massnahme gewesen, welche die Situation von betroffenen Leuten enorm verbessern würde. Merci vielmals.

**Felix Wettstein, Fraktion Grüne:** Danke meinerseits. Heute Abend ist schon einmal das Wort Powerplay gefallen. Das kommt manchmal auch zur Anwendung, wenn es gar nichts abzustimmen gibt oder vielleicht sogar noch besser. Corina, ich bin Dir äusserst dankbar, dass Du diese Studie des Büros BASS aus dem Jahr 2013 nachgeschlagen hast. Ich selber war ein wenig enttäuscht, dass man, was Du jetzt gesagt hast, nicht in der Antwort des Stadtrates selber schon vorgefunden hat. Wir können dies auf der einen Seite akzeptieren und haben es auch gesehen. Der Stadtrat hat sich entschuldigt, dass die Antworten ziemlich knapp ausfallen, weil man Daten in dieser Qualität, wie es Christoph gerne hätte, weder auf kantonaler noch auf nationaler Ebene erhoben hat. Aber, gestützt auf diese Studie, die man vor knapp sechs Jahren dem Büro BASS als Stadt Olten in Auftrag gegeben hat, hätten auch unserer Meinung nach sehr wohl weitere Antworten gegeben werden können. Das war ja am 5. September 2013 unter dem Titel «Sozialhilfebezug in Olten, Vergleich mit anderen Solothurner Sozialregionen und Analyse von Einflussfaktoren». Es lassen sich zumindest auch ein paar Sachen ableiten, die Kinder respektive Familien mit Kindern betreffen. Diese Antworten fehlen uns bis jetzt in den Antworten auf die Interpellation. Man konnte damals zum Beispiel erfahren, wie die Verteilung nach Altersstufe in unserer Region aussieht und ob sich dies gegenüber den anderen Sozialregionen stark unterscheiden würde. Man konnte auch sehen, dass ein relativ grosser Anteil nach maximal einem Jahr wieder aus der Sozialhilfe herausfindet. Da hat es nicht wenige Familien darunter. In ihrem Fazit hat die Studie aus dem Jahr 2013 fünf Handlungsfelder identifiziert und der Stadt Olten respektive der Sozialregion Vorschläge dazu gemacht. Das war damals der Auslöser für mehrere meiner Vorstösse, von denen Du, Corina, vorhin einen erwähnt hast. Ein Thema waren gezielte Unterstützungsmassnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene, die im ersten Anlauf keinen Berufsabschluss schaffen. Ein zweites Thema, Du hast es angesprochen, war die Situation von Alleinerziehenden mit ihren Kindern. Alleinerziehende, die Sozialhilfe beziehen, würden gerne in einem höheren Pensum als aktuell arbeiten und damit genug für den Lebensunterhalt verdienen. Sie haben auch die Ausbildung dazu. Aber dafür brauchen sie gezielte Unterstützung und Entlastung bei der Kinderbetreuung. Sonst bleibt dies einfach ein frommer Wunsch, dass sie ihr Pensum ausbauen können. Auch hier haben wir jetzt vielleicht nicht präzise Zahlenreihen, aber ein allgemeiner Eindruck täuscht sicher nicht. Das ist in den letzten fünf bis sechs Jahren kaum besser geworden. Arbeitsintegrations-

programme, zum Beispiel auch diejenigen der Oltech, haben keine integrierte Kinderbetreuung. Es gäbe noch mehr aus dieser Studie aus dem Jahr 2013 herauszulesen, die gezielt für unsere Sozialregion bestellt wurde und die viele Vergleichszahlen zu anderen Sozialregionen enthält. Es ist wirklich etwas schade, dass wir dies erst in der mündlichen Erörterung dazu etwas ansprechen können.

Mitteilung an  
Direktion Soziales  
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 69

## **Motion Fraktion SP/JSP betr. Schaffung einer nicht ständigen Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Oltner Innenstadt/Beantwortung**

Am 23. Januar 2019 hat die Fraktion SP/Junge SP folgenden Vorstoss eingereicht:

«Das Gemeindeparlament beauftragt den Stadtrat, eine nicht ständige Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Innenstadt einzusetzen. Die Kommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller interessierten Kreise zusammen. Sie erarbeitet bis Mitte 2020 gemeinsame kurz-, mittel- und langfristige Ziele für eine erfolgreiche zukunftsorientierte und vernetzte Entwicklung der Oltner Innenstadt; sie macht Vorschläge für das weitere Vorgehen und begleitet in der Folge die Umsetzung der Ziele.

Die Kommission ist der Direktion Präsidium zugeteilt und zählt mindestens neun Mitglieder, die vom Stadtrat ernannt werden.

Begründung:

Innenstädte sind weltweit herausgefordert. Das traditionelle Verkaufsgewerbe erleidet mit dem Aufkommen der Einkaufszentren auf der grünen Wiese sowie mit der Monopolbildung im Detailhandel seit Jahrzehnten massive Einbrüche. Nun ist es durch das aufkommende Online-Shopping zusätzlich herausgefordert. Manche Anbieter sehen sich zur Aufgabe ihrer Geschäftstätigkeit gezwungen. Dank der Digitalisierung lassen sich Post- und Bankgeschäfte, aber auch der Verkehr mit Behörden zu Hause oder unterwegs erledigen.

So haben viele Menschen kaum noch Anlass in die Stadt zu kommen. Die Innenstädte, seit Jahrhunderten Ort des geschäftlichen und gesellschaftlichen Austausches, verlieren einen grossen Teil ihrer Bedeutung als alltäglicher Treffpunkt. Ladenlokale stehen leer, Geschäftsstrassen veröden. Die verbliebenen Nutzerinnen und Nutzer der Innenstadt – nebst den verbliebenen Anbietern von Waren- und Dienstleistungen sind dies namentlich Gastro-Betriebe, Eventlokale, kulturelle wie soziokulturelle Institutionen, Kirchen und die Bewohnerinnen und Bewohner des innerstädtischen Wohnraums - haben unterschiedliche Interessen. Mit der schleichenden Klimaerwärmung stehen die dicht bebauten Innenstädte zudem vor neuen Herausforderungen, die eine ganzheitliche Sicht- und Lösungsorientierung aller Beteiligten erfordern.

Der Bedeutungsverlust der Innenstadt ist für Olten besonders herausfordernd, da diese zweigeteilt ist und über zwei eigene Zentren verfügt. An seiner Jahresmedienkonferenz Anfang Januar 2019 hat der Oltner Stadtrat informiert, dass er zusammen mit dem Gewerbe und der Wirtschaftsförderung eine Strategie gegen leerstehende Ladenlokale entwickeln will. Auch die ins Auge gefasste zweite Etappe der Museumsplanung betrifft die Innenstadt zentral.

Eine breit abgestützte, von der Öffentlichkeit getragene Kommission soll die Bedürfnisse der verschiedenen Interessengruppen aufgreifen und gemeinsame Ziele für eine lebendige

Innenstadt zusammentragen. Sie soll die Stadt bei der Umsetzung dieser Ziele, bei der Entwicklung entsprechender Massnahmen und bei der Umsetzung von Projekten in der Innenstadt begleiten.»

- - - -

**Stadtpräsident Martin Wey** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat beschäftigt sich seit längerer Zeit auf mehreren Ebenen mit den Herausforderungen, denen sich die Innenstädte und dort speziell der Detailhandel konfrontiert sehen. Ist doch der Rückgang des Detailhandels – insbesondere der kleinen Läden, welche seit Jahren unter den Grossdetailisten leiden, die immer mehr Geschäftsbereiche besetzen – nicht ein neues Phänomen, wenn es auch nun durch die wachsenden Umsätze im Onlinehandel in hohem Tempo verschärft wird. Und auch die Nutzungskonflikte in den Innenstädten zwischen den Freizeitnutzungen und den Wohnnutzungen stellen die Behörden seit vielen Jahren vor Herausforderungen. Der Stadtrat hat sich denn auch jüngst in seinem Jahresprogramm unter dem Titel «Fokus Innenstadt» die Ausarbeitung einer Nutzungsstrategie für die Innenstadt zusammen mit Wirtschaftsförderung und Gewerbe aufs Panier geschrieben.

Nach Ansicht des Stadtrates stellen sich die Fragen auf drei Ebenen, die gegenseitig Wechselwirkungen haben:

- **Sofortmassnahmen:** Mit welchen kurz- und mittelfristigen Massnahmen kann gegen die wachsenden Leerstände vorgegangen werden?
- **Strategiedefinition:** Wie soll langfristig die Nutzung der Innenstädte aussehen? Und wie kann/soll diese gesteuert werden?
- **Rolle der öffentlichen Hand:** Wie soll sich die Stadt in diesem Umfeld engagieren?

Im Bereich der **Sofortmassnahmen** hat sich im vergangenen Jahr unter der Führung des Wirtschaftsförderers eine Arbeitsgruppe unter der Bezeichnung «Olten GO!» mit Vertretungen aus Gewerbe, Kultur, Gastronomie und Stadt (Stadtentwicklung) gebildet, welche einen Aktionsplan zur Stärkung der Einkaufsstadt Olten anstrebt. Insbesondere geht es dabei einerseits um die Definition von Aktivitäten, welche höhere Frequenzen von Besucherinnen und Besuchern nach Olten bringen, andererseits um die «Vermittlung» zwischen Eigentümern und potenziellen Nutzenden leerstehender Lokale, um unattraktive Leerstände mit kurzfristigen Massnahmen – sprich Zwischennutzungen verschiedenster Art – aber auch längerfristig auf ein Minimum zu reduzieren.

Bei dieser Längerfristigkeit kommt die **strategische Dimension** ins Spiel. Dabei gilt es zu definieren, wie sich die Nutzungen in der Innenstadt in Zukunft gestalten werden bzw. sollen. Die daraus resultierenden Erkenntnisse können durchaus auch Auswirkungen auf die bevorstehende Ortsplanrevision haben.

Schliesslich gilt es auch die **Rolle der öffentlichen Hand** zu definieren: Soll sie aktiv eingreifen, indem sie zentrale Liegenschaften im Eigentum behält oder sogar erwirbt? Welche Nutzungen soll sie in ihren eigenen Liegenschaften vorsehen? Soll sie eigene Liegenschaften zu guten Konditionen Dritten – zum Beispiel für Pop-up-Stores – zur Verfügung stellen? Je nach Resultat ist die öffentliche Hand mit den nötigen Ressourcen auszustatten, um eine grössere Rolle einzunehmen, sei es, dass sie Förderungsprozesse personell führt bzw. begleitet oder dass sie mit Liegenschaftenbesitz und/oder Förderung von (Zwischen-)Nutzungen direkt Einfluss nimmt.

Alle drei Bereiche müssen nun aufgearbeitet werden. Während im Bereich der Sofortmassnahmen eine Gruppe an der Arbeit ist, welche im Januar von Gewerbe Olten mit

der Erarbeitung eines Konzeptes beauftragt wurde, hat sich die neu aufgegleiste verwaltungsinterne Stadtentwicklungskonferenz, welche auch Dritte beiziehen kann, die strategische Ausrichtung der Innenstadt – neben der Ortsplanrevision – zu ihrem Thema gemacht. Der Stadtrat begrüsst, wenn dieser Beizug Dritter in Form eines Gremiums aus Vertreterinnen und Vertretern interessierter Kreise aufgewertet wird. Dabei erachtet er aber die Bezeichnung «Kommission» und die Zahl der Mitglieder als weniger bedeutend als den Einbezug möglichst vieler Stakeholder (Grundeigentümer, Detailhandel, Gastronomie, Bewohner/innen, Denkmalpflege, Tourismus etc.).

Was die Fragestellung der Rolle der öffentlichen Hand betrifft, geht es unter anderem um die städtischen Liegenschaften der beiden Museen an der Kirchgasse 8 und 10, des Hübelischulhauses und der Stadtbibliothek an der Hauptgasse. Hier wird die Strategie im Rahmen der Museumsplanung und der Neuausrichtung der Stadtbibliothek auf der Basis der Studie der HTW Chur erarbeitet. Wie angekündigt, soll für diese Neuausrichtung eine Begleitgruppe eingesetzt werden, die auch den künftigen Standort der Bibliothek thematisieren wird. Die Stadt bzw. die Stadtentwicklung bildet zudem die Klammer zwischen diesen drei Ebenen, auf denen allen sie involviert ist.

In diesem Sinne empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion erheblich zu erklären.

- - - -

**Eugen Kiener:** Die Fraktion SP/Junge SP ist erfreut über die Reaktion des Stadtrates auf ihre Motion, einerseits, weil er bereit ist, den Vorschlag erheblich zu erklären, andererseits, weil er in der Antwort zur Motion aufzeigt, dass er verschiedene Massnahmen im Sinne der Motion schon in die Wege geleitet hat. Tatsächlich ist ja der Handlungsbedarf in der Innenstadt gross. Die Lokalzeitungen kochen das Thema bei jeder Ladenschliessung auf. In den Leserbriefen und Facebook-Beiträgen reagieren Aufgeschreckte, als ob es früher keine Veränderungen gegeben hätte. Nur tatsächlich sind diese Veränderungen jetzt sehr schnell. Man kann nicht mehr einfach tatenlos zuschauen. Doch Städte können etwas tun, damit sie attraktiv bleiben. Das hat die Tagung der SP «Neue Impulse für Olten Innenstadt» gezeigt. Dort haben verschiedene Referentinnen und Referenten Lösungen aufgezeigt. Offenbar ist der Stadtrat bereit, solche Impulse aufzunehmen und in der Sache auch eine Führungsrolle zu übernehmen. Noch etwas konkrete Sachen: Die Motion hat vorgeschlagen, eine eigentliche Kommission einzusetzen. Diesem Anliegen kommt der Stadtrat in dem Sinn entgegen, indem er ein bestehendes Gremium verbreitern will. Wir können uns damit einverstanden erklären. Wir erwarten, dass in der Sache regelmässig offen informiert wird, dass klar wird, wer weshalb eingebunden wird, wie die Entscheidungen zustande kommen und wie die Öffentlichkeit einbezogen wird. Punkte, die es in dieser Sache zu diskutieren gibt, sind ausgewählt. Welche Strassenzüge gehören überhaupt noch zur Innenstadt? Wie kann die Stadt ihre Liegenschaften in einer möglichst publikumswirksamen Nutzung zuführen? Wie kann man Besitzer von leerstehenden Ladenflächen für Veränderungen begeistern? Wie lässt sich der öffentliche Raum attraktiver gestalten? Wie kann man die Aufenthaltsqualität für Eltern mit Kindern verbessern, mehr Arbeitsplätze ins Zentrum holen usw.? Die Fraktion SP/Junge SP freut sich, wenn sich die anderen Fraktionen dem Stadtrat anschliessen und die Motion erheblich erklären.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Wir sind froh, dass diese Motion bei der Stadt auf offene Ohren stösst und offenbar bereits verschiedene Aktionsgruppen an der Arbeit sind. Die Entleerung der städtischen Sockelgeschosse ist ein Problem, und wir dürfen uns keinen Sand in die Augen streuen. Der gesellschaftliche Wandel, die Umdeutung davon, wofür der öffentliche Raum eigentlich da ist, wird niemand stoppen können. Es wird nicht mehr werden wie früher. Wir werden uns ganz neue Sachen vorstellen müssen. Aber es sagt niemand, dass dies nicht geht. Mit alten Rezepten kommen wir aber einfach schon nirgendwo hin. Was

wir sicher weiterhin probieren müssen, ist Verkaufsfläche aus den Einkaufszentren in die Stadt zurückzuholen. Das ist möglich. Die Zentren auf der grünen Wiese sind nicht mehr so gefragt wie auch schon. Das hat auch mit der oft zitierten Mediterranisierung unseres Lebenswandels zu tun. Den meisten von uns gefällt unterdessen nach dem Kleiderkauf wieder besser, sich in die Gartenbeiz zu setzen, als im Gäupark bei Kunstlicht ein Eis zu essen. Was wir mit aller Kraft verhindern müssen, und das ist ein Aspekt, der jetzt hier nicht so berücksichtigt wird, ist eine schleichende Umnutzung der Sockelgeschosse in Wohnfläche. Das passiert im Moment an ganz vielen Orten und hat absolut verheerende Auswirkungen auf den öffentlichen Raum. Da muss eventuell sogar vielleicht irgendeinmal regulatorisch eingegriffen werden. Nichts gegen Hauseigentümer, die ihren Mietertrag sichern wollen, aber öffentliche Nutzungen im Parterre sind ein essentielles Merkmal für ein Stadtzentrum. Es darf nicht zum Wohnquartier werden. In diesem Zusammenhang spricht der Stadtrat in seiner Beantwortung auch von schon bestehenden Nutzungskonflikten zwischen Freizeit und Wohnnutzungen. Dazu vielleicht auch noch ein paar Punkte. Einerseits existiert wirklich kein Menschenrecht auf eine ruhige Wohnung mitten in der Stadt, und ich staune manchmal darüber, wie gewisse Leute ihre persönlichen Interessen gegenüber denjenigen der breiten Öffentlichkeit einstufen. Andererseits muss auch nicht jede Woche irgendein Festival stattfinden. Die Innenstadt als Fun-Zone löst nämlich das Problem der Läden nicht unbedingt. Gerade auch, weil diese Anlässe zwar Leute in die Stadt holen, aber nicht nachhaltig Umsatz für das städtische Gewerbe generieren. Einfach eine Dauerbespielung der Innenstadt bringt uns nicht weiter. Die Stadt als Eigentümerin verschiedener wichtiger innerstädtischen Liegenschaften – ich denke natürlich an die Museumsgebäude – hat einen besonders langen Hebel, wenn es um eine Neu- und Weiterentwicklung der Innenstadt geht, und wir hoffen, dass sie ihn nutzt. Unsere Unterstützung hat sie auf jeden Fall. Wir sind einstimmig für eine Erheblicherklärung. Merci.

**Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP:** Unsere Fraktion ist ebenfalls für eine Erheblicherklärung, weil uns die Innenstadt und die Belebung auch ein grosses Anliegen ist und wir eigentlich auch nicht viele leere Schaufenster und Räume anschauen möchten. Wir sehen ebenfalls den Wandel dort und dass sicher verschiedene Inputs nicht schaden können und der Sache nur nützen können. Ein wenig erstaunt waren wir gleichwohl auch über die Argumentation des Stadtrates, der alles aufgezeigt hat, was schon läuft und dass einiges im Tun ist, aber es dann gleichwohl noch als Erweiterung gut finden würden. Wir können uns hier einfach erinnern, dass der Stadtrat, als wir einmal einen Vorstoss in Altersfragen gemacht haben, wo wir auch noch sehr viel Potenzial gesehen hätten, eigentlich praktisch mit gleicher Begründung für Nichterheblicherklärung war. Aber nichts destotrotz geht es uns um die Sache, und wir unterstützen dies.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Wir finden es auch gut. Wir finden die Idee an sich gut, dass man die Innenstadt wieder stärken möchte und setzen uns auch immer dafür ein, wie man zum Beispiel bei unserem Vorstoss sieht, der hoffentlich später noch behandelt wird, wo es um schnelle Massnahmen zur Belebung der Innenstadt geht. Gleichzeitig finden wir das Vorgehen oder die Idee, eine Kommission einzusetzen, die es schon ganz viel gibt in dieser Stadt, formelle und informelle eher symbolisch. Ob dann am Schluss etwas dabei herauskommt oder ob sie einfach die nächsten zehn Jahr tagt und dann ab und zu einmal sagt, es ist schon gut, was wir machen wollen, sehen wir nicht als richtigen Weg. Man kann dies einfacher und schneller machen. Man kann zum Beispiel von Grenchen Stühle abkaufen, was schon passiert ist, was wir sehr begrüessen, oder man könnte zum Beispiel fünf einfache Massnahmen umsetzen, wie man den öffentlichen Raum attraktiver machen kann, wie wir es fordern. Deshalb haben wir uns vorhin entschieden, dass wir uns bei dieser Geschichte enthalten, weil wir es nicht sinnvoll und zielführend finden, und machen beliebt, dass man unseren Vorstoss mit den schnellen Massnahmen unterstützen würde.

**Urs Knapp, FdP-Fraktion:** Uns geht es ein wenig ähnlich wie Muriel Jeisy und Daniel Kissling. Selbstverständlich sind wir für die Förderung der Innenstadt. Selbstverständlich soll man zusammenstehen und überlegen, was man machen kann oder was man auch nicht machen kann. Aber ist eine Kommission, eine Neuner-Kommission, vielleicht noch politisch

zusammengesetzt, wirklich das Gremium, das man braucht? Was bringt das einen weiter? Eigentlich müsste man ein Mitwirkungsverfahren machen, müsste man auch verstehen, warum die Leute in die Innenstadt einkaufen gehen wollen, oder weshalb wollen sie nicht gehen? Wollen sie in der Innenstadt eine Wohnstadt? Was ist die Meinung? Das kann eine Neuner-Kommission nicht machen. Jetzt kann man sagen, es schadet sicher nicht, wenn die Motion durchkommt. Wenn wir ganz ehrlich sein wollen, nützt es eigentlich auch nichts. Die Arbeiten sind am Laufen. Es sind verschiedene dran. Man könnte vielleicht sogar Bedenken haben. Wenn man eine solche Motion schafft, haben alle das Gefühl, jetzt haben wir doch etwas gemacht. Jetzt können wir uns zurücklehnen. Hier laufen viele Sachen. Man hat es in der Beantwortung des Stadtrates auch gesehen. Es gibt klare Verantwortlichkeiten. Es gibt drei Gremien, ein verwaltungsinternes Gremium, ein Gremium, von der Wirtschaftsförderung gesponsert, und das dritte, die machen. Da gibt es bei uns einfach Bedenken. Was soll denn diese Kommission auch noch? Eigentlich sollte man etwas Anderes machen. Man sollte wirklich einmal fragen, was ist die Intention der Leute, die vor zehn Jahren vielleicht noch in die Innenstadt gegangen sind? Weshalb gehen sie nicht mehr? Hat es zu viele beruhigte Plätze, hat es zu wenig beruhigte Plätze? Hat es zu viele Parkplätze, hat es zu wenig Parkplätze? Hat es die falschen Geschäfte? Einfach all diese Fragen. Eigentlich wissen wir dies nicht. Jeder wird selber abstimmen. Aber das waren etwas unsere Gedanken, wo wir einfach sagen, wir sehen das Risiko, dass diese Motion dazu verleiten könnte, dass man sagt, wir haben es delegiert. Das wäre falsch.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Wir sind selbstverständlich auch für die Attraktivierung der Innenstadt. Urs Knapp hat es angesprochen und Daniel Kissling hat es auch gesagt. Die Frage ist, ob die Schaffung einer Kommission hier auch das Richtige ist, vor allem in Anbetracht dessen, dass wir vor rund eineinhalb Jahren definiert hatten, welche Kommissionen wir wollen und welche wir nicht wollen. Hier sehen wir, dass bereits auch wichtige Schritte unternommen werden. Es kann absolut auch noch mehr passieren. Aber dass auch hier die vielen Stakeholder, wenn ich hier zitieren darf, in diesen Prozess eingebunden werden. Von daher finden wir es nicht sinnvoll, wenn man jetzt hier vorschreibt, eine solche Kommission zu bilden, wo wir auch nicht wissen, was ihr effektiver Mehrwert sein wird, wenn wir bereits die direkten Stakeholders, Grundeigentümer und den lokalen Detailhandel einbeziehen.

**Ernst Eggmann:** Ich bin auch etwas skeptisch, was die Einsetzung einer neuen Kommission anbelangt. Es gibt nämlich diesbezüglich keine Heilsgewissheit, dass dies nachher die Lösung für Olten ist. Ich möchte gleich das jüngste Beispiel anführen, wie es herauskommen kann. Der Stadtrat hat in guter Absicht angeregt, wir sollen doch den Donnerstag-Markt eine Stunde länger offenhalten, damit die Leute auch bis 12.30 Uhr einkaufen können. Schlussendlich ist dies dann auch gemacht worden. Einige Marktfahrer haben einmal geflucht. Einige fanden es toll, andere nicht. Das Resultat war, dass die Leute gar nicht gekommen sind. So musste man schliesslich wieder zurückkriechen und auf das alte System zurückkommen. Es ist nicht so einfach, kurz eine Kommission einzusetzen, nachher «brainstormen» wir etwas und dann hält dies. Ich denke, dahinter müssen wir schon etwas anders gehen.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Besten Dank für die Rückmeldung. Es ist so, dass wir gemäss der neuen Gemeindeordnung tatsächlich sehr viele Kommissionen abgeschafft haben. Unter anderem haben wir eine Möglichkeit, dass das Gemeindeparlament den Stadtrat beauftragt, eine solche Kommission einzusetzen. Das hatten wir bis jetzt eigentlich nicht. Normalerweise hat das Parlament eine solche Kommission eingesetzt. Damit haben wir jetzt hier eigentlich auch ein neues Instrument geschaffen. Ich denke, mit der Beantwortung der Motion oder mit dem Aufzeigen wollten wir eigentlich darstellen, dass es eben nicht eine klassische Kommission ist. Deshalb haben wir es auch noch hineingeschrieben. Wir wollen sie auch nicht parteipolitisch zusammensetzen, sondern tatsächlich nach den verschiedenen Anspruchsgruppen. Sie sind natürlich sehr gross. Die Idee von Urs Knapp, schlussendlich vom Mitwirkungsverfahren, finde ich interessant. Man kann es dann noch weiterspinnen, dass eigentlich unsere Stadt oder die Bevölkerung in der

Ortsplanrevision einmal auch sagen wird, wo diese Stadt durchgeht. Aber hier sind wir halt jetzt schon etwas sportlicher unterwegs, weil wir auch akute Problemstellungen zu lösen haben. Es ist eben eine Kommission. Aber es ist nicht eine typische Kommission, im herkömmlichen Sinn, wie man sie früher kannte, die sie zusammengesetzt ist, die wir wirklich einsetzen wollen. Einen Papiertiger darf es keinen geben. Was eigentlich auch sichergestellt werden müsste, ist, was Eugen sagt, der Infofluss. Man ist am Arbeiten, am Werkeln, und irgendwie kommt einmal das Resultat. Dann legt man es hier auf den Tisch. Das heisst, der Infofluss muss tatsächlich gewährleistet sein und dann werden wir auch dem Parlament und der Bevölkerung gegenüber darlegen müssen, wo wir stehen und auch welche Überlegungen wir diesbezüglich angestellt haben. Die ganze Problematik, um dies einfach auch noch zu erläutern, der Stadtrat ist sich sehr wohl bewusst, dass dies eine sehr anspruchsvolle Arbeit ist. Die ganze Auslegeordnung zeigt es eigentlich auch. Wir werden uns, einfach damit Ihr dies auch wisst, vom Rhythmus her entweder in oder nach den Sommerferien zu einer Retraite treffen, in der wir insbesondere dieses Thema auch bearbeiten werden. Es ist für den Stadtrat von Olten eminent wichtig, dass wir in diesen verschiedenen Bereichen weiterkommen. Zusammengefasst: Wir wollen tatsächlich etwas schaffen. Wir wollen Transparenz herleiten. Wir wollen vor allem Leute und Personen einbeziehen und Euch dann auch die Massnahmen vorschlagen können. Deshalb danke ich Ihnen, wenn diese Motion überwiesen wird, damit wir diese Kommission einsetzen können.

**Eugen Kiener:** Besten Dank, Martin. Die Sache mit den Kommissionen hast Du schon erklärt. Ich möchte nur noch sagen, dass ich bei einem solchen Gremium etwas die Chance, dass der Informationsfluss eben besser in breitere Kreise hineinfliesst. Das ist etwas wie ein Budget. Jede einzelne Massnahme wird Befürworter und Gegner haben, und vielleicht gibt es so eine etwas breitere Zustimmung, wenn man sieht, dass ein Gesamtes eben aus verschiedenem Nachgeben besteht.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich möchte Eugen noch kurz unterstützen. Eigentlich ist ja das Ganze so gekommen, dass wir in diesen Räumen einmal auch in einem etwas grösseren Kreis eine Veranstaltung durchgeführt haben. Daher kommt es ja letztlich. Dort sind auch Leute gekommen, die Kleinstädte untersucht haben, Baden, Brugg, Aarau usw. Eine ganz coole Gewerbefrau aus Stans ist gekommen. Sie hat dies auch alles erklärt. Was passiert mit diesen Ebengeschossen? In Luzern haben sie natürlich auch Parks usw. Es ist halt wirklich ein Problem, das man ein wenig fassen muss. Dort haben sie eigentlich empfohlen, dass wir dies gleichwohl bündeln sollten, und halt in Form einer Kommission. Wenn der Stadtrat selber sagt, er wäre froh um diese Hilfe. Jetzt habt Ihr beim Gewerbe ja einen neuen Gewerbepräsidenten gewählt. Ich finde auch, dass das Gewerbe in Olten sehr passiv ist. Dann könnten sie dort auch mitmachen und wirklich einmal sagen, was Sache ist. Wie ist es mit diesen Mieten? Ist es wirklich zu teuer? Was wollt Ihr überhaupt? Wie ist es mit diesen Döner? Das sind alles Probleme, die wir dort besprochen haben. Das ist wichtig. Du hast ja vom Leben gesprochen, Philippe. Du bist etwas jünger als ich. Aber Du darfst auch vom Leben reden und zurückschauen. Im Leben ist es halt so. Man muss es einmal aufnehmen und packen. Wenn sogar der Stadtrat diese Hilfe möchte, und wir haben ja gesagt, wir wollen etwas mehr mit dem Stadtrat zusammenarbeiten und uns dies nicht immer so herausdividieren, würde ich bitten, dass man hier grossmehrheitlich zustimmt. Dann kann man die Resultate anschauen. Es ist ja eine kurze Form. Es ist nicht für ewig. Dann haben wir auch Resultate. Ich danke.

**Deny Sonderegger:** Ich möchte hier einfach noch ganz kurz entgegenen. Ich bin erstaunt über die Wahrnehmung des Gewerbe Olten. Als abtretendes Vorstandsmitglied möchte ich hier ganz klar festhalten, dass das Oltner Gewerbe sehr aktiv ist. Wir sind unter anderem, dass weiss Martin, in einem regelmässigen Austausch mit der Stadtoberigkeit. Wir haben unter anderem auch Initiativen lanciert, mit denen man diese Leerstände umgehen kann. Es ist unter anderem auch in diesem Bericht dargelegt. Zusammen mit der Wirtschaftsförderung Olten hat man hier Leerstandsthematiken aufgenommen. Daran arbeiten wir schon seit Jahren. Von daher möchte ich hier einfach noch kurz entgegenen. Besten Dank.

## **Beschluss**

Mit 21 : 13 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird die Motion erheblich erklärt.

Mitteilung an  
Beantwortende Direktion  
Stadtkanzlei, Vorstossliste  
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 70

## Interpellation Fraktion SP/JSP betr. Kirchgasse/Beantwortung

Die Fraktion SP, Junge SP Region Olten, hat am 24. Januar 2019 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

*«Die der Stadt Olten gehörenden Gebäude auf der Nordseite der Kirchgasse stehen in absehbarer Zeit teilweise leer. Die Gebäude haben eine grosse strategische Bedeutung für eine positive Entwicklung der Innenstadt. Die neuste Entwicklung des Eckgebäudes zum Munzingerplatz lässt vermuten, dass eine gewinnorientierte Nutzung nicht einfach ist. Leerstehende Gebäude tragen nicht zur Attraktivität dieses für die Stadt so wichtigen Ortes bei. Es stellen sich daher die folgenden Fragen:*

1. *Teilt der Stadtrat die Sicht, dass das Gebäude des Naturmuseums rasch einer provisorischen oder dauernden Nutzung zugeführt werden muss, da ein leer stehendes Gebäude an der für die Belebung der Innenstadt zentralen Stelle die Standortqualität deutlich reduziert und damit die Chancen für der Ansiedlung von neuen publikumswirksamen Betrieben beeinträchtigt?*
2. *Welche Randbedingungen für eine Zwischennutzung ergeben sich aus Sicht des Stadtrates?*
3. *Hat der Stadtrat schon konkrete Pläne für eine Zwischennutzung?*
4. *Welche Zielsetzungen sieht der Stadtrat für eine definitive Nutzung?*
5. *Welche Strategie hat der Stadtrat für eine definitive Nutzung?*
6. *Welche finanziellen und städtebaulichen Randbedingungen bestehen aus Sicht des Stadtrates für eine definitive Nutzung?*
7. *Hat der Stadtrat schon Varianten zur zukünftigen Nutzung der Kirchgasse 8 bzw. Kirchgasse 10 erarbeitet?*
  - *Falls ja, wird der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Varianten unterbreiten?*
  - *Falls nein, wann wird darüber im Stadtrat beraten und wann wird er das Parlament darüber informieren?*
8. *Was unternimmt der Stadtrat, dass die Gebäude nicht lange leer stehen werden?»*

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Thomas Marbet** den Vorstoss wie folgt:

Zu Frage 1:

Teilt der Stadtrat die Sicht, dass das Gebäude des Naturmuseums rasch einer provisorischen oder dauernden Nutzung zugeführt werden muss, da ein leerstehendes Gebäude an der für die Belegung der Innenstadt zentralen Stelle die Standortqualität deutlich reduziert und damit die Chancen für die Ansiedlung von neuen publikumswirksamen Betrieben beeinträchtigt?

Der Stadtrat teilt die Sicht, dass jede Baute einen zweckmässigen Nutzen erfüllen muss. In dieser zentralen Lage in der Innenstadt besteht zudem der Anspruch nach einer publikumsorientierten Nutzung im Erdgeschoss. Der Stadtrat hat aus diesem Grund denn auch vorausschauend Mittel für eine Nutzungsänderung im Budget 2019 vorgesehen, welche das Gemeindeparlament aber abgelehnt hat. Mit diesem Entscheid wurde der Stadtrat in Bezug auf eine neue Nutzung der Liegenschaft in eine passive Rolle gedrängt.

Die Liegenschaft an der Kirchgasse 10 «Naturmuseum» wird voraussichtlich bis zum Herbst 2019 zum grössten Teil frei von einer Nutzung, da das Museum in das neue Domizil im Haus der Museen (HdM) bezieht. Das Kunstmuseum nutzt zudem in dieser Liegenschaft ca. 170 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche. Die Überlegungen sind daher auch mit der Zukunft des Kunstmuseums gekoppelt. Die Liegenschaft hat einen grossen Nachholbedarf im Unterhalt. Für eine Umnutzung sind aufwändige Umbauarbeiten (Rückbau Einbau-Vitrinen) erforderlich.

Für das Gebäude des Naturmuseums sind grundsätzlich die folgenden Szenarien denkbar:

- a) Verkauf
- b) Abgabe im Baurecht
- c) Externe Zwischennutzung
- d) Interne Nutzung
- e) Leerstand

Zu den einzelnen Optionen:

- a) Verkauf

Die städtische «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken» hält fest, dass Liegenschaften, welche für die öffentlichen Interessen nicht betriebsnotwendig sind bzw. keinen strategischen Charakter aufweisen, grundsätzlich veräussert werden sollen. Die zum Verkauf vorgesehenen Liegenschaften werden in der Regel öffentlich ausgeschrieben. Für Veräusserungen mit einer Preissumme von über Fr. 1.0 Mio. (was konkret bei dieser Liegenschaft der Fall wäre) ist das Gemeindeparlament in letzter Instanz zuständig.

Aktuell sind viele Kaufinteressierte auf der Suche nach interessanten Investitionsobjekten. Dementsprechend dürften bei einer öffentlichen Ausschreibung recht gute Marktchancen bestehen. Eine Desinvestition würde es erlauben, das heute in der Sachanlage gebundene Kapital in direkte Liquidität umzuwandeln. Für beide Liegenschaften liegen aktuelle Verkehrswertschätzungen vor.

Die Räumlichkeiten der Liegenschaft «Naturmuseum» enthalten mehrheitlich grosse, massige und schwenkbare Einbauvitruinen (Metallkonstruktion mit Glas / Holz sowie wahrscheinlich mit Asbestfaseranteilen belastete Pressspanplatten). Diese Einbauten müssten für eine anderweitige Nutzung zwingend ausgebaut werden – hingegen könnte ein Verkauf des Gebäudes im aktuellen Zustand erfolgen (mit entsprechenden Auswirkungen auf den Verkaufspreis).

Zurzeit nutzt das Kunstmuseum jeweils zwei Ausstellungsräume im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss in der Liegenschaft «Naturmuseum». Bei einem zeitnahen Verkauf der Liegenschaft «Naturmuseum» käme es somit zu einem Verlust von Ausstellungsfläche (rund 170 m<sup>2</sup>) für das Kunstmuseum und damit zu markanten Einschränkungen im Betrieb, da die Abtrennung der beiden Liegenschaften (zumauern der Durchgänge) zwingend wäre. Mit einem Verkauf würde die Stadt auch dauerhaft Gestaltungsmöglichkeiten an dieser zentralen Stelle der Innenstadt verlieren.

#### *b) Abgabe im Baurecht*

Die Abgabe der Liegenschaft im Baurecht hätte den Vorteil, dass die Unterhaltsverpflichtung auf den Baurechtsnehmer übergehen würde. Im Weiteren könnte mit dem Baurechtszins ein jahrelanger, regelmässiger Ertrag generiert werden. Schliesslich könnte man sich zumindest bei Ablauf des Baurechts noch die Option für eine städtische Nutzung offenhalten.

Demgegenüber sind Baurechte auf dem Markt deutlich weniger gefragt. Entsprechend dürfte dies den Kreis potenzieller Interessenten enorm einschränken. Ausserdem könnte die Stadt auch bei einem Baurecht über Jahrzehnte keinen direkten Einfluss über diese Baute mehr ausüben. Im Vergleich zum Ertrag einer möglichen Vermietung stünde dem tieferen Unterhaltsaufwand ein tieferer Baurechtszins gegenüber.

#### *c) Externe Zwischennutzung*

Eine Zwischennutzung könnte allenfalls imagebildend, standortaufwertend sowie stadtbelebend wirken und eine Chance für Stadtentwicklungsprojekte bieten. Im Übrigen könnte damit auch der temporäre Verlust von Ausstellungsfläche für das Kunstmuseum verhindert werden.

Eine Zwischennutzung würde Risiken im Bereich des Ertrages in sich bergen und nach einer aktiven Bewirtschaftung verlangen. Hierfür sind bei der Stadt die Ressourcen aber nicht vorhanden. Eine Mehrheit des Gemeindeparlaments hat sich im Rahmen der Budgetberatung im Übrigen dafür ausgesprochen, den Investitionskredit «Teilsanierung für Zwischennutzung» aus dem Voranschlag zu streichen.

#### *d) Interne Nutzung*

Eine Möglichkeit wäre bspw. der definitive Transfer des Kunstmuseums in die Liegenschaft «Naturmuseum». Dies würde eine nahtlose Fortsetzung der zweiten Etappe der Museumsplanung erlauben, während das Hübelischulhaus frühestens 2023 für eine neue Nutzung zur Verfügung stehen dürfte. Damit würde wiederum die Liegenschaft «Kunstmuseum» für eine Entwicklung frei bzw. die Museumsplanung von der Schulraumplanung thematisch und zeitlich entkoppelt. Die Liegenschaft «Naturmuseum» ist weniger geeignet für ein Ladengeschäft (Hochparterre, fehlende Schaufenster); zudem ist festzustellen, dass in der Innenstadt schon verschiedene Detailhandelsflächen leer stehen und die Nachfrage nach zusätzlichen geringer sein dürfte, als diese in früheren Jahren eingeschätzt wurde. Somit wären eher neue Nutzungen gefragt. In diesem Zusammenhang wird bspw. zu prüfen sein, ob es sinnvoll sein könnte, die Liegenschaft «Kunstmuseum» (oder auch im Abtausch «Naturmuseum») für die Aufnahme der Stadtbibliothek zu nutzen und somit an zentraler Lage neben dem Haus der Museen einen zweiten Kultur-Hotspot mit Öffnungszeiten auch am Sonntag zu schaffen. In diesem Fall könnten die Liegenschaften «Hübelischulhaus» und heutige Stadtbibliothek einen neuen Zweck zugeführt werden. Es wäre auch denkbar, in den Obergeschossen vermietbare Büroflächen oder Wohnungen anzubieten. Daraus könnten auch wieder Erträge generiert werden.

Eine interne Nutzung hätte den Nachteil, dass weder sofortige Geldmittel, wie bei Verkauf, noch ein laufender Ertrag, wie bei einem Baurecht oder einer externen Zwischennutzung, generiert werden könnte. Zudem würde eine interne Nutzung eine grössere Investition bedingen.

#### e) *Leerstand*

Ein einstweiliger Leerstand würde zumindest die Möglichkeit eröffnen, die Räumlichkeiten rasch und formlos für ein (allenfalls heute noch nicht absehbares) öffentliches Bedürfnis zur Verfügung stellen zu können.

Dagegen würden bei einem Leerstand die Betriebs- und Unterhaltskosten in einem gewissen Masse weiterlaufen. Im Weiteren teilt der Stadtrat im Grundsatz die Sicht der Interpellanten, dass die Stadt ein eigenes Haus an Innenstadtlage nicht über längere Zeit leer stehen lassen sollte, da jede leerstehende Liegenschaft unattraktiv ist.

#### **Zu Frage 2:**

**Welche Randbedingungen für eine Zwischennutzung ergeben sich aus Sicht des Stadtrates?**

Ohne eine vorgängige Teilsanierung, für welche die Gelder aber nicht gesprochen wurden, ist eine Zwischennutzung kaum oder nur sehr eingeschränkt möglich. Zudem ist eine aktive Rolle nötig, um Interessenten und ihre Bedürfnisse zu evaluieren. Eine Zwischennutzung müsste sich rechnen, da diese Immobilie auch Ausgaben auslöst.

#### **Zu Frage 3:**

**Hat der Stadtrat schon konkrete Pläne für eine Zwischennutzung?**

Nein. Hierfür stehen weder Mittel zur Verfügung, noch wurde dafür gegenüber der Stadt ein konkretes Bedürfnis gemeldet.

#### **Zu Frage 4:**

**Welche Zielsetzungen sieht der Stadtrat für eine definitive Nutzung?**

Im Vordergrund steht die definitive Klärung der Frage, ob die Liegenschaft «Naturmuseum» für die Erfüllung einer (anderen) öffentlichen Aufgabe geeignet sein könnte bzw. benötigt wird. Nachdem diese Frage beantwortet ist, wird ein Parlamentsbeschluss (Kredit- oder Verkaufsantrag) erforderlich werden.

#### **Zu Frage 5:**

**Welche Strategie hat der Stadtrat für eine definitive Nutzung?**

Siehe Antwort zu Frage 4.

#### **Zu Frage 6:**

**Welche finanziellen und städtebaulichen Randbedingungen bestehen aus Sicht des Stadtrates für eine definitive Nutzung?**

Laut der vorliegenden Verkehrswertschätzung und nach betriebswirtschaftlichen Aspekten wäre der zukünftige SOLL-Nettomietwert der Liegenschaft «Naturmuseum», abhängig von den notwendigen Renovationsmassnahmen / Investitionen, in der Grössenordnung von mindestens Fr. 200'000.00 pro Jahr anzusiedeln. Es stellt sich die Frage, ob ein derartiges Vermietungsangebot auf eine grosse Marktnachfrage stossen würde.

Bei einem Szenario «Verkauf», welches wohl bessere Erfolgsaussichten hätte, wäre es gemäss der «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von

Liegenschaften und Grundstücken» das Ziel, einen marktkonformen bzw. ortsüblichen Verkaufspreis erzielen zu können. Sofern keine wertbeeinflussenden Nutzungsbindungen definiert werden, würde grundsätzlich der Anbieter mit dem höchsten Preisangebot den Zuschlag erhalten.

Sofern mit der Liegenschaft ein Eigenbedarf gedeckt werden soll, müssen die erforderlichen Mittel für eine Sanierung bewilligt werden. Eine Entwicklung in Kombination mit der Baute des Kunstmuseums könnte einen deutlichen Mehrwert erzeugen und Überraschungen vermeiden.

Die Liegenschaft «Naturmuseum» ist im Zonenplan als geschütztes Objekt bezeichnet. Insofern muss die Liegenschaft – unabhängig von der Eigentümerschaft – so erhalten und unterhalten werden, dass ihr Bestand gesichert werden kann. Alle Veränderungen müssen der kantonalen Denkmalpflege zur Genehmigung unterbreitet werden. Daher sind keine grossen städtebaulichen Veränderungen angesagt. Einzig der Aussenraum muss mit der Nutzung korrespondieren und es ist eine Lösung zu suchen, damit die Räume hindernisfrei erreichbar sind.

#### **Zu Frage 7:**

**Hat der Stadtrat schon Varianten zur zukünftigen Nutzung der Kirchgasse 8 bzw. Kirchgasse 10 erarbeitet?**

Nein, die Mittel dazu wurden vom Gemeindeparlament abgelehnt.

- **Falls ja, wird der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Varianten unterbreiten?**
- **Falls nein, wann wird darüber im Stadtrat beraten und wann wird er das Parlament darüber informieren?**

Der Stadtrat hat sich anlässlich seiner Sitzung vom 10. Dezember 2018 (Gesprächsthema) vertieft mit der Thematik beschäftigt. Die dabei diskutierte «Auslegeordnung», sprich die Chancen und Risiken der verschiedenen Szenarien wurden im Rahmen der Beantwortung dieser parlamentarischen Interpellation transparent dargelegt. Der einzuschlagende Weg wurde vom Stadtrat noch nicht abschliessend definiert, da hierfür noch weitere Überlegungen anzustellen und Abklärungen zu treffen sind.

Die Direktion Bau hat sich im Übrigen für das Jahr 2019 vorgenommen, das Projekt einer städtischen «Immobilien- und Werterhaltungsstrategie» anzugehen. Dabei soll eine bauliche Zustandsanalyse des städtischen Liegenschaftsbestandes die Basis für eine zielgerichtete Unterhaltsplanung bilden. Im Weiteren soll die Strategie nicht zuletzt auch darüber Antworten liefern, inwieweit das Immobilien-Portfolio auf die zukünftigen Bedürfnisse und Aufgaben der Stadt ausgerichtet ist. Ein Start der Aufgabe ist bei Rechtskraft des Budgets 2019 möglich.

#### **Zu Frage 8:**

**Was unternimmt der Stadtrat, dass die Gebäude nicht lange leer stehen werden?»**

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass Leerstand zu einem Attraktivitätsverlust führt. Er setzt sich deshalb aktiv mit der Situation auseinander. Die Vorgehensweise der Entwicklung einer Nachnutzungskonzeption ist mit Bedacht zu wählen. Für die Erarbeitung der nötigen Entscheidungsgrundlagen und die sorgfältige Abwägung aller relevanten Aspekte ist die notwendige Zeit einzuräumen. Je nach gewähltem Szenario wird die abschliessende Beschlussfassung in die Kompetenz des Gemeindeparlaments fallen.

Die Möglichkeiten sind aktuell infolge fehlender finanzieller Mittel und personeller Ressourcen stark eingeschränkt, sodass ein Leerstand – ausser bei einem sofortigen Verkauf – kaum vermeidbar sein wird.

- - - -

**Dr. Rudolf Moor:** Ich nehme es gleich vorweg. Wir sind nur beschränkt zufrieden mit dem Inhalt der Beantwortung. Wir müssen aber sagen, dass es sehr ausführlich erläutert ist. Dafür möchten wir dem Stadtrat danken, dass er das Thema offenbar doch ernst genommen hat. Es sind eigentlich zwei Gründe für die Nichtzufriedenheit. Der eine ist, dass in der ganzen Antwort eine sehr einseitige Gewichtung zu Gunsten der finanziellen Aspekte. Sie haben viel mehr Gewicht als die städtebaulichen. Wir haben aber den Eindruck, dass gerade an dieser Lage eigentlich die wichtigsten Gebäude im Herzen des öffentlichen Raums unserer Stadt sind. Das ist ein sehr sensibler Aspekt. Dieser Umstand kommt aus unserer Sicht in der Beantwortung eindeutig zu kurz. Es braucht nämlich dort wirklich eine gute, kreative und sinnvolle Nutzung und zwar im Interesse der Allgemeinheit. Nur so kann man diesen Nutzen, den es dort für die Stadt potenziell hat, auch tatsächlich erzielen. Die finanziellen Aspekte haben natürlich schon auch eine Bedeutung. Aber dass sie jetzt bezüglich Umbauten oder auch, dass man überlegt, dass man von der Vermietung dieser Gebäude eventuell mehr Geld herausholen kann, dermassen in den Vordergrund gerückt werden, scheint uns eindeutig untergeordnet gegenüber dem städtebaulichen Aspekt und der Gestaltung des öffentlichen Raums in der Stadt. Der zweite Punkt, der uns nicht befriedigt, ist die eher späte und zögerliche Planung des ganzen Vorgehens. Wir wissen schliesslich seit etwa fünf Jahren, dass diese Gebäude frei werden. Das ist nicht etwas, was man erst seit gestern weiss. Wir haben hier schon den Eindruck, der Stadtrat dürfe dies mit ein wenig mehr Energie angehen. Genau um dies zu erzielen, haben wir bereits an der letzten Parlamentssitzung ein Postulat mit einem konkreten Prüfungsauftrag für die Nutzung dieser Gebäude eingereicht, in dem wir eigentlich den Stadtrat auffordern zu prüfen, was man Sinnvolles machen kann und zwar vor allem unter dem Aspekt der idealen und guten Nutzung des öffentlichen Raums und der städtebaulichen Aspekte.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Die Stadt muss sich jetzt aktiv um eine Lösung bemühen. Wir haben ja ein paar neue Probleme. Wir können die Liegenschaft des ehemaligen Museums nicht im Voraus für eine Zwischennutzung aufbereiten. Das heisst, wir müssen dafür rasch einen Kredit sprechen können, wenn jemand Interesse hat. Aber wahrscheinlich wären Interessierte halt eben eher zu finden, wenn das Gebäude quasi bezugsbereit wäre. So beisst sich das Ganze etwas in den Schwanz. Die Stadt wird sich deshalb ganz besonders ins Zeug legen müssen, weil die Gefahr, dass der Verkauf jetzt halt noch ein wenig attraktiver aussieht als er eigentlich sein dürfte, ist absolut vorhanden. Die Stadt hat in den letzten Jahren in Sachen städtischen Immobilien unglaubliche Fehler gemacht und damit auch wiederholt gegen die eigene Liegenschaftsstrategie verstossen. Nichtkauf von Olten SüdWest, Nichtkauf der Liegenschaft, in der jetzt der geschlossene Esspunkt drin ist, Verkauf der Cultibo-Liegenschaft, Verkauf der alten Jugendbibliothek usw., usw. Deshalb einmal mehr: Verkaufen ist für uns ein absolutes No go, besonders an dieser Stelle. Wir haben schon jetzt zu viele Liegenschaften an strategischer Stelle, auch städtebaulich, bei denen Investoren von auswärts ihr Geld ausgegeben haben. Manchmal haben sie tatsächlich ein Interesse am Wohlergehen der Stadt. Andere haben es nicht so sehr. Auch wenn wir die Häuser, die Gebäude, irgendeiner ganz netten Person verkaufen, wie zum Beispiel das Cultibo-Haus, wird niemand verhindern können, dass diese Person solche Liegenschaften irgendjemandem weiterverkauft, der halt nicht so nett ist. Zum Schluss: Die Stadt muss aktiv auf attraktive Ankermieter in der Innenstadt zugehen. Wir gehen davon aus, dass dies sowieso schon ein Teil der laufenden Entwicklungsbemühungen in Sachen Innenstadt ist. Merci.

**Reto Grolimund:** Ich habe im Namen der FdP-Fraktion ein paar Anmerkungen. Wir haben ja im Rahmen der Budgetdebatte die Rückbaukosten von Fr. 180'000.— für Vitrinen diskutiert, und wir haben die Kosten für die Zwischennutzung bei diesem Gebäude für Fr. 200'000.— diskutiert. Es hat Streichungsanträge für beide Posten gegeben. Nur die Zwischennutzung ist gestrichen worden. Die FdP hat beide unterstützt. Das ist die Vorgeschichte. Jetzt haben wir in der Antwort auf die Interpellation gelesen: «Der Stadtrat hat aus diesem Grund denn auch vorausschauend Mittel für eine Nutzungsänderung im Budget 2019 vorgesehen, welche das Gemeindeparlament aber abgelehnt hat. Mit dieser Entscheidung wurde der Stadtrat in Bezug auf eine neue Nutzung der Liegenschaft in eine passive Rolle gedrängt». Das hat uns dann schon etwas überrascht. Deshalb möchten wir noch einmal und zwar entgegen der Argumentation festhalten, dass die Mehrheit des Parlaments dazumal nicht goutiert hat, dass trotz eines fehlenden Plans für diese Liegenschaft Fr. 200'000.—, und das Stichwort Platzhalter ist in diesem Zusammenhang gefallen, für eine Zwischennutzung drin waren, wo nicht erklärt werden konnte, was damit geplant ist. Das Parlament hat dem Stadtrat nicht verboten, einen Plan zu haben oder zu machen. Wir verstehen es auch nicht so, dass wir den Stadtrat in eine Passivität hineingedrängt, sondern vielmehr zu einer Aktivität ermutigt haben.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Danke für das Stellen der Fragen. Wir haben die Antworten auch mit Aufmerksamkeit gelesen. Wir finden es sehr wichtig, dass man sich Gedanken macht, wie man mit solchen wichtigen Liegenschaften und Orten vorgehen wird. Ich fände es sehr spannend, auch noch das Votum von Thomas dazu zu hören, vor allem auch, ob es Entwicklungen gegeben hat. Die Beantwortung war vom 18. Februar. Ist dies richtig? Ob es in der Zwischenzeit auch Updates gegeben hat, Neuentwicklungen, Interessenten, die dort daran sind, damit wir dies noch weiter diskutieren könnten. Nichts destotrotz finden wir, dass die Beantwortung zufriedenstellend ist und führt soweit weiter.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Vielleicht gleich zur letzten Frage, Philippe: Es hat keine Neuentwicklung bezüglich dieser Liegenschaft gegeben. Es liegt aber ein Interesse vor, diese käuflich zu erwerben. Das ist richtig. Dieses Interesse ist unverändert vorhanden. Wir wollten und konnten darauf nicht reagieren, bevor überhaupt diese Diskussion heute hier stattgefunden hat. Es ist richtig. Wir haben in der letzten Zeit, in den letzten Jahren, einige Liegenschaften verkauft, Myriam. Zu Olten SüdWest muss ich mich nicht äussern. Da war ich nicht in der Verantwortung. Kirchgasse 4 wollten wir kaufen, konnten wir nicht kaufen. Wir wollten auch nicht überzahlen. Da kann man sagen, es war ein Fehler. Es hätte mich interessiert, wie die Reaktion ist, wenn man eine Liegenschaft kauft, die vielleicht 1, 2 Millionen über dem Schätzwert ist, wie dann hier das Parlament reagieren würde, wenn man dies hätte machen müssen. Das haben wir wirklich versucht. Es ging nicht. Andere haben wir verkauft. Es ist kein Geheimnis, dass ich aktuell an einem Geschäft bin, das ich für den Stadtrat vorbereiten werde, bei dem es um den Kauf einer Liegenschaft in den nächsten Wochen geht. Aber das ist noch Stadtratsgeschäft. Das wird auch nicht gegen aussen dringen. Aber wir sind durchaus auch aktiv daran, an der Bewirtschaftung des städtischen Portfolios zu arbeiten. Zwischennutzungen sind natürlich ohne Kredite schwierig. Nichts destotrotz haben wir ja heute, wie wir wissen, zwar in der anderen Liegenschaft, das internationale Fotofestival, das sich dort auch einrichten und ein paar Tage diese Liegenschaft nützen wird. Aber es ist tatsächlich so, dass mit der Eröffnung des Hauses der Museen am 23. November – der Termin ist schon bekanntgegeben worden – dieses Haus natürlich leer stehen wird. Die sechs Monate Leerstand kann ich jetzt wirklich nicht verhindern. Es geht darum, dies jetzt auch auszuräumen. Wir haben herausgenommen, was man kann, übrigens mit den Leistungen des Werkhofs. Da sind keine externen Kosten angefallen. Es sind auch nicht Fr. 180'000.—, die angefallen sind. Wir mussten lediglich die Mulden mit den Einrichtungen und Vitrinen entsorgen. Das Andere haben wir ja bereits gezügelt. Ich kann vielleicht noch sagen, ja, es gibt unterschiedliche Varianten, die wir hier aufgeführt haben. Wir haben im Stadtrat auch noch keine gefestigte Meinung dazu. Das muss man auch sagen. Es gibt unterschiedliche Haltungen. Man könnte sozusagen sagen, wir sind noch in der Findungsphase, und wir haben vor, im Sommer bzw. nach den Sommerferien an einem Workshop die Strategie, wie wir weitergehen, zu festigen. Es ist

schon so. Wenn alles voneinander abhängt, passiert nichts. Das war ja genau das Problem in der Vergangenheit. Man hat die Schulraumplanung mit der Museenplanung verknüpft. Das führt zu viel Freiheitsgrad. Wenn Ihr zu viele Wahlfreiheiten habt, zu viele Freiheitsgrade, beeinträchtigt dies nachher eigentlich die Entscheidung massiv. Ihr könnt Euch nicht mehr entscheiden. Ihr habt letztes Jahr den Entscheid mit dem Standort der neuen Schulanlage Kleinholz getroffen. Man hat auch einen Standort oder Entscheid bezüglich Hübeli beschlossen. Wir haben jetzt das neue Haus der Museen. Es geht Schritt für Schritt weiter. Schauen wir, was man mit dem Naturmuseum machen kann. Aber es ist schon so. Wenn man jetzt das Naturmuseum oder die Museen mit dem Hübeli und der Stadtbibliothek und allfälligen weiteren Nutzungen verbindet, gibt es so viele Varianten, dass am Schluss nichts passiert. Das möchte ich eigentlich verhindern. Wir müssen einen Schritt nach dem anderen machen, und die nächste Entscheidung, die ansteht, ist das Naturmuseum. Wir werden uns dazu frühestens nach den Sommerferien wieder äussern können.

**Dr. Rudolf Moor:** Ich höre die Sache mit den zu vielen Freiheitsgraden natürlich schon. Aber ich möchte einfach noch einmal darauf aufmerksam machen, dass man mit Verkauf schon einen Freiheitsgrad weniger hätte. Aber Verkauf ist sicher nicht der Freiheitsgrad, den wir verlieren möchten. Wir möchten eben die Freiheit haben, öffentlichen Raum auch öffentlich und städtisch zu gestalten. Das verbaut man sich mit dem Verkauf. Deshalb sind wir natürlich ganz dezidiert und entschieden nach wie vor gegen einen Verkauf.

**Matthias Borner:** Ich möchte es nicht verpassen, noch kurz zu erwähnen, dass der Entscheid wegen des Standorts auch ein finanzieller Entscheid war. Bis diesem finanziellen Entscheid hat man einen Verkauf des Hübeli hineingenommen. Der Eine oder Andere wird auch anhand dessen die 3 Millionen, die man dort hineingeschrieben hat, mit einberechnet haben. Das möchte ich einfach auch in Erinnerung rufen.

**Luc Nünlist:** Ich habe noch eine kurze Frage an den Stadtrat. Es sind viele Kosten. Was mir im Bericht noch ein wenig fehlt, sind die Leerstellungskosten, wenn ich dies einmal so nennen darf, auch berechnet worden? Wenn es jetzt ein halbes oder ein Jahr leer steht, Mietzinsausfall, laufende Kosten, und dann einfach so standortstrategische Kosten oder einfach so Peinlichkeitsfaktor, wenn halt an zentraler Stelle etwas Spinnweben ansetzt, was kostet uns dies als Stadt? Ist dies beziffert oder ist dies einfach so in der Luft?

**Stadtrat Thomas Marbet:** Geschätzter Luc, man kann eigentlich unterscheiden zwischen Betriebskosten, die weiterhin auflaufen. Das ist einerseits die Versicherung. Es ist Heizung. Man muss nicht 20 Grad haben, aber schauen, dass die Leitungen nicht einfrieren. Es braucht ein wenig Heizung. Es braucht ein wenig Unterhalt. Hin und wieder muss auch einmal ein Hauswart nachschauen. Wenn ein Fenster defekt ist, was auch passieren kann, muss er es ersetzen oder reparieren. Ich sage aber, das ist im Bereich von vielleicht ein paar tausend Franken pro Jahr. Ich habe die Zahl nicht im Kopf. Viele entscheidender sind natürlich hier die Opportunitätskosten durch die entgangenen Mieten, die man hat, sei es in der Eigennutzung oder durch Mieten, wenn man es in der Miete oder im Baurecht abgibt, Baurechtszinsen oder das Kapital, wenn man es verkaufen würde. Ich sage einmal, der Verlust durch die aufgelaufenen Betriebskosten ist tragbar. Das sind ein paar tausend Franken bis Ende Jahr. Ich denke, die entgangene Miete ist auch kein Thema. Die Kosten kennt man. Sie sind aber jetzt nicht bedeutend. Das Wesentliche sind die Opportunitätskosten bezüglich der internen oder externen Nutzung, die wir angehen möchten. Aber dazu brauchen wir auch wirklich Ressourcen. Ich muss es jetzt gleichwohl sagen. Ich meine, man hat die Stelle Hochbau abgelehnt. Das sind genau Themen, die dort bewirtschaftet werden. Zusammen mit dem Kredit, der für die Zwischennutzung abgelehnt wurde, macht es für uns auch nicht einfacher, dort schnell vorwärts zu gehen.

Mitteilung an  
Direktion Bau, Kurt Schneider  
Direktion Bau, Lorenz Schmid  
Direktion Bau, Markus Lack  
Stadtkanzlei, Vorstossliste  
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 71

## Postulat Simon Muster (JSP) betr. «Bezahlbare Platzmieten im neuen Ballsport-Center»/Beantwortung

Die Junge SP Region Olten, Erstunterzeichner Simon Muster, hat am 24. Januar 2019 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

*«Der Stadtrat wird beauftragt, bei den Verhandlungen zum Ballsport-Center Kleinholz zu prüfen, ob eine Zusicherung für gleichbleibende Platzmieten auf dem aktuellen Stand sowie eine Garantie für die Benutzung der Anlage durch regionale und überregionale Vereine in den Baurechtsvertrag aufgenommen werden können.»*

### Begründung:

*Wie das Oltner Tagblatt am 13. Dezember 2018 berichtete, plant eine Stiftung rund um die Oltner Unternehmer Marc Thommen und Massimo Hauswirth ein Ballsport-Center im Kleinholz. Das 33-Millionen-Projekt soll «ohne Einsatz lokaler Steuergelder» finanziert werden, wie aus der Medienmitteilung zu entnehmen ist. Gleichzeitig erhoffe man sich einen vorteilhaften Baurechtszins seitens der Stadt. Dieser soll auch in die Ausgestaltung des Gebührentarifs für die regionalen und überregionalen Vereine einfließen.*

*In diesem Sinne soll der Stadtrat eine Garantie für die Benutzung der Anlage durch regionale und überregionale Vereine, sowie eine Zusicherung für gleichbleibende Platzmieten auf dem aktuellen Stand in den Baurechtsvertrag aufnehmen. Für die Stadt ist es Pflicht, bei den Verhandlungen um den Baurechtszins die Interessen der regionalen und überregionalen Vereine im Auge zu behalten. Ohne eine Garantie für die Benutzung, würden diese wichtige Trainingsmöglichkeiten verlieren, was dem Sinne der "Sportstadt Olten" entgegenläuft. Gleichzeitig gewährleistet die Zusicherung für gleichbleibende Platzmieten auf aktuellem Stand, dass die Vereine sich weiterhin die Platzmiete leisten können, und dass die Stadt nicht in absehbarer Zeit für die Platzmieten einspringen muss.*

*Nur so kann das Versprechen der Initianten eingehalten und das Ballsport-Center tatsächlich «ohne Einsatz von lokalen Steuergeldern» finanziert werden.*

- - - -

Im Auftrag des Stadtrates beantwortet **Thomas Marbet** den Vorstoss wie folgt:

Die noch zu gründende «Stiftung Jugendsportförderung 3 Tannen» ist mit der Absicht an den Stadtrat gelangt, bis frühestens Spätsommer 2022 am Standort Kleinholz in Olten ein «Ballsport-Center» realisieren und hierfür rund 33 Millionen Franken investieren zu wollen. Die geplante Sportanlage soll als lokales, regionales und nationales Sportzentrum zur Ausbildung und Förderung der Jugend für die Ballsportarten Fussball, Futsal (Hallenfussball), Handball, Unihockey und Landhockey dienen.

Der Stadtrat war von Beginn weg sehr offen für ein solches Projekt und sieht es als sehr interessante Bereicherung für die Sportstadt Olten. Im Weiteren anerkennt der Stadtrat die Bemühungen, welche von privater Seite unternommen werden, um ein solches «Ballsporthaus» durch eine private Trägerschaft eigenverantwortlich zu erstellen und privatwirtschaftlich zu betreiben.

Auf die private Initiative hat der Stadtrat entsprechend positiv reagiert und grundsätzlich in Aussicht gestellt, dem Gemeindeparlament einen Antrag zur Erteilung eines Baurechtes zu Gunsten der «Stiftung Jugendsportförderung 3 Tannen» zu unterbreiten.

Das «Ballsporthaus» ist im Perimeter der Zone für öffentliche Bauten geplant. Gemeinden können ihnen gehörende Grundstücke in dieser Zone privaten Bauträgern für die Errichtung von Bauten und Anlagen zur Verfügung stellen, sofern diese in hohem öffentlichen Interesse liegen. Der Wortlaut des Begriffs des öffentlichen Interesses weist darauf hin, dass es sich um ein Bedürfnis oder einen Zweck handelt, welcher über die Belange einer oder mehrerer Personen hinausgeht und die Öffentlichkeit betrifft. Demzufolge muss ein Vorhaben, welches öffentlichen Interessen dienen soll, einem möglichst weiten Personenkreis offen stehen. Insofern teilt der Stadtrat die im Postulat dargelegte Haltung, dass mit der Baute ein zusätzlicher Nutzen für die Stadt Olten, sprich insbesondere für die ortsansässigen Sportvereine generiert werden muss.

Der zusätzliche Nutzen für die Öffentlichkeit ist ein massgebender Faktor bei der Festlegung der Inhalte des Baurechtsvertrages. Diesbezüglich hat der Stadtrat in den bisherigen Gesprächen mit den privaten Initianten die Haltung vertreten, dass das Baurecht nicht unentgeltlich gewährt werden kann. Dies, obwohl die Finanzierung des «Ballsporthaus» durch private Mittel gewährleistet werden soll. Es wurde folglich ein Landwert von Fr. 400.00 pro m<sup>2</sup> als angemessene Diskussionsgrundlage genannt. Multipliziert man die beanspruchte Baurechtsfläche mit diesem Preis, ergibt sich der Gesamtlandwert. Diese Summe bildet wiederum die Basis für die Berechnung des Baurechtszinses, welcher sich nach dem Stand des hypothekarischen Referenzzinssatzes richtet. Im Weiteren werden die «Spielregeln», wann und zu welchem Tarif die Sporthalle durch lokale Sportvereine und Schulen genutzt werden kann – als Teil des Baurechtsvertrages sowie allenfalls in einem zugehörigen Benutzungsreglement – noch zu verhandeln sein. Hier wird also u.a. verbindlich zu klären sein, ob die für die subsidiäre Nutzung möglichen Wochentage und Tageszeiten generell festgeschrieben werden können bzw. sollen oder, ob die Freigabe lediglich von verfügbaren Kapazitäten abhängig gemacht werden kann bzw. soll. Hinsichtlich der Nutzungstarife wurde diskutiert, dass sich diese an die dannzumaligen städtischen Nutzungstarife für Hallen anlehnen sollen. Schliesslich wird vertraglich zu regeln sein, dass die Parkplätze insbesondere den Mitarbeitenden der benachbarten Betriebe tagsüber sowie den Besuchern der Eishalle während den Veranstaltungen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Die Preisspanne für den Mietzins pro Parkfeld wird ebenfalls abschliessend noch zu verhandeln sein.

Aufgrund der Erwägungen ist es im Sinne des Stadtrates, den Anliegen der Postulanten/-innen Nachachtung zu verschaffen. Der Stadtrat beantragt demzufolge, das Postulat erheblich zu erklären.

- - - -

**Simon Muster:** Ich freue mich sehr, dass der Stadtrat mein Anliegen, das ich zusammen mit meinen Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern in Form der Petition eingereicht habe, Nachdruck verleihen und das Postulat erheblich erklären möchte. Als grosser Fussballfan

und weniger erfolgreicher Fussballer hatte ich Freude, als ich gehört habe, dass eine Stiftung rund um zwei Investoren ein grosses Ballsportcenter mit Übernachtungsmöglichkeiten im Kleinholz bauen möchte. Als ich aber gehört und gelesen habe, dass die Investoren sehr deutlich und publikumswirksam gesagt haben, dass sie dieses ganze Projekt ohne einen Rappen Steuergelder machen wollen, wurde ich ein wenig stutzig. Schliesslich gehört das Land, auf dem sie dieses Ballsportcenter bauen wollen, der Stadt, also den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Wenn die Stadt dieses Land für das Projekt aus der Sportzone in die Bauzone umzont und dieses Land zu einem vorteilhaften Baurechtzins zur Verfügung stellt, was die Investoren ja deutlich verlangt haben, kann dies natürlich nur passieren, wenn die Stadt auf Einnahmen verzichtet. Das ist für mich grundsätzlich kein Problem. Ich unterstütze es, wenn der Staat Investoren Hand für Projekte bietet. Aber eben immer nur dann zu Konditionen, die im Interesse des Staates und seiner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ist. Solche Projekte müssen einen Nutzen für die Stadt, für die überregionalen Sportvereine, für uns alle haben. Wenn diese Rahmenbedingungen stimmen und die Investoren immer noch Nutzen in diesen Projekten sehen, ist dies ja umso besser. Mit diesem Postulat wollte ich den Stadtrat beauftragen, dass er per Aushandlung des Baurechtsvertrags überprüft, ob er für einen vorteilhaften Baurechtzins gleichbleibende Platzmieten aushandeln kann und das Ballsportcenter, wenn es dann gebaut wird, in Zukunft auch für die Vereine in der Umgebung niederschwellig benützt werden kann. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass sich die Nutzungstarife an der Stadthalle orientieren sollen. Das scheint mir sehr sinnvoll, auch im Hinblick darauf, dass wir nicht in wenigen Jahren wieder hier sitzen und mit Beiträgen Platzmieten der Fussballvereine quersubventionieren müssen. Eben ganz nach dem Motto ohne Steuergelder. Erfreulich ist ausserdem auch, dass als Synergiepotenzial beim Parkieren durch umliegende Gewerbetreibende sowie an Eishockey-Fans gedacht wird, wobei dort auch ein Bus fahren würde. Ich bin gespannt, wie sich dieses Projekt entwickelt, und freue mich darauf. Ich danke dem Stadtrat für die positive Beantwortung und bitte Euch alle, das Postulat erheblich zu erklären. Merci vielmals.

**Beat Felber:** Der Vorstoss hat in der Fraktion nicht zu grossen Diskussionen geführt. Das Anliegen ist gut und für die breite Öffentlichkeit wichtig. Die Fraktion CVP/EVP/GLP erklärt das Postulat einstimmig erheblich.

**Raphael Schär, Fraktion Grüne:** Ich kann es auch kurz halten und bin völlig einverstanden mit dem Votum von Simon. Merci vielmals. Was man natürlich auch immer erwähnen kann, wenn es einen Neubau gibt, ist, dass man die energetischen Grundsätze der Stadt auch noch einhält. Einfach auch, damit dies wieder einmal platziert ist.

**Tobias Oetiker, Olten jetzt!:** Wir fanden den Vorstoss von Simon auch toll und dass der Stadtrat auch dabei ist, ist ermutigend. Von daher sind wir auch dafür. Wir finden dies super.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Wir sehen keinen Grund dagegen zu sein und stimmen deshalb zu.

## **Beschluss**

Mit 37 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an

Direktion Bau, Kurt Schneider, Urs Kissling, Markus Lack  
Direktion Bildung und Sport, Thomas Küng, Jan Rechsteiner  
Stadtkanzlei, Vorstossliste  
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 72

## **Motion Michael Neuenschwander (Grüne Olten): Mehrweggeschirr bei Anlässen**

Mit Mail vom 24. Januar 2019 hat Michael Neuenschwander (Fraktion Grüne Olten) zuhänden des Stadtrats folgende Motion eingereicht:

«Antrag: Mehrweggeschirr bei Anlässen

Die Stadt Olten erlässt für bewilligungspflichtige Anlässe, an welchen Essen und Getränke verkauft werden, die Auflage, Mehrweggeschirr zu verwenden. Bei Getränkeflaschen wird ein Pfand erhoben. Die gleichen Vorschriften sollen beim künftigen Abschluss von Leistungsvereinbarungen gelten. Bei kleinen Anlässen darf auf Antrag voll kompostierbares Geschirr verwendet werden.

### **Begründung**

Street Food Festival, Fasnacht und Chilbi sind einige Beispiele, wie jährlich Unmengen an Einweggeschirr als Kehrlicht entstehen. Dies an bewilligungspflichtigen Anlässen, wo die Stadt direkt Einfluss nehmen kann, um die Abfallmenge zu verringern. Etliche Schweizer Städte haben ihre Reglemente bereits entsprechend angepasst, in Bern der ganze Kanton.

Höchste Zeit also, dass sich Olten auf den Weg begibt, unnötigen Abfall zu vermeiden. Für Trägerschaften wie Stadttheater und Sportpark AG sollen zukünftig die gleichen Vorschriften gelten. Gerade auch, weil sich in festen Strukturen eine intelligente, nachhaltige Gastronomie einfacher verwirklichen lässt.

Der Stadtrat bestimmt eine sinnvolle Definition für «kleine Anlässe».

- - - -

**Stadtpräsident Martin Wey** beantwortet die Motion im Namen des Stadtrats wie folgt:

### Zum Inhalt des Vorstosses:

Der Stadtrat teilt die Auffassung, dass an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen die Wahl von Mehrweggeschirr ökologisch besser ist.

Die Ökobilanz von Mehrweggeschirr wurde bereits verschiedentlich untersucht. Dies zeigt unter anderem eine von den Umweltministerien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in Auftrag gegebene vergleichende Ökobilanz für die Fussball-Europameisterschaft UEFA

EURO 2008 (<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-15855.html>).

In dieser Studie wurden unter anderem die ökologischen Auswirkungen verschiedener Bechersysteme (Einweg und Mehrweg) untersucht. Die Studie zeigt auf, dass Mehrwegsysteme Einweglösungen ökologisch deutlich überlegen sind. Selbst das beste Einwegszenario führt zu einer doppelt so hohen Umweltbelastung wie das »ungünstigste« Mehrwegsystem. So waren an der EURO 2008 in der Schweiz und Österreich ca. 630'000 Mehrwegbecher im Einsatz, mit einer Abfall-Rücklaufquote von 73%.

Weiter beweisen seit Jahren Veranstaltungen wie das Open-Air-Festival auf dem Gurten oder das Buskers in der Berner Altstadt, dass sich Mehrwegsysteme in der Praxis bewährt haben.

Schweizweit haben zudem verschiedene Städte und Kantone (auch der Kanton Solothurn) eine gemeinsame Website geschaffen, [www.saubere-veranstaltung.ch](http://www.saubere-veranstaltung.ch), in welcher Ansätze zur Verminderung von Abfällen bei Grossveranstaltungen empfohlen werden.

Die KOI-Gruppe (Koordination Innenstadt), welche die grösseren Veranstaltungen auf dem Platz Olten koordiniert, hat sich ebenfalls zur Aufgabe gestellt, die Einführung von Mehrweggeschirr an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen zu prüfen.

In der Stadt Olten finden jedes Jahr diverse Grossanlässe statt. Durch die Umsetzung eines Mehrwegsystems für Geschirr und Becher könnte in der Stadt Olten ein grosser Teil Abfall verhindert werden. Ebenso könnten negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt reduziert werden. Im Weiteren besitzt die Stadt Olten das Label «Energistadt» und setzt sich somit für eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen ein. Gerade in der heutigen Zeit erscheint es aus ökologischer Sicht sinnvoll, bei Veranstaltungen Mehrweggeschirr zu benützen.

Zu berücksichtigen gilt es allerdings, dass es Fälle gibt, in denen Mehrweggeschirr nicht der einzige und beste Weg ist, das Abfallproblem an Veranstaltungen in den Griff zu bekommen (z.B. kleinere Anlässe).

In diesem Jahr prüft die Abteilung Ordnung und Sicherheit für eigene städtische Veranstaltungen, insbesondere der Kilbi, mit einer externen Firma (Mehrwegartikel-Anbieter) eine Zusammenarbeit damit die Abfallmengen beträchtlich reduziert und die Umwelt geschont wird.

Eine Vorschrift, mit der Mehrweggeschirr an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen benützt werden soll, stellt eine Vorschrift dar, welche im kommunalen Abfallreglement bisher nicht ausdrücklich geregelt ist. §17 des Abfallreglements der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SR 631)

#### *§ 17 Bewilligungen für Massenveranstaltungen*

<sup>1</sup> *Bei der Bewilligung von Massenveranstaltungen und Anlässen, die der Gastgewerbegesetzgebung unterstehen, sorgt die Bewilligungsbehörde durch entsprechende Auflagen dafür, dass Möglichkeiten zur Abfallvermeidung wahrgenommen, Abfälle getrennt gesammelt und umweltgerecht behandelt werden.*

muss entsprechend konkretisiert werden.

Der Stadtrat befürwortet die Einführung von Mehrweggeschirr bei Anlässen einer noch zu definierenden Grösse. Deshalb empfiehlt er dem Gemeindeparlament, die Motion erheblich zu erklären.

- - - -

**Michael Neuenschwander:** Interessanterweise bin ich in der letzten Zeit ein paar Mal von Leuten gefragt worden, wieso ich eigentlich diese Motion erst jetzt machen würde. Es wäre ja thematisch schon lange nötig gewesen, bezüglich Mehrweggeschirr an Anlässen in Olten so etwas zu tun und auch bei Leistungsvereinbarungen. Ich habe dann jeweils gesagt, erstens bin ich nicht bekannt für viele Vorstösse im Parlament und zweitens finde ich es manchmal auch noch besser, wenn man halt etwas wartet, bis die Sache reif ist. So, wie der Stadtrat auf unsere Motion Antwort gibt, bestätigt dies die Einschätzung, dass jetzt offenbar die Zeit reif ist und wir offene Türen vorfinden, mindestens einmal beim Stadtrat. Das finden wir sehr erfreulich. Kürzlich, das heisst an einem der letzten Playoff-Match, war ich wieder einmal im Kleinholz. 5'500 Personen waren am Match, und alle haben über den Daumen im Minimum wahrscheinlich zwei Getränke konsumiert, zum Glück ohne Verlängerung. Einige wahrscheinlich auch drei. Es gibt schon nur an einem Abend eine Riesenmenge an Einweggeschirr, das einfach in den Abfall wandert und adieu. Nur so als Beispiel. Dort geht es jetzt nicht um Anlässe wie Kilbi, Fasnacht oder Street Food, sondern um eine feste Einrichtung, bei der es ganz besonders Sinn macht. Wir haben uns ja auch in der GPK noch einmal versichern lassen, dass an und für sich von der SPOAG aus eigentlich schon lange das Anliegen auf dem Tisch ist, dass man Mehrweggeschirr einführt und es zum Teil auch am Widerstand der Caterer gescheitert ist. Wir hoffen natürlich auch in diesem Zusammenhang, dass in der Zwischenzeit, in der, wie wir wissen, einiges gelaufen ist, gerade auch im Speziellen in der Eishalle, ab der neuen Saison das Catering mit Mehrweggeschirr durchgeführt werden kann. Wie Ihr in der Antwort des Stadtrates gesehen habt, ist dies an und für sich auch organisatorisch kein Problem. Es ist sogar so, dass eine Reglementierung von Behördenseite, von uns her sogar neue Geschäftsfelder eröffnen kann. In diesem Fall, wenn wir beschliessen, was ich hoffe und Euch wirklich dazu einlade, dass die Stadt Olten ab jetzt an Anlässen, ausser kleinen Anlässen, nicht kleineren, kleine Anlässe, die der Stadtrat dann einmal definieren kann, bei solchen Anlässen Mehrwertgeschirr verwendet wird, gibt dies auch Raum für ein Business. Es kann sein, dass die Stadt dort, und es wäre vielleicht interessant zu hören, ich habe eigentlich vom Stadtrat her informell auch Ermutigendes gehört, dass man dies auch in Betracht zieht, über den Werkhof mit privaten Firmen ein Konzept auszuarbeiten, mit dem man nachher Geschirr für Anlässe mieten kann. Nach dem OT-Bericht, in dem dieser Vorstoss vorgestellt wurde, hat sich Mike Zettel gemeldet und gesagt, das Street Food sei überhaupt nicht schlimm. Sie hätten ja letztes Mal schon Mehrwegbecher eingeführt. Das ist erfreulich. Letztes Mal war ich nicht. Wir werden am nächsten Wochenende wieder eines haben. Ich werde einmal schauen. Der Rest des Abfalls habe in einem Presscontainer Platz gehabt. Jetzt hat mich dies interessiert. Presscontainer. Ich habe geschaut, welche Kapazitäten sie haben. Die kleinsten der gängigen sind etwa fünf Kubik und die grössten etwa 25 Kubik. Jetzt habe ich ausgerechnet. Nehmen wir einen mittleren Presscontainer mit 15 Kubikmetern. Ein Presscontainer verdichtet den Kehricht ungefähr auf das Fünf- bis Sechsfache. Ich bin also darauf gekommen, dass in diesem Presscontainer die 35-Liter-Kehrichtsäcke, die durchschnittlich fünf Kilos sind, wie man weiss, wären dies für das letzte Street-Food-Festival gegen die 2'500 Kehrichtsäcke gewesen. Einfach, damit Ihr wisst, wovon wir hier reden. Nur ein Presscontainer heisst auf der anderen Seite eine solche Menge an Kehrichtsäcken. Zwei Sachen sind uns wichtig, dass es als Motion durchgehen kann. Das heisst, der Stadtrat öffnet ja sogar die Türen dafür. Es geht nicht darum, das Anliegen in ein Postulat umzuwandeln. Wir brauchen hier nicht mehr einen Prüfungsauftrag, sondern wir brauchen einen Auftrag, der sagt, jawohl, Ihr könnt das Reglement anpassen, dass man bei allen nicht kleinen Anlässen und bei denen es in Zukunft Leistungsvereinbarungen mit der Stadt gibt, Mehrweggeschirr braucht. Ich möchte Euch bitten, dem zu folgen. Merci.

**Daniel Kissling:** Die Fraktion Olten jetzt! ist für diese Motion und wird sie auch erheblich erklären. Wir möchten nur noch anmerken, dass eigentlich alles richtig ist, was Michael gesagt hat, würden aber gerne auch wieder einmal für die Zukunft beliebt machen, dass wir gerne auch dabei sind, bei Motionen mitzudenken und mitzuhelfen, und es jeweils auch noch nützen würde, wenn man vielleicht auch andere einbeziehen würde, weil ich mir vorstellen

kann, dass eine relativ stark formulierte Motion auch Widerspruch in anderen Kreisen bringen kann. Vielleicht hätte man dort auch noch andere Möglichkeiten einbauen können. Dies gesagt, unterstützen wir die Motion und möchten, wie Michael, auch beliebt machen, dass die Stadt aktiv wird, zum Beispiel bei Getränkebechern selber produzieren zu lassen. Ich habe es selber beim OltenAir miterlebt, bei dem wir seit der ersten Ausgabe auf Mehrweggeschirr setzen. Momentan gibt es etwa zwei oder drei Anbieter in der Deutschschweiz, leider nicht ganz nahe von Olten. Wenn dann jeder Verein oder man für jede Veranstaltung nach Basel fahren muss oder von Basel aus Mehrwegbecher liefern muss, ist es auch nur die halbe Idee dieses ökologischen Vorstosses. Ich weiss aber auch, dass in der Gegend Interesse vorhanden ist, solche Mehrwegsysteme aufzubauen. Gerade dafür könnte eine Stadt wie Olten als grosser Player mit grossen Events einen Anreiz schaffen, für Getränkehändler oder andere solche Sachen zu verfolgen. Von daher ist es auch wirtschaftlich interessant. Spannend wird sicher die Frage, was kleine oder kleinere Anlässe sind. Da muss man schauen. Die Frage ist auch, ob man eine Kilbi als einen grossen Anlass wertet, bei dem ganz viele einzelne Personen quasi diese Sache betreiben. Aber das ist halt eine Umsetzungsfrage, die man anschauen muss. Ich kann mir vorstellen, dass es dort für einzelne Vereine sicher auch Schwierigkeiten geben wird. Aber trotzdem stimmen wir dieser Motion zu.

**Deny Sonderegger:** Vorerst unterstützt die FdP das Ziel der Nachhaltigkeit dieser Motion. Unsere Abklärungen haben aber nicht nichts destotrotz gewisse Fragen aufgeworfen und einige hat Daniel Kissling jetzt im Vorfeld auch gleich erwähnt. Eine grosse Thematik ist insbesondere die Grösse dieser Anlässe, die unter dieses Reglement fallen. Der Motionstext besagt, dass alle zu bewilligenden Anlässe mit Speis und Trank unter dieses Reglement fallen sollen. Das kann im Einzelfall auch Kleinanlässe darstellen, auch wenn man hier eine Sonderregelung haben möchte. Das Problem ist, dass die Sonderregelung oder Sonderbewilligungen, wenn sie ausgesprochen werden können und wie dies dargestellt sein soll, heute in unserer Beurteilung fehlen. Aufgrund dessen wünscht sich die FdP-Fraktion eine Umwandlung dieser Motion in ein Postulat, wie wir dies im Vorfeld auch angekündigt haben. Dies ermöglicht dem Stadtrat ein breit ausgearbeitetes Konzept, in dem entsprechend diese Regelungen und konzeptionelle Vorüberlegungen auch dargelegt werden können. Ein Postulat würde von der FdP voll und ganz unterstützt. Vielleicht noch zwei, drei Sachen zu den Beweggründen. Ein grosses Thema ist, und wir haben dies im Motionstext gesehen, dass der Umweltbericht gemeldet wurde. Das sind Beispiele, insbesondere von Grossveranstaltungen mit stationärem Charakter. Das heisst, es sind Fussballstadien. Wir haben vorhin das Street-Food-Festival, das angesprochen wurde, gehört. Das ist ein Organisator, der quasi eine Grundinfrastruktur zur Verfügung gestellt, wo einzelne Vereine oder Gewerbetreibende auf diesen Zug aufspringen können und quasi eine Platzmiete bezahlen. Das sehen wir vor allem auch als grundsätzliches Problem. Es gibt ganz andere, das Gurten-Openair. Wir haben vorhin das OltenAir gehört. Das sind alles Sachen, bei denen ein Grundveranstalter, ein Organisationskomitee letztendlich vorhanden ist. Für uns stellt sich die Frage, was passiert mit den einzelnen kleinen Vereinen? Wir haben gehört, es gibt eine Sonderbewilligung für die Kleinveranstaltungen. Ja, aber wann kommt dies dann zum Tragen und wie kommt es zum Tragen? Weiter möchte ich noch ausführen, dass unsere Abklärungen auch ergeben haben, dass zum Beispiel die Hersteller, ich spreche jetzt von Dienstleistern, konkret hatte man hier mit Herrn Meier von Cup Systems. Ich nehme an, die Stadt kennt er, weil dort scheinbar auch schon Vorbesprechungen stattgefunden haben. Er hat ganz andere Inputs mitgebracht. Aus seiner Überlegung macht es beispielsweise bei den Bechern durchaus Sinn, dass man dies für allgemein erklärt, allenfalls sogar auch für Kleinanlässe. Dann ist der ideologische Gedanken dahinter. Im Bereich des Geschirrs macht es aber aus seiner Sicht wenig Sinn. Man hat auch bereits in den Vordiskussionen Sachen gehört, dass man allenfalls eine Mindestmenge definieren möchte, im Sinne von Teilnehmern. Da sagt er, es ist einfach relativ schwierig, wenn man irgendwie von 1'000 Teilnehmenden ausgeht und nachher kommen nur 100. Dann macht es vielleicht ökologisch auch wieder keinen Sinn. Das hat Daniel Kissling vorhin angesprochen. Man fährt dann hin und her. Sachen werden verschickt. Es gibt spezielle Anlieferungen, die mit einem LKW angeliefert werden. Letztendlich stellt sich dann schon die Frage des

ökologischen Fussabdrucks. Von daher unterstützen wir grundsätzlich die Idee dahinter, auch die Nachhaltigkeit, die hier eigentlich im Vordergrund stehen soll, wären aber gleichwohl froh, wenn man diesen Vorstoss in ein Postulat umwandeln würde, sodass man dies konzeptionell wirklich sauber aufgleisen und entsprechend auch daraufhin arbeiten kann. Besten Dank.

**Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ich mache es ganz kurz. Wir können uns den Ausführungen des Motionärs, Michael Neuenschwander, anschliessen und überweisen diese Motion einstimmig. Mehrweggeschirr bei Anlässen ist absolut zeitgemäss.

**Matthias Borner, SVP-Fraktion:** Wir unterstützen die Beweggründe dieser Motion, die das Ziel hat, dass man mit dem Abfall und auch mit dem Bewusstsein nachhaltiger umgeht. Wir befürchten aber etwas, dass man hier plötzlich Vereine einschränkt und gewisse Kosten auferlegt, die man heute nicht abschätzen kann. Es ist viel zu wenig definiert, wer schlussendlich betroffen sein wird. Deshalb würden wir eigentlich auch nahelegen, dass man in ein Postulat umwandelt. Dann würden wir diesem zustimmen. Als Motion stimmen wir nicht zu. Ich möchte noch kurz zum Street-Food-Festival sagen, weil es ich gerade weiss, dass es nicht so ist, dass Olten eingeführt hat, dass man Mehrwertgeschirr benutzt, sondern der Grund, weshalb dies in Olten war, ist, dass es in Bern ein Gesetz gibt, dass man dies machen muss. Das Street-Food-Festival macht die Tour durch die Schweiz und in Bern müssen sie es machen. Deshalb haben sie es dann in der ganzen Schweiz so eingeführt. Olten musste hier einfach nachziehen, weil dies in Bern reglementiert wurde. Dies nur als Nebeninformation.

**Huguette Meyer Derungs:** Die SP und junge SP sind natürlich auch über die Unterstützung des Stadtrates zu dieser Motion erfreut. Denny Sonderegger hat es vorhin gesagt. Das Gurten-Festival ist ein Ort, das Blue Balls in Luzern, der Zoo Basel, der Kanton Bern, der Kanton Genf. Ganz viele haben dort mitgezogen, haben auf Mehrweggeschirr gesetzt und fahren eigentlich auch recht gut mit diesen Jetons und dem Pfandsystem. Es sind sogar auch Befragungen durchgeführt worden und mehr als 80 % der Festivalbesucher usw. fanden, das ist eine coole Sache. Das muss man unterstützen. Grundsätzlich ist vieles schon gesagt worden, Aufwand, Aufräumarbeiten, Entsorgungskosten usw. Michael hat noch das Business angesprochen. Wenn man einmal auf die Homepage des Kantons Basel geht, hat es zum Beispiel schon eine ganze Seite, wo man Geschirr mieten kann. Es gibt sogar Geschirr-Mobile usw. Das ist sicher eine Sache, die grösser wird und gut ist. Wir unterstützen dies auch voll und ganz.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Ich muss gleichwohl noch sagen, dass sich der Stadtrat ja nicht erst, seit Michael dies eingereicht hat, mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat. Wir sind tatsächlich auch an Grenzen gestossen, weil wir eigentlich keine rechtliche Handhabung hatten. Das heisst, wir konnten auf Freiwilligkeit anmahnen und so weiter, und so fort. Was eigentlich mit dieser Motion gefordert wird, ist eine rechtliche Grundlage zu konkretisieren. Das heisst, es gibt eine Vorlage ins Parlament, wenn die Motion überwiesen wird, wo wir natürlich noch einmal all diese Fragen, die jetzt hier gestellt wurden, aufnehmen werden und auch entsprechende Antworten auf gewisse Punkte einbauen. Wir machen dann eigentlich eine Konkretisierung eines bestehenden Artikels. Ich sage jetzt einmal, dort gibt es sehr wahrscheinlich auch eine Delegationsnorm. Wir werden ja in diesem Artikel nicht alle Spezialfälle darlegen können, sondern wir werden wahrscheinlich eine Delegationsnorm an den Stadtrat formulieren, welche die Kompetenz gibt, dies nach gewissen Richtlinien auch anzuwenden. Das können wir im Reglement als solchem nicht tun. Deshalb sind wir der Meinung, dass dies durchaus auch passend zu diesem unlängst überwiesenen Vorstoss ist, bei dem es ja auch um den Klimaschutz ging, im Einklang steht. Noch etwas zu den Firmen. Ich weiss nicht, wer dies gesagt hat. Es gibt solche Firmen. Aber wir mussten gerade im Zusammenhang mit dem Schulfest feststellen, gerade auf diesen Zeitpunkt, wenn diese Fest stattfinden, dass es dann gar nicht so grosse Kapazitäten gibt, auf solche Firmen zurückgreifen zu können. Es ist tatsächlich ein Geschäftsfeld, das man durchaus in diesem Sinne auch noch entwickeln kann. Zusammengefasst denken wir, dass diese Fragen mit der

Vorlage noch einmal kommen werden. Es wird eine Delegationsnorm an den Stadtrat geben, und wir werden in dieser Vorlage umschreiben, wie wir diese Anwendungen machen werden und wie wir sie vollziehen wollen.

**Christian Werner:** Ich möchte noch kurz eine Ergänzung zu Handen des Sprechers der Grünen machen, weil er das Kleinholz und insbesondere wahrscheinlich den EHC Olten angesprochen hat. Das ist heute Abend kommuniziert worden. Der EHC Olten hat einen neuen Getränkesponsor und wird ab nächster Saison ökologische Mehrwegbecher einführen, dies aber selbstverständlich aus der Eigenverantwortung heraus und ohne, dass die Stadt hier entsprechende Auflagen machen müsste.

**Luc Nünlist:** Ich muss natürlich auch noch etwas Karma-Punkte zurückgewinnen. Ich rede als jemand, der selber, entgegen meiner Überzeugung, schon mehrere zehntausend Einwegbecher gedruckt hat. Ich möchte sagen, dass die rechtliche Grundlage natürlich immer das Eine ist. Wenn es aus Eigenverantwortung passiert, ist es immer noch viel besser. Da könnten wir natürlich auch anfangen. Wir haben in der Parlamentssitzung noch viel Einweggeschirr. Mir ist noch etwas aufgefallen, und da kann ich vielleicht noch eine Anregung geben. Ich war in einer Gemeinde, in Hünenberg. Zum Vergleich zu Olten. Das ist eine 8'800-Seelen-Gemeinde, im Vergleich zu Olten natürlich ein Kaff im Kanton Zug. An den Steuern kann es auch nicht ganz liegen. Sie können etwas. Sie haben einen Hünenberg-Becher. Das gibt es in jeder Turnhalle, wenn irgendein Anlass stattfindet. In meinem Fall war es ein Federballturnier oder Eishockey oder welcher Sport auch immer. Oder so kleine Essensfeste oder ein kleines Quartierfest. Dann können sie die Hünenberg-Becher bestellen. Man kann es bei der Stadt holen und entsprechend Mehrweggeschirr verwenden, es wieder zurückgeben. Das wird dann natürlich vermutlich kostendeckend abgerechnet. So entstehen kaum Mehrkosten. Aber es wird natürlich von der Gemeinde ein ökologischer Service angeboten, die dann insofern ein wenig Verantwortung übernimmt. Vielleicht fliesst dies auch noch etwas ein, wenn wir ein Konzept entwickeln. Danke vielmals.

**Deny Sonderegger:** Lieber Luc, einfach nur ganz kurz. Ich möchte nicht belehrend wirken, aber es würde allenfalls Sinn machen, dass Du Deine Becher nicht bedruckst, und zwar eben auch wegen des ökologischen Fussabdrucks. Ich habe die Studie seitens des deutschen Umweltamts. Da steht, dass die theoretische Umlaufhäufigkeit eines Mehrwegbechers 107 Mal Einsatz ist. Bei einem unbedruckten Becher ist die reale Umlaufhäufigkeit 41 und bei bedruckten Motivbechern liegt er noch bei 8, weil er dann meistens irgendwo in einem Regal oder sonst irgendwo Platz findet. Wenn er dann einmal geräumt wird, wird entsprechend wieder entsorgt. Dies vielleicht noch als Information.

**Luc Nünlist:** Das ist natürlich an die Adresse des EHC Olten ganz wichtig.

**Dr. Christine von Arx:** Einfach noch etwas an die Seite der SVP. Wir werden ja hier regelmässig belehrt, dass wir ein Postulat als Motion verstehen und fälschlicherweise die Motion nehmen und es eigentlich ein Postulat wäre. Hier geht es darum, wie es Martin gesagt hat, dass in einem Reglement, welches das Parlament erlässt und damit in die Kompetenz des Parlaments fällt, eine neue Bestimmung aufgenommen wird, eine oder mehrere, die das Mehrweggeschirr regelt. Damit ist es ein bisschen witzlos, wenn man dies als Postulat nehmen würde, was dann heisst, der Stadtrat soll prüfen, was, dass das Parlament etwas in ein Reglement nimmt? Von daher möchte ich beliebt machen, dass man bei der Motion bleibt.

## **Beschluss**

Mit 28 : 11 Stimmen wird die Motion erheblich erklärt.

Mitteilung an  
Ordnung und Sicherheit, Franco Giori  
Ordnung und Sicherheit, Manuela Basso  
Ordnung und Sicherheit, Christoph Koch  
Stadtkanzlei

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 73

## **Interpellation Deny Sonderegger (FDP) und Mitunterzeichnende betr. «Welche Anstrengungen unternimmt der Stadtrat in Sache kantonalem NRP-Umsetzungsprogramm 2020-2023?»/Beantwortung**

Am 20. Dezember 2018 haben Deny Sonderegger (FDP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Aktuell wird auf kantonaler Ebene ein Vorstoss von Anita Panzer (FDP) beraten, welcher den Regierungsrat auffordert, für die Jahre 2020 bis 2023 ein NRP-Umsetzungsprogramm für den Kanton Solothurn zu realisieren. Mit der NRP unterstützen Bund und Kantone Initiativen, Programme und Projekte, die das Unternehmertum fördern sowie die Innovationsfähigkeit der KMU und die regionale Wertschöpfung steigern. Ziel ist es, auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Stadtrat im Rahmen seiner Investitionsplanung für die kommenden Jahre, die zu realisierenden Projekte aktiv auf eine mögliche NRP-Unterstützung hin geprüft?

Falls ja, welche Projekte betrifft das?

Falls nein, weshalb nicht?

2. Wurde im Rahmen des Investitionspaketes «Sportpark AG, Olten» eine NRP Projekteingabe für den Teil öffentlichen Eislauf (Kälteanlage/ Ersatzbau Curlinghalle) geprüft?

Falls ja, weshalb war dies in Bericht und Antrag nicht ersichtlich?

Falls nein, weshalb nicht?

3. Prüft der Stadtrat für das Investitionsprojekt «Bahnhofplatz Olten» eine NRP Projekteingabe?

Falls nein, weshalb nicht?

4. Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, anderweitige, in naher Zukunft anstehende Projekte, beim Kanton als NRP Projekt/ Initiative oder Programm einzugeben?

Falls ja, welche?»

- - - -

**Stadtpräsident Martin Wey** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

## 1. Grundsätzliches

Der Stadtrat prüft alle Möglichkeiten, an Förderprogrammen des Bundes und des Kantons teilzunehmen. Entscheidend sind die Ausrichtung des jeweiligen Programms sowie die finanziellen und personellen Ressourcen der Stadt Olten, ist doch jede Förderung auch mit einem Aufwand auf Seiten der Stadt verbunden, für den eine Kosten-Nutzen-Rechnung erstellt werden muss.

Im konkreten Fall der Neuen Regionalpolitik (NRP) geht es um ein Förderprogramm, mit dem Bund und Kantone das Berggebiet, den weiteren ländlichen Raum und die Grenzregionen der Schweiz in ihrer regionalwirtschaftlichen Entwicklung fördern. Als geografische Begrenzung hat der Bund die gesamte Schweiz ohne die Grossagglomerationen Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf sowie ohne die städtischen Kantone BL, BS, GE, SO, ZG sowie Grossteile der Kantone ZH und AG festgelegt. Ausnahmen sind möglich, wenn die betreffenden Kantone Förderbedarf nachweisen. Das heisst konkret: Die Stadt Olten kann im Rahmen einer allfälligen Eingabe des Kantons Anträge für eigene Projekte stellen. Schwerpunkte der Projektförderung 2016-2023 bilden die Projekte Tourismus und Industrie; abhängig von den Zielen und Schwerpunkten, welche die Kantone in ihren NRP-Umsetzungsprogrammen festlegen, können Projekte in weiteren Bereichen wie Agrar- und Waldwirtschaft, Energie-, Bildungs- und Gesundheitswirtschaft unterstützt werden. Vergleicht man diese Schwerpunkte mit früheren Programmphasen, so ist im Übrigen festzustellen, dass die früheren inhaltlich breiter ausgelegt waren, das heisst Projekte gefördert wurden, die heute keine Unterstützung mehr erfahren dürften. Eine weitere Vorgabe von Seiten des Bundes ist die Koordination der NRP mit weiteren Bundespolitiken und -strategien, was auch bedeuten dürfte, dass Projekte nicht aus mehreren «Bundestöpfen» gespiesen werden.

In der Zwischenzeit hat der Solothurner Kantonsrat am 29. Januar 2019 entschieden, dass sich der Kanton Solothurn am nächsten Programm 2020 bis 2023 wieder beteiligen soll, nachdem nach einer einmaligen Teilnahme im Rahmen des Sparpakets 2014 die Mitwirkung gestrichen worden war. Um beim nächsten Programm wieder dabei zu sein, muss der Kanton jährlich 250'000 Franken investieren; jeweils die gleiche Summe müssen der Bund und die Trägerschaften der geförderten Projekte aufbringen.

## 2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Hat der Stadtrat im Rahmen seiner Investitionsplanung für die kommenden Jahre, die zu realisierenden Projekte aktiv auf eine mögliche NRP-Unterstützung hin geprüft?*

*Falls ja, welche Projekte betrifft das?*

*Falls nein, weshalb nicht?*

Wie oben beschrieben, kann die Stadt Olten nicht direkt Projekte beim Bund einreichen, sondern nur via eine kantonale Eingabe. Dies kann aufgrund des Kantonsratsentscheids für die Periode 2020-23 geprüft werden. Dabei sind aber die beschriebenen Programmschwerpunkte zu beachten.

2. Wurde im Rahmen des Investitionspaketes «Sportpark AG, Olten» eine NRP Projekteingabe für den Teil öffentlichen Eislauf (Kälteanlage/Ersatzbau Curlinghalle) geprüft?

*Falls ja, weshalb war dies in Bericht und Antrag nicht ersichtlich?*

*Falls nein, weshalb nicht?*

Ob für das erste Investitionsvorhaben betr. Eislauf im Jahr 2010 eine Prüfung erfolgte, ist nicht bekannt. Es ist nicht anzunehmen, da der Kanton erst ab 2012 erstmals an der NRP teilnahm. Derzeit ist eine Eingabe nicht möglich, da der Kanton seit 2014 nicht mehr am Förderprogramm teilnimmt.

3. Prüft der Stadtrat für das Investitionsprojekt «Bahnhofplatz Olten» eine NRP Projekteingabe?

*Falls nein, weshalb nicht?*

Eine Eingabe wird in Absprache mit dem Kanton geprüft. Angesichts der Schwerpunkte des Bundesprogramms und der bereits vorliegenden Unterstützung des Projektes im Rahmen des Agglomerationsprogramms ist eine Aufnahme indessen in Frage gestellt.

4. Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, anderweitige, in naher Zukunft anstehende Projekte beim Kanton als NRP-Projekt/Initiative oder -Programm einzugeben?

*Falls ja, welche?*

Bei den aktuellen städtischen Grossprojekten sieht der Stadtrat höchstens beim Erneuerungsbedarf des Stadttheaters und des Kunstmuseums mit ihrer auch für den Tourismus wichtigen Ausstrahlung eine Chance; er wird aber zusammen mit dem Kanton die NRP-Tauglichkeit seiner Projekte auf dem Radar behalten. Selbstverständlich sind auch Dritte, welche für die Stadt Leistungen erbringen, und Private aufgefordert, ihre Chancen für Eingaben zu prüfen und allenfalls bei der Stadt und beim Kanton vorstellig zu werden.

- - - -

**Deny Sonderegger:** Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation ganz herzlich. Bereits im März wurde ich von den Medien angesprochen, ob ich davon befriedigt bin. Grundsätzlich bin ich von den Ausführungen befriedigt. Mein Ziel war etwas anderes. Von daher musste ich teilweise über die Beantwortungen ein wenig schmunzeln, weil man natürlich vor allem darauf abgestützt hat, dass der Kanton im vergangenen NRP-Zeitraum von 2017 bis 2020 ja nicht mitgemacht hat und gewisse Projekte auch umgesetzt wurden. Mir ging es aber eher darum, hat der Stadtrat die NRP-Geschichte auf dem Radar? Werden Sachen geprüft? Wir hatten unter anderem ja auch bei der Sportpark AG Investitionsanträge für die Zukunft. Meines Wissens haben dort keine Prüfungen stattgefunden. Jetzt kann man sagen, das ist eine eigene Gesellschaft, die aber notabene zu 90 % der Stadt Olten gehört und sie entsprechend dort auch Einfluss nehmen kann. Ich bin froh, wenn dies zukünftig auch auf dem Radar sein wird. Ich glaube, damit sind Ziel und Zweck erfüllt. Wir haben Projekte gesehen, insbesondere das Stadttheater, wo man weiss, dass in den nächsten Jahren einmal die Theaterbühne erneuert werden sollte. Wir haben das Kunstmuseum, das hier drauf ist. Wir haben auch den Tourismus. An dieser

Stelle darf ich sagen, dass wir von Region Olten Tourismus uns bereits mit dieser Thematik auseinandergesetzt und Projekte angegeben haben, die über den Kanton Solothurn Tourismus auch entsprechend auf den Radar kommen. Besten Dank für die Beantwortung. Ich bin somit befriedigt.

**Felix Wettstein, Fraktion Grüne:** Das Bundesprogramm Neue Regionalpolitik NRP, das Deny Sonderegger in dieser Interpellation anspricht, unterstützt ja Entwicklungen in ländlichen Regionen, in Berg- und Grenzregionen, generell «in wirtschaftlich wenig begünstigten Regionen». Das ist die Definition. Dieses Programm lebt nach dem Prinzip, dass der Bund dort Geld geben kann oder bereit ist, Geld dazu zu geben, wenn sich der Standortkanton selber engagiert. Wir Grüne sind deshalb mit Blick auf den gesamten Kanton froh, dass der Kantonsrat im Januar beschlossen hat, man wolle als Kanton Solothurn wieder in dieses Programm einsteigen, nachdem es ja 2014 dem kantonalen Massnahmenplan zum Opfer gefallen ist. Erst seit dieser Entscheidung ist es wieder möglich, überhaupt Projekte anzumelden. Die Interpellation ist aber schon im Dezember eingereicht worden. Aus diesem Grund haben uns die Fragen dieser Interpellation auch ein wenig irritiert, weil man in der Zeit, in der man zum Beispiel diesjährige Budgets erstellen musste, noch gar nicht wissen konnte, dass der Kanton Solothurn wieder an Bord ist. Aber die Fragen irritieren auch aus einem zweiten Grund, und diese Irritation ist nach Deinem jetzigen Votum, Deny, nicht geschwunden. Ländliche Region, Bergregion, Grenzregion, passt dies zu Olten? Gut, wir grenzen nur wenige hundert Meter südlich von hier in der Mitte der Aare beim Franzosen an den Kanton Aargau. Aber trotzdem: Investitionsvorhaben wie Bahnhofvorplatz oder Sportpark passen nicht so recht in das Profil dieser Programmförderung. Wir haben uns bei den Fragen 2 und 3 gefragt, ob wohl die Verwechslung zwischen dem NRP-Programm und dem Agglomerationsprogramm passiert ist. Aus diesem Grund glauben wir übrigens auch nicht, dass die notwendigen Investitionen beim Bühnenhaus Stadttheater oder wie beim Kunstmuseum im Rahmen einer solchen Förderung eine Chance hätten. Das heisst nicht, dass man sich aus Sicht von Olten gar keine Gedanken machen soll. Thematisch passen würden zum Beispiel die landwirtschaftlichen Vernetzungsprojekte und die sogenannten Landschaftsqualitätsprojekte. Eines davon wird ja vom Regionalverein Olten-Gösgen-Gäu verantwortet, die zweite Etappe mit einer Laufzeit von 2019 bis 2026. Es geht grob gesagt über die ganze erste Jurakette vom Oensinger Roggen im Westen bis zur Saalhöhe im Osten. Ein Seitenast zum Born, vor allem zum Gelände im Ruttiger, wäre vielleicht ein lohnendes Teilprojekt mit Oltner Bezug oder man könnte sich auch ein Naherholungsprojekt im Sinne von sanftem Tourismus in diesem gleichen ganzen Bogen auf den Jurahöhen vorstellen, lanciert durch Olten Tourismus, weshalb nicht? Vielleicht könnte man einmal mit dem Gemeindepräsidenten von Trimbach Kontakt aufnehmen. Er ist nämlich Ansprechperson für das Projekt Vernetzung und Landschaftsqualität des Regionalvereins.

**Deny Sonderegger:** Ich würde hier natürlich gerne eine Antwort darauf geben. Wir hatten gerade am vergangenen Montag beim kantonalen Tourismuspreis ähnliche Diskussionen, wo dies auch zur Diskussion kam. Ich möchte an dieser Stelle einfach sagen, dass es so aus dem Text heraus oder von den Möglichkeiten der Eingaben nicht ganz korrekt ist. In der letzten Periode, die kantonal so umgesetzt wurde, bei welcher der Kanton Bern mitgemacht hat, sind beispielsweise die Ilfis-Halle, notabene mit 4 Millionen unterstützt worden. Diese Projekte kann man auf der entsprechenden Webseite nachschauen. Ich sage jetzt einmal, Langnau ist von der zentralen Wichtigkeit wahrscheinlich etwa mit Olten vergleichbar. Deshalb ist es in einer zentralen Funktion mit einer Agglomeration, wo vielleicht städtische zentrale Aufwendungen investiert werden, durchaus auch ein Thema. Aber ich bin auch froh um Dein Votum hinsichtlich des Jurabogens. Ich habe vorhin erwähnt, dass wir bereits in diesem Umfang auch daran sind. Letztendlich geht es ja grundsätzlich darum, dass gerade wir hier, die in den vergangenen Jahren zum Teil über massive Sparpakete diskutieren mussten, keine Optionen auslassen, die möglicherweise bei Investitionen, die so oder so getätigt werden müssen, und wo man allenfalls Anspruch hätte oder stellen könnte, das muss ja nachher auch begründet sein respektive entsprechend zugesprochen werden, dass man diese Optionen sicher nicht verpasst und auf dem Radar hat. Merci.

**Eugen Kiener, Fraktion SP/Junge SP:** Wir haben dies angeschaut und sind mit der Interpellation und der Beantwortung eigentlich einverstanden. Ein wenig belehrend wollte ich als ehemaliger Journalist noch wirken. Ich bin nicht auf kantonaler politischer Ebene tätig. NRP sagt mir nichts. Ich möchte beliebt machen, dass man dies, nicht nur bei diesen Sachen, auch andere verwenden manchmal einfach Abkürzungen, auf der ersten Seite irgendwie erklärt, bei der ersten Verwendung tun es die Journalisten normalerweise, oder mit einem Stern unten. Danke.

**Ursula Rüegg, SVP-Fraktion:** Ich kann es auch ganz kurz machen. Wir danken dem Stadtrat für die Antworten und begrüßen natürlich die Aussage, dass der Stadtrat die NRP-Tauglichkeit dieser Projekte auf dem Radar behalten will. Dankeschön.

Mitteilung an  
Beantwortende Direktion  
Stadtkanzlei, Vorstossliste  
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 22. Mai 2019

Prot.-Nr. 74

## **Interpellation Tobias Oetiker (Olten jetzt!) betr. Risikomanagement offener Rechtsfall – Partnerwerkbesteuerung/Beantwortung**

Am 13. November hat Tobias Oetiker (Olten jetzt!) folgenden Vorstoss eingereicht:

### **«Hintergrund**

Im Finanzplan 2019 - 2025 auf Seite 14 im Absatz 9.2 *Offener Rechtsfall Partnerwerkbesteuerung* steht zu lesen:

*Aktuell ist der Rechtsstreit betreffend die Partnerwerkbesteuerung zwischen der Alpiq AG und dem Kanton Wallis weiterhin noch nicht entschieden. Der Stadtrat kann die Auswirkungen diesbezüglich weiterhin nicht einschätzen. Je nach Ausgang wird sich die finanzielle Situation in Olten grundlegend verändern.*

Der Hinweis auf den offenen Rechtsfall zwischen Alpiq und dem Kanton Wallis war schon in der Rechnung 2017 erwähnt. Olten jetzt! hat anlässlich der Rechnungsdebatte im Gemeinderat versucht, vom Stadtrat in Erfahrung zu bringen, mit welcher Schadenssumme der Stadtrat rechnet. Laut Stadtrat Benvenuto Savoldelli kann es sich beim Betrag um einen zweistelligen Millionenbetrag handeln, der innerhalb von 30 Tagen bezahlt werden müsste. Unsere eigenen Berechnungen auf Grund der öffentlich verfügbaren Steuerdaten der Juristischen Personen lassen einen theoretisch möglichen Höchstbetrag von 70 Millionen vermuten.

### **Begründung der Dringlichkeit**

Dass bei einer möglichen Schadenssumme in zweistelliger Millionenhöhe im Finanzplan das Thema mit einem einzigen Abschnitt behandelt wird, in dem ganz neutral von "einer grundlegend veränderten finanziellen Situation" gesprochen wird, erachten wir als ungenügende Grundlage, um eine seriöse Beurteilung des Budgets 2019 vornehmen zu können. Dies, da bei Eintreffen des Risikos das Budget 2019 obsolet werden könnte und das Parlament deshalb auf eine Einschätzung bezüglich der Risikoeintretenswahrscheinlichkeit angewiesen ist.

### **Fragen**

1. Besteht in der Stadt Olten ein Risikomanagement nach ISO 31000:2018 oder eine andere Form von Risikomanagement? Wenn ja, wer ist dafür zuständig, und wie wird es umgesetzt?

2. Besteht in der Stadt Olten ein Betriebskontinuitätsmanagement, also Strategien, Plänen und Handlungen, um Tätigkeiten oder Prozesse – deren Unterbrechung der 1/2 Stadt ernsthafte Schäden oder vernichtende Verluste zufügen würden – zu schützen bzw. alternative Abläufe zu ermöglichen? Wer ist dafür zuständig? Was ist konkret geplant?

3. Da die Schadenssumme, wie oben dargelegt, noch nicht klar ist, hätten wir die folgenden Fragen gerne für fünf Szenarien mit Steuerrückforderungen in der Höhe von 5, 10, 20, 30 und 50 Millionen beantwortet:

- a. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat sobald das Urteil bekannt ist?
- b. Welche Rolle kommt dem Gemeinderat zu?
- c. Welche Folgen ergeben sich für den laufenden Betrieb der Stadt: Werkhof, Bildung, Verwaltung, Sport, Kultur, und Feuerwehr?
- d. Welche Folgen ergeben sich für die bewilligten Investitionsprojekte aus dem Budget 2019?
- e. Mit welcher Auswirkung auf den Steuersatz ist zu rechnen?
- f. Droht Olten eine Zwangsverwaltung?
- g. Wie hoch schätzt der Stadtrat die Eintreffenswahrscheinlichkeit des Szenarios ein?»

Die Dringlichkeit wurde an der Parlamentssitzung vom 22. November 2018 mit 33:4 Stimmen abgelehnt.

- - - -

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

*1. Besteht in der Stadt Olten ein Risikomanagement nach ISO 31000:2018 oder eine andere Form von Risikomanagement? Wenn ja, wer ist dafür zuständig, und wie wird es umgesetzt?*

In der Stadt Olten besteht kein Risikomanagement nach ISO 21000:2018. Für eine Risikoeinschätzung und Bewertung in den einzelnen Fachbereichen ist jede Direktion selber verantwortlich. Ein dokumentiertes Risikomanagement ist jedoch nicht vorhanden.

*2. Besteht in der Stadt Olten ein Betriebskontinuitätsmanagement, also Strategien, Plänen und Handlungen, um Tätigkeiten oder Prozesse – deren Unterbrechung der 1/2 Stadt ernsthafte Schäden oder vernichtende Verluste zufügen würden – zu schützen bzw. alternative Abläufe zu ermöglichen? Wer ist dafür zuständig? Was ist konkret geplant?*

Für Sachwertverluste wurden Versicherungsverträge abgeschlossen (Ausnahme Erdbebenrisiken). Risiken wie «Brain-Drain» könnten teilweise durch dokumentierte Prozessabläufe verhindert werden. Finanzielle Risiken werden aktuell im Rahmen der Ausarbeitung von IKS erfasst. Ein Betriebskontinuitätsmanagement als solches gibt es nicht.

*3. Da die Schadenssumme, wie oben dargelegt, noch nicht klar ist, hätten wir die folgenden Fragen gerne für fünf Szenarien mit Steuerrückforderungen in der Höhe von 5, 10, 20, 30 und 50 Millionen beantwortet:*

- a. *Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat sobald das Urteil bekannt ist?*

Grundsätzlich müssten, sofern eine Rückerstattung der Steuerforderung nicht innerhalb kürzester Zeit vorgenommen wird, entsprechende Rückstellungen gebildet werden. Die Bilanzierung einer Eventualverpflichtung, wie sie heute getätigt wird, würde hinfällig. Zur Erhaltung der nötigen Liquidität würden verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Nebst einer Beschaffung von Fremdkapital müsste kurzfristig auch der Verkauf von Finanzvermögen geprüft werden. Mittel- bis langfristig könnte eine Aufgabenprüfung und eine Neubestimmung der Kernaufgaben der Stadt vorgenommen werden. Daraus könnte sich auch ein Verkauf von Anlagegütern aus dem Verwaltungsvermögen ergeben.

<b>Summe</b>	<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>Investitionen</b>	<b>Sofortige gesetzliche Massnahmen</b>
5 Mio.	Bildung von Rückstellungen	Keine Intervention	Nein
10 Mio.	Bildung von Rückstellungen sowie Sparprogramm	Reduktion der Investitionen (Prüfen von Erweiterungsinvestitionen)	Nein
20 Mio.	Bildung von Rückstellungen sowie Aufgabenüberprüfung.	Reduktion der Investitionen (Erweiterungsinvestitionen und Ersatzinvestitionen), Verkauf von Finanzvermögen zur Sicherung der Liquidität.	Nein
30 Mio.	Bildung von Rückstellungen sowie Aufgabenüberprüfung.	Reduktion der Investitionen (Erweiterungsinvestitionen und Ersatzinvestitionen), Verkauf von Finanzvermögen zur Sicherung der Liquidität.	Nein
50 Mio.	Bildung von Rückstellungen sowie Aufgabenüberprüfung.	Reduktion der Investitionen (Erweiterungsinvestitionen und Ersatzinvestitionen), Verkauf von Finanzvermögen und nach Möglichkeit Verwaltungsvermögen zur Sicherung der Liquidität.	Möglicherweise Ja, Überschreitung des Nettoverschuldungsquotienten von 150%

*b. Welche Rolle kommt dem Gemeinderat zu?*

Genehmigung von Sparprogrammen im Rahmen der Budgets und Aufhebung von Leistungszweigen sowie mögliche sich daraus ergebende Verkäufe von Verwaltungsvermögen.

*c. Welche Folgen ergeben sich für den laufenden Betrieb der Stadt: Werkhof, Bildung, Verwaltung, Sport, Kultur, und Feuerwehr?*

Grundsätzlich könnte es zu Leistungskürzungen in allen Bereichen kommen, wobei der Focus natürlich auf die nicht gesetzlichen Aufgaben fallen würde. Gleichzeitig ergibt sich durch die reduziert ausgewiesenen Steuererträge auch eine Verschiebung im Finanzausgleich. Die Stadt Olten dürfe vorübergehend (2 Jahre) in die Kategorie der Leistungsempfänger wechseln und andere Solothurner Gemeinden müssten den Ausfall so mittragen.

*d. Welche Folgen ergeben sich für die bewilligten Investitionsprojekte aus dem Budget 2019?*

Eine Anpassung von bewilligten Projekten würde stark vom Zeitpunkt eines entsprechenden Urteils abhängen. Projekte welche sich bereits in einer Ausführungsphase befinden wären weniger stark tangiert als Projekte welche sich in einer Planungsphase befinden.

*e. Mit welcher Auswirkung auf den Steuersatz ist zu rechnen?*

Ob eine Steuererhöhung vorgenommen werden muss, wird schlussendlich ein politischer Entscheid sein. Grundsätzlich hat die Stadt nebst Steuererhöhungen auch die Möglichkeit den Leistungskatalog zu reduzieren oder Investitionen zu streichen.

*f. Droht Olten eine Zwangsverwaltung?*

Nein – je nach Höhe der Rückzahlung können sich gesetzliche Vorgaben zur Selbstfinanzierung ergeben, was eine Einschränkung der Investitionen zur Folge hätte. Bei einem Bilanzfehlbetrag (Fremdkapital ist höher als die Aktiven) würde sich eine Abtragungspflicht des Bilanzfehlbetrages ergeben, was Auswirkungen auf Aufwand und Ertrag in der Erfolgsrechnung hat.

*g. Wie hoch schätzt der Stadtrat die Eintreffenswahrscheinlichkeit des Szenarios ein?*

Da die Stadt selbst nicht Partei im Gerichtsfall ist und auch keinen Einblick in Akten hat, kann keine Prognose gemacht werden. Dies wurde im Rahmen der Vorlage der Jahresrechnung 2017 bereits erläutert.

- - - -

**Tobias Oetiker:** Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Happy wäre anders. Ein Unternehmen mit einem Umsatz von 110 Millionen hat weder ein Risikomanagement noch Pläne für Business Continuity. Das finde ich fahrlässig. Aus der Beantwortung der Interpellation kann ich nicht sehen, dass es ausser der direkten Beantwortung der Fragen, die auch nicht ganz so vollständig ist, irgendwelche Überlegungen in Bezug auf Risikomanagement angestellt werden. Neben Gerichtsfällen, die der Auslöser dieser Interpellation waren, gibt es ja noch andere Themen wie zum Beispiel Naturgefahren durch die Fliessgewässer, die wir auf dem Stadtgebiet haben, Steuereinnahmen von natürlichen und juristischen Personen oder einzelne Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, die riesige Aufgabenspektren haben und vielleicht einmal ausfallen. Es gäbe jegliche Themen, jegliche Risiken, die für Olten zu einem ziemlich grossen Problem werden können. Diese müssten man analysieren, bewerten, herausfinden, welche Massnahmen zur Minimierung dieser Risiken beitragen können und sie so in einen sinnvollen Kontext gestellt werden können. Ein risikofreies Leben gibt es nicht. Das wissen wir alle. Umso wichtiger wäre es, die bestehenden Risiken zu kennen und sie dann mit sinnvollen Massnahmen so zu reduzieren, dass die Eintreffenswahrscheinlichkeit irgendwie so ist, dass wir sie managen können. Danke.

Mitteilung an  
Direktion Finanzen und Dienste  
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner  
Kanzleiakten

Verteilt am

**Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner:** Bis morgen um 18.15 Uhr. Ich wünsche einen schönen Abend.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.